Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

27. Oktober 1980
Jg. 8 Nr. 44

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Die polnischen Gewerkschaften kämpfen um ihre Unabhängigkeit

Walesa antwortet auf Interventionsdrohungen
Sowjetunion vor eigenen schweren Wirtschaftsproblemen



Warschau. Freitag, den 24.10.1980: Demonstration von Mitgliedern der freien Gewerkschaften vor dem Wojwodschaftsgericht, in dem die Verhandlung über die Registrierung, das heißt die gesetzliche Zulassung der neuen Gewerkschaften stattfindet. Die unabhängigen, selbstverwalteten Gewerkschaftsverbände mit dem Namen „Solidarität" zählen bereits 8 Millionen Mitglieder. Die Regierung versucht, eine politische Betätigung der Gewerkschaften zu verhindern.

gek. Die Auseinandersetzung zwischen der PVAP-Regierung und dem unabhängigen Gewerkschaftsverband „Solidarität" über dessen Registrierung und die Gestaltung seiner Satzung ist nach dem Spruch des Warschauer Bezirksgerichts vom Freitag nur schärfer geworden. Das Gericht hat entschieden, daß „Solidarität" registriert wird, und zwar als ein einheitlicher, das ganze Land umfassender Dachverband. Das ist ein Erfolg. Zugleich hat es jedoch eigenmächtig die vom Gründungskongreß beschlossene Satzung abgeändert. Einmal hat es das Streikrecht solange suspendiert, wie das neue Gewerkschaftsgesetz nicht verabschiedet ist. Bei dessen Ausarbeitung ist zwar schon Einigkeit über das Streikrecht erzielt worden. Aber klar ist, daß die Regierung versuchen wird, hier noch verschiedenste Einschränkungen, vor allem was das Recht auf politischen Streik angeht, einzuführen. Zum andern hat das Gericht in die Satzung hineingeschrieben: „Die Gewerkschaft beabsichtigt nicht, die Rolle einer politischen Partei zu erfüllen. Sie steht auf dem Boden des Prinzips des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ... Sie anerkennt, daß die Partei die führende Rolle im Staat ausübt und stellt das bestehende System internationaler Bündnisse nicht in Frage". Das entspricht zwar dem Danziger Abkommen. Aber das war bereits erfüllt über den Passus, daß die Gewerkschaft die Verfassung anerkennt. Und mit gutem Grund wollte „Solidarität" in seine frei beschlossene Satzung keine positive Festellung der „führenden Rolle" der revisionistischen Arbeiterpartei und der Paktverpflichtungen hineinschreiben. Was das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln angeht, kommt kein polnischer Arbeiter auf die Idee, sich die alten Kapitalisten wieder in den Nacken zu setzen.

Die PVAP-Regierung hatte unmittelbar vor dem Außenministertreffen der Warschauer Paktstaaten am 18./19. Oktober diesen Satzungsstreit angezettelt. Sie hat es auch fast direkt mit den Interventionsdrohungen der Sowjetunion, der DDR und CSSR begründet, so in einem Kommentar von PAP: Die Anerkennung der führenden Rolle der Partei und der Militärbündnisse würde „für uns ein gewichtiges Argument darstellen in den Diskussionen über den Charakter der in Polen stattfindenden Wandlungen".

Lech Walesa hat auf einer Reihe von Kundgebungen in Südpolen, an denen zehntausende teilgenommen haben, fast genauso direkt geantwortet. In Kattowitz sagte er: „Oft haben sie uns in der Vergangenheit mit Raketen und Panzern gedroht. Wir werden uns nicht ins Gesicht schlagen lassen." In Krakau wiederholte er an historischer Stätte auf seinen eigenen Namen das Gelöbnis Kocziuszkos von 1794, seinem Vaterland treu zu dienen – gegen die äußeren Feinde (damals Rußland, Preußen und Österreich), die dabei waren, die Souveränität Polens zu vernichten. Damit hat die polnische Arbeiterbewegung – nur wenig verschlüsselt – das Ziel der Unabhängigkeit des Landes wieder auf ihre Fahne geschrieben, wofür bisher nur bürgerliche Kräfte offen eingetreten sind, und das ist ein bedeutender politischer Fortschritt.

Die Warschauer Außenministerkonferenz ist vorübergegangen, ohne sich offiziell mit der Lage in Polen befaßt zu haben. Die Sozialimperialisten zögern; fast scheinen sie etwas zurückzustecken. Die offene Pressepolemik über vom ZK der KPdSU benutzte Pseudonyme wie „Petrow" oder „Alexandrow" ist momentan eingestellt. Auf der Tagung des Obersten Sowjet mußte Breschnew ein „Lebensmittelsonderprogramm" ankündigen, das die Versorgung der Arbeiterbevölkerung mit Brot, Fleisch und Milch sicherstellen soll. Die dauernden Versorgungsmängel, das Wuchern der Schwarzmärkte und ebenso die neue, schwere Mißernte ist damit offiziell eingestandenes Faktum. Kossygin ist zurückgetreten, sein Stellvertreter, zugleich Vorsitzender des Rates für die Volkswirtschaft, Tichonow, tritt seine Nachfolge als Ministerpräsident der UdSSR an. Ebenso wurde ein neuer Landwirtschaftsminister ernannt. Bis 50 Mio. t. Getreide wird die UdSSR importieren müssen, und da die sowjetischen Arbeiter nicht mehr bereit sein werden, das Defizit abzuhungern, muß zähneknirschend ein wenig mehr „Butter statt Kanonen" in die Planungen eingesetzt werden. Zur Beruhigung über die Absichten der Sozialimperialisten gegenüber Polen gibt das natürlich überhaupt keinen Anlaß.

Verhärtete Fronten Iran – Irak
Stiller Nutznießer ist die Sowjetunion

bep. Zur Beilegung des Konflikts zwischen dem Iran und dem Irak haben letzte Woche die Blockfreienbewegung, die 40 im Rahmen der islamischen Konferenz zusammengeschlossenen Staaten sowie auch einzelne Regierungen der 3. Welt neue, drängende Bemühungen unternommen. Die Gruppe von 92 blockfreien Staaten innerhalb der UNO bestimmte eine Vermittlungsdelegation; Iran und Irak sollen der Bildung dieser Delegation zugestimmt haben. Jugoslawien und Indien unternahmen eigene Initiativen in Gesprächen mit den beiden Regierungen. Die PLO unterbreitete einen Waffenstillstandsplan, der den Rückzug der irakischen Truppen und seine Überwachung durch Vertreter der islamischen Staaten oder der Blockfreien sowie die Einwilligung der iranischen Regierung zu Verhandlungen auf neutralem Boden vorsieht. Ungeachtet dieser Vermittlungsversuche haben sich die Fronten zwischen den beiden kriegführenden Ländern verhärtet. Irakische Truppen standen am Wochenende bereits wenige Kilometer vor Dezful, einem strategisch entscheidenden Punkt der iranischen Provinz Khuzestan, wo sich der wichtigste Militärstützpunkt und Flughafen ebenso wie ein wichtiger Pipelineknotenpunkt befinden. Der Iran fordert nach wie vor nicht nur den Rückzug der Iraker, sondern auch den Sturz der irakischen Regierung.

Vordergründig profitieren bis jetzt Israel und die USA am meisten von dem Konflikt. Die USA haben ihre militärische Präsenz durch den Flottenaufmarsch und durch den Beginn des Ausbaus ihrer neuen Stützpunkte in Kenia, Somalia und auf der omanischen Insel Masira spektakulär verstärkt. Gleichzeitig haben die USA Garantieerklärungen für die territoriale Integrität des Iran abgegeben. Als Gegenleistung für die Freilassung der Geiseln haben sie nicht nur die Freigabe der in den USA beschlagnahmten iranischen Vermögen in Aussicht gestellt, sondern unter der Hand sogar die Auslieferung von Waffen und Ersatzteilen, die noch vom Schah-Regime gekauft wurden. Das ist kein bloßes Wahlkampfmanöver Carters. Die Politik der USA erklärt sich aus der Tatsache, daß sie gegenwärtig zwar ihren Einfluß in verschiednen Staaten der Region wieder etwas stärken können, sich aber insgesamt in der Defensive gegenüber der SU befinden. Paradoxerweise können die USA an der Schwächung der iranischen Regierung im Moment tatsächlich kein Interesse haben, sondern müssen einen gewissen Ausgleich suchen. Denn sie haben es nicht in der Hand, diese Regierung wieder durch eine von ihnen abhängige zu ersetzen. Unter diesen Umständen wirkt sich eine Schwächung des Irans unvermeidlich zugunsten der Sowjetunion aus. Auch eine territoriale Zerstückelung des Iran, die nicht nur in bezug auf Khuzestan, sondern unter Umständen auch in bezug auf Kurdistan oder andere Gebiete nationaler Minderheiten im Iran möglich ist, würde so wirken. Die Sowjetunion verhält sich offziell strikt neutral. Die Entwicklung arbeitet für sie. Schon jetzt hat offenbar die revisionistische Tudeh-Partei im Iran stark an Boden gewonnen. Sie hat sich mit an die Spitze des Krieges gegen den Irak gestellt und fordert eine „nationale Einheitsfront".

Der Irak hat in den letzten Jahren ein erhebliches Maß an Unabhängigkeit auch gegenüber der SU erreicht. Im Inneren ist er jedoch von religiösen und ethnischen Spaltungen bedroht. Die revisionistische KP ist relativ stark. 1978 wurde eine größere Zahl ihrer Funktionäre unter der Anklage politischer Umtriebe in der Armee verurteilt und hingerichtet. Im Juli 1979 wurde die Verhaftung und Verurteilung einer Reihe führender Staats- und Parteifunktionäre wegen verschwörerischer Aktivitäten bekanntgegeben. Danach wurden die Vereinigungsbestrebungen mit Syrien abrupt beendet. Die SU kann darauf setzen, daß der Irak nach den schweren Verlusten eines langen Krieges verstärkt auf ihre Hilfe angewiesen sein wird. Möglicherweise spekuliert sie aber auch darauf, daß eine durch einen längeren Krieg geschwächte irakische Regierung durch einen Putsch beseitigt werden könnte – unter Führung der revisionistischen KP, oder unter Führung von Anhängern des syrischen Flügels der Baath-Partei, der sich neuerdings wieder stärker an die SU anlehnt. In der VR Jemen hat die SU das Putschrezept schon mehrfach erfolgreich ausprobiert. Ein ähnlicher Erfolg im Irak wäre ein entscheidender Durchbruch für die sowjetische Expansionspolitik.

Rigorose Streichungen und stärkere Steuererhöhungen

recht solange suspendiert, wie das neue Gewerkschaftsgesetz nicht verabschiedet ist. Bei dessen Ausarbeitung ist zwar schon Einigkeit über das Streikrecht erzielt worden. Aber klar ist, daß die Regierung versuchen wird, hier noch verschiedenste Einschränkungen, vor allem was das Recht auf politischen Streik angeht, einzuführen. Zum andern hat das Gericht in die Satzung hineingeschrieben: „Die Gewerkschaft beabsichtigt nicht, die Rolle einer politischen Partei zu erfüllen. Sie steht auf dem Boden des Prinzips des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ... Sie anerkennt, daß die Partei die führende Rolle im Staat ausübt und stellt das bestehende System internationaler Bündnisse nicht in Frage". Das entspricht zwar dem Danziger Abkommen. Aber das war bereits erfüllt über den Passus, daß die Gewerkschaft die Verfassung anerkennt. Und mit gutem Grund wollte „Solidarität" in seine frei beschlossene Satzung keine positive Festellung der „führenden Rolle" der revisionistischen Arbeiterpartei und der Paktverpflichtungen hineinschreiben. Was das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln angeht, kommt kein polnischer Arbeiter auf die Idee, sich die alten Kapitalisten wieder in den Nacken zu setzen.

Die PVAP-Regierung hatte unmit-

Lech Walesa hat auf einer Reihe von Kundgebungen in Südpolen, an denen zehntausende teilgenommen haben, fast genauso direkt geantwortet. In Kattowitz sagte er: „Oft haben sie uns in der Vergangenheit mit Raketen und Panzern gedroht. Wir werden uns nicht ins Gesicht schlagen lassen." In Krakau wiederholte er an historischer Stätte auf seinen eigenen Namen das Gelöbnis Kocziuszkos von 1794, seinem Vaterland treu zu dienen – gegen die äußeren Feinde (damals Rußland, Preußen und Österreich), die dabei waren, die Souveränität Polens zu vernichten. Damit hat die polnische Arbeiterbewegung – nur wenig verschlüsselt – das Ziel der Unabhängigkeit des Landes wieder auf ihre Fahne geschrieben, wofür bisher nur bürgerliche Kräfte offen eingetreten sind, und das ist ein bedeutender politischer Fortschritt.

Die Warschauer Außenministerkonferenz ist vorübergegangen, ohne sich offiziell mit der Lage in Polen befaßt zu haben. Die Sozialimperialisten zögern; fast scheinen sie etwas zurückzustecken. Die offene Pressepolemik über vom ZK der KPdSU benutzte Pseudonyme wie „Petrow" oder „Alexandrow" ist momentan eingestellt. Auf der Tagung des Obersten Sowjet mußte Breschnew ein „Lebensmittelsonderprogramm" ankündigen,

Warschau. Freitag, den 24.10.1980: Demonstration von Mitgliedern der freien Gewerkschaften vor dem Wojwodschaftsgericht, in dem die Verhandlung über die Registrierung, das heißt die gesetzliche Zulassung der neuen Gewerkschaften stattfindet. Die unabhängigen, selbstverwalteten Gewerkschaftsverbände mit dem Namen „Solidarität" zählen bereits 8 Millionen Mitglieder. Die Regierung versucht, eine politische Betätigung der Gewerkschaften zu verhindern.

das die Versorgung der Arbeiterbevölkerung mit Brot, Fleisch und Milch sicherstellen soll. Die dauernden Versorgungsmängel, das Wuchern der Schwarzmärkte und ebenso die neue, schwere Mißernte ist damit offiziell eingestandenes Faktum. Kossygin ist zurückgetreten, sein Stellvertreter, zugleich Vorsitzender des Rates für die Volkswirtschaft, Tichonow, tritt seine Nachfolge als Ministerpräsident der UdSSR an. Ebenso wurde ein neuer Landwirtschaftsminister ernannt. Bis 50 Mio. t. Getreide wird die UdSSR importieren müssen, und da die sowjetischen Arbeiter nicht mehr bereit sein werden, das Defizit abzuhungern, muß zähneknirschend ein wenig mehr „Butter statt Kanonen" in die Planungen eingesetzt werden. Zur Beruhigung über die Absichten der Sozialimperialisten gegenüber Polen gibt das natürlich überhaupt keinen Anlaß.

Verhärtete Fronten Iran – Irak
Stiller Nutznießer ist die Sowjetunion

bep. Zur Beilegung des Konflikts zwischen dem Iran und dem Irak haben letzte Woche die Blockfreienbewegung, die 40 im Rahmen der islamischen Konferenz zusammengeschlossenen Staaten sowie auch einzelne Regierungen der 3. Welt neue, drängende Bemühungen unternommen. Die Gruppe von 92 blockfreien Staaten innerhalb der UNO bestimmte eine Vermittlungsdelegation; Iran und Irak sollen der Bildung dieser Delegation zugestimmt haben. Jugoslawien und Indien unternahmen eigene Initiativen in Gesprächen mit den beiden Regierungen. Die PLO unterbreitete einen Waffenstillstandsplan, der den Rückzug der irakischen Truppen und seine Überwachung durch Vertreter der islamischen Staaten oder der Blockfreien sowie die Einwilligung der iranischen Regierung zu Verhandlungen auf neutralem Bo-

sächlich kein Interesse haben, sondern müssen einen gewissen Ausgleich suchen. Denn sie haben es nicht in der Hand, diese Regierung wieder durch eine von ihnen abhängige zu ersetzen. Unter diesen Umständen wirkt sich eine Schwächung des Irans unvermeidlich zugunsten der Sowjetunion aus. Auch eine territoriale Zerstückelung des Iran, die nicht nur in bezug auf Khuzestan, sondern unter Umständen auch in bezug auf Kurdistan oder andere Gebiete nationaler Minderheiten im Iran möglich ist, würde so wirken. Die Sowjetunion verhält sich offziell strikt neutral. Die Entwicklung arbeitet für sie. Schon jetzt hat offenbar die revisionistische Tudeh-Partei im Iran stark an Boden gewonnen. Sie hat sich mit an die Spitze des Krieges gegen den Irak gestellt und fordert eine „nationale Einheitsfront".

Rigorose Streichungen und stärkere Steuererhöhungen

Vor Koalitionsverhandlungen Parteiführungen von SPD und FDP mit Kapitalisten einig

geh. Am letzten Donnerstag hat der Bundesverband Deutscher Banken als letzter Kapitalistenverband in den Chor eingestimmt: Sanierung der Staatsfinanzen, Reduzierung der Ausgaben, weniger Schuldenaufnahme. Nicht im großen Umfang Finanzierungsmittel den Kapitalmärkten entziehen und eine stärker absatzorientierte statt einer nachfragegestützten Wirtschaftspolitik zu betreiben, fordern die Banker.

Forsch, entsprechend ihrer parlamentarischen Stärkung, tritt die FDP als Sachwalterin der Kapitalisten – im Namen des Gesamtinteresses auf. Ihr Angriff zielt in die Bereiche, wo neben Reduzierung der Staatsausgaben auch eine Senkung der Lohnkosten erreicht werden kann: die Umschulungs-, Weiterbildungs- und Arbeitsförderungsprogramme der Arbeitslosenversicherungen verhinderten die Vermittlung der Arbeitskraft und außerdem könne man so Milliardenbeträge einsparen, gleichzeitig sollen die Beiträge um 0,5% angehoben werden. Esser, BDA, hat auf dem Unternehmertag 1980 in Düsseldorf für die Krankenversicherung eine Kostenbeteiligung gefordert, damit der Zusammenhang zwischen Beiträgen und Leistung wieder deutlich würde. Die FDP hat gleich wieder ihr Selbstbeteiligungsmodell vorgestellt: Rezeptgebühr auf 2 DM, Zahlung für jeden Tag Krankenhausaufenthalt. Bei der Rentenversicherung soll auf jeden Fall ab 1984 wieder die nettobezogene Rente durchgesetzt werden. Fraktionsvize Hoppe hat weitere Steuererhöhungen nicht ausschließen wollen.

Am Freitag hat Matthöfer seine Absichten herausgelassen. Betroffen von den Streichungen und Steuererhöhungen sind vor allem die Lohnabhängigen und Bauern:

– Reduzierung der Sparförderung, 1982 werden 3320 Mio, 1983 1320 Mio und 1984 1450 Mio DM weniger ausgezahlt.

– Streichung der Dieselölbeihilfe für den öffentlichen Nahverkehr, die 620 Mio. DM, die hier gestrichen sind, werden per Fahrpreiserhöhung mindestens gezahlt werden müssen.

– Erhöhung der Mineralölsteuer, zwar erst zum 1.4.1981, jedoch um 7 Pfg./l Benzin statt 3 Pfg. und 3 Pfg./l Diesel statt 2 Pfg. Damit steigen die Einnahmen hieraus um 80%.

– Die Branntweinsteuer soll statt 2 DM/l jetzt um 3 DM/l erhöht werden.

– Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen erst 3 Monate später eine Lohnerhöhung bekommen. Für 6 Monate soll ein Einstellungsstopp verfügt werden.

– Die landwirtschaftliche Unfallversicherung soll abgebaut werden, die Bauern werden 400 Mio. DM zahlen müssen.

– Streichung der sogenannten Gasölsubvention, 600 Mio. DM müssen die Bauern zahlen.

In der Währungspolitik geht es darum, das Leistungsbilanzdefizit im nächsten Jahr von rd. 30 Mrd. DM jetzt auf 20 Mrd. DM zu reduzieren. Die seit März bestehende Schwäche der DM gegenüber dem Dollar soll genutzt werden, den Export zu fördern, ohne jedoch abzuwerten. Denn das würde die Rohstoffe verteuern und die Warenexporterlöse verschlechtern. Der Warenexport soll vor allem durch die, gegenüber anderen Exportländern niedrigere, Inflation entstehende Inflationsdifferenz, die faktisch einer Abwertung der DM gleichkommt – ohne jedoch eine allgemeine Steigerung der Rohstoffkosten – forciert werden.

Um die nötigen Finanzierungsmittel möglichst billig zu liefern, will Bundesbankchef Pöhl „lieber heute als morgen die Zinsen senken." Das hätte aber ein Abfließen von Kapital zur Folge, dies wiederum Kursverluste der Mark. Entweder müßte sie gestützt werden oder abgewertet. Um Kapital zur Überbrückung des Leistungsbilanzdefizits anzulocken, muß das Zinsniveau über dem US-Niveau liegen. Ob das ganze für die Bundesregierung nicht zum Bumerang wird, ist noch nicht ausgemacht: vielleicht fördert's den Warenexport der Monopole – der hohe Zins ruiniert aber sicher die kleinen und mittleren Kapitalisten im Innern. Der Kurs ist klar: die Kapitalisten wollen die Lohnnebenkosten reduzieren und die Regierung rigoros Zahlungen an die Volksmassen streichen.

Aus dem Inhalt:

Hausgemachtes

ped. Gesamtmetall will jede nicht durch Produktivitätssteigerung gedeckte Lohnerhöhung – etwa ein Ausgleich für die Inflation – als ,,hausgemachte Kostensteigerung" ablehnen, weil sie den Gewinn der Hausherren schmälere. Der sei unerläßlich für die Investitionstätigkeit, damit für billigere Waren und damit für die Realisierung der Waren auf dem Weltmarkt gegenüber der Konkurrenz und damit schließlich auch für die Arbeitsplätze. ,,Investieren, rationalisieren, automatisieren" etwa hat BMW verkündet und will in den kommenden 1½ Jahren 300 sogenannte Roboter in Rohbau und Montage einsetzen. Arbeitsplätze? Die Kapitalisten sitzen auf den Profiten der letzten Jahre. Schreitet die Krise voran, wird der monatliche Umsatz fehlen, weil die Waren zunehmend unverkäuflicher werden, die laufenden Kosten aber stehen und müssen dann aus den Profiten gezahlt werden; die Investitionen werden erlahmen. Alsbald wird verschiedentlich kein Geld mehr bei einzelnen Kapitalisten vorhanden, diese zahlungsunfähig sein und dicht machen. Weil der Kapitalismus die Tendenz zur grenzenlosen Entfaltung der Produktivkräfte hat und gleichzeitig mit dieser grenzenlosen Plusmacherei die Verarmung der Massen vorantreibt, muß der Absatz stocken. Nicht an Profiten fehlt es den Kapitalisten, sondern an Raum, um ihr neu angesammeltes Kapital profitlich wie das bereits fungierende anzulegen. Kapital wird vernichtet durch die periodischen Krisen, um dem verbleibenden erneuten kurzfristigen Spielraum zu verschaffen. Nicht zu geringe, sondern Überakkumulation von Kapital ist die Ursache der Krise. Hans Janßen vom IGM-Vorstand hat Gesamtmetalls Lohnverzicht abgelehnt: Die IGM ,,verlange eine Verbesserung der Realeinkommen" und es werde ganz an Gesamtmetall liegen, ob es ,,notfalls auch zu Kampfmaßnahmen kommen muß". Das sollte man unbedingt wahr machen. ,,Volkswirtschaftliches Verhalten?" Kapitalistische Produktionsweise herrscht mit den ihr eigenen ökonomischen Gesetzen. Daß die Arbeiterbewegung von ihrem Klassenstandpunkt ihre Ziele bemißt, ist nötig. Daß sie diese 1981 durchsetzen kann, dafür ist die wirtschaftliche Lage vor Einbruch der Krise auch noch günstig.

Falsche Türkei-Solidarität

bep. Seit dem türkischen Militärputsch vom 12. September versuchen verschiedene Organisationen, aber auch z. B. Kräfte in den Gewerkschaften, die Unterstützung der türkischen Arbeiter und Bauern unter Forderungen zu stellen wie ,,Stoppt die Finanzierung der Militärdiktatur durch Bonn". So eine Forderung ist bestenfalls naiv und kurzsichtig.

Bis zum ersten Halbjahr 1980 war die Verschuldung der Türkei bei ausländischen Regierungen, staatlichen Institutionen, Privatbanken und Firmen auf insgesamt ca. 19,5 Milliarden $ gestiegen. Der größte Teil dieser Schulden resultierte daraus, daß die Türkei mit ihren Exporterlösen ihre Importe nicht bezahlen kann. Sie exportiert zum beträchtlichen Teil Argrarprodukte. Sie importiert industrielle Fertigprodukte, aber vor allem auch Montageteile, Vorprodukte, Rohstoffe. Die Türkei hat eine Industrie aufgebaut, die in hohem Maß auf importierte Vorprodukte angewiesen ist. Die Imperialisten haben diese Abhängigkeit der Türkei genutzt und ihr als Bedingung für die Kredite Maßnahmen diktiert, mit denen die Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse und des Lebensstandards der Volksmassen saniert, die Rentabilität von Kapitalanlagen in der Türkei erhöht und das Land dem imperialistischen Kapital geöffnet

hat bereits neue Kredite, bzw. die Verlängerung von Laufzeiten usw. beantragen müssen. Wem nützt demgegenüber die Forderung nach Einstellung aller ,,Hilfen", das heißt vor allem Streichung der Kredite?

Die Importabhängigkeit der Industrie ist eine Tatsache, die nur langfristig geändert werden kann. Die Imperialisten habe es in der Hand, durch Verweigerung der Kredite die türkische Wirtschaft kurzfristig zusammenbrechen zu lassen. Vielleicht gibt es die Vorstellung, daß durch solche ,,Pädagogik" die türkische Arbeiterklasse zur Revolution gebracht werden könnte. Das ist eine Spekulation auf Kosten der Volksmassen. Eine Streichung der Kredite würde das Land im Chaos versinken lassen und gerade dadurch den Imperialisten, möglicherweise der ,,Rettung" durch den Sozialimperialismus, preisgeben. Es sind nicht zufällig die Revisionisten, die diese Form der ,,Türkei-Solidarität" in erster Line vertreten.

Man muß alles unterstützen, was der Unabhängigkeit der Türkei dient, ihr die Lösung vom Imperialismus erleichtert und den Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft fördert. Dazu gehört die Beseitigung der politischen Einmischung, z.B. im Rahmen des NATO-Bündnisses, ebenso wie die Forderung nach Schuldenstreichung oder nach

bep. Seit dem türkischen Militärputsch vom 12. September versuchen verschiedene Organisationen, aber auch z. B. Kräfte in den Gewerkschaften, die Unterstützung der türkischen Arbeiter und Bauern unter Forderungen zu stellen wie ,,Stoppt die Finanzierung der Militärdiktatur durch Bonn". So eine Forderung ist bestenfalls naiv und kurzsichtig.

Bis zum ersten Halbjahr 1980 war die Verschuldung der Türkei bei ausländischen Regierungen, staatlichen Institutionen, Privatbanken und Firmen auf insgesamt ca. 19,5 Milliarden $ gestiegen. Der größte Teil dieser Schulden resultierte daraus, daß die Türkei mit ihren Exporterlösen ihre Importe nicht bezahlen kann. Sie exportiert zum beträchtlichen Teil Argrarprodukte. Sie importiert industrielle Fertigprodukte, aber vor allem auch Montageteile, Vorprodukte, Rohstoffe. Die Türkei hat eine Industrie aufgebaut, die in hohem Maß auf importierte Vorprodukte angewiesen ist. Die Imperialisten haben diese Abhängigkeit der Türkei genutzt und ihr als Bedingung für die Kredite Maßnahmen diktiert, mit denen die Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse und des Lebensstandards der Volksmassen saniert, die Rentabilität von Kapitalanlagen in der Türkei erhöht und das Land dem imperialistischen Kapital geöffnet
werden soll. Sie haben der Türkei diese Bedingungen im Rahmen des Internationalen Währungsfonds diktiert, wie im Rahmen der Kreditzusage des ,,Türkei-Konsortiums" der OECD-Staaten unter Federführung der USA und der BRD. Die gegenwärtige Militärregierung setzt diese Politik fort. Sie

hat bereits neue Kredite, bzw. die Verlängerung von Laufzeiten usw. beantragen müssen. Wem nützt demgegenüber die Forderung nach Einstellung aller ,,Hilfen", das heißt vor allem Streichung der Kredite?

Die Importabhängigkeit der Industrie ist eine Tatsache, die nur langfristig geändert werden kann. Die Imperialisten habe es in der Hand, durch Verweigerung der Kredite die türkische Wirtschaft kurzfristig zusammenbrechen zu lassen. Vielleicht gibt es die Vorstellung, daß durch solche ,,Pädagogik" die türkische Arbeiterklasse zur Revolution gebracht werden könnte. Das ist eine Spekulation auf Kosten der Volksmassen. Eine Streichung der Kredite würde das Land im Chaos versinken lassen und gerade dadurch den Imperialisten, möglicherweise der ,,Rettung" durch den Sozialimperialismus, preisgeben. Es sind nicht zufällig die Revisionisten, die diese Form der ,,Türkei-Solidarität" in erster Line vertreten.

Man muß alles unterstützen, was der Unabhängigkeit der Türkei dient, ihr die Lösung vom Imperialismus erleichtert und den Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft fördert. Dazu gehört die Beseitigung der politischen Einmischung, z.B. im Rahmen des NATO-Bündnisses, ebenso wie die Forderung nach Schuldenstreichung oder nach
Beseitigung der Auflagen der IWF-Kredite, wie sie von der 3. Welt auf der letzten IWF-Konferenz gestellt wurde. Solche Forderungen schaffen vor allem den türkischen Arbeitern und Bauern Luft, ihre Interessen durchzusetzen, gegenüber welcher Regierung auch immer.

Kultusminister für Beibehaltung des Status Quo

Zeitplan für Anerkennung von Schulabschlüssen / Deutschland wie 1937

hev. Die 200. Kultusministerkonferenz hat am 17. Oktober in Westberlin einen ,,verbindlichen Zeitplan" über die gegenseitige Anerkennung von Schulabschlüssen verabschiedet. Bis zum Frühjahr wollen sie eine für das Schuljahr 1981 geltende Entscheidung treffen. Bis Ende Januar sollen die Kultusminister einen Vergleich der Unterrichtsstunden an den Schulen der Länder vorlegen, insbesondere eine Untersuchung über die Abschluß- und Übergangsbedingungen und die fachlichen Zielsetzungen. Keine Einigung gab es bezüglich der Darstellung der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Für die CDU/CSU sind es immer noch die deutschen Staatsgrenzen, für die Regierungskoalition sind sie es gewesen, sollen aber nicht verschwinden, sondern etwas dünner als bei Staatsgrenzen üblich kenntlich gemacht werden, etwa nach dem Motto: ,,Noch ist Polen nicht verloren." Einen Tag vorher hatte Bundespräsident Carstens in einer Feierstunde staatsmännisch die Kultusminister aufgefordert, ,,von unseren Schülern, von den Studenten, von den Auszubildenden etwas (zu) verlangen. Ihnen muß klar werden, daß es ohne Mühe selten geht." Die Kinder sollten lernen, Mühe und Opferbereitschaft auf sich zu nehmen und ja zu sagen zu ihren Pflichten.

Die Einigung über den Zeitplan bedeutet keine Einigung in der Sache. Der Streit geht um die Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule bzw. die Beibehaltung des bisherigen dreigliedrigen Schulsystems (Haupt-, Realschule, Gymnasium). Der Streit ist zwar nicht neu, hat aber vor der Bundestagswahl durch die Ankündigung Bayerns, Gesamtschulabschlüsse anderer Bundesländer und Westberlins nicht anzuerkennen, neue Nahrung erhalten. Tatsächlich haben sich die Schulsysteme zwischen den Bundesländern in den letzten 10 Jahren erheblich auseinanderentwickelt, was die Bundesregierung zu ihrem ,,Bericht über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems" vom 23.2.78 veranlaßt hatte. Im großen und ganzen spiegelt der Kampf um die Gesamtschulen gegen das dreigliedrige Schulsystem, der von großen Teilen der Arbeiterbewegung getragen wird, den Kampf um eine ausreichende Ausbildung besonders der lohnabhängigen Massen wider. Die Kapitalisten sind sich durchaus nicht schlüssig und einig, ob die Gesamtschule ihnen wirklich nützt, und so halten sie die endgültige Entscheidung über die Einführung der Gesamtschule als Regelschule immer wieder offen.

Selbst wenn die Kultusministerkonferenz im Frühjahr 1981 die gegenseitige Anerkennung der Schulabschlüsse beschließen sollte, wäre das nicht mehr als eine Festschreibung des Status Quo – der Versuch, etwas Ruhe in der Debatte über die Schulform einkehren zu lassen und die Kultusbürokratien aus der Schußlinie der Massenbewegung zu nehmen. Die Minister spielen auf Zeitgewinn wie z.B. Girgensohn in NRW, der für die Gesamtschuleinführung mit 30 Jahren rechnet.



Schüler, Studenten und Lehrer demonstrierten in Westberlin am Konferenztag

Verschiedene Vorbereitungen zu 25 Jahre Bundeswehr

Polizeiaufmärsche zum Schutz der ,,Feiern" / Aktionseinheiten gegen die Gelöbnisse

jük. Am 11./12. November läßt die westdeutsche Finanzbourgeoisie das 25jährige Bestehen der Bundeswehr durch öffentliche Rekrutenvereidigungen in ganz Westdeutschland feiern. 50000 Rekruten sollen nach Absicht des Bundesverteidigungsministeriums auf die bürgerliche Verfassung eingeschworen werden. Apel wird ,,anläßlich des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr ein Ehrenzeichen der Bundeswehr stiften". (Besteht aus vier Stufen: Ehrenmedaille, Ehrenkreuz in Bronze, in Silber und in Gold, Jahreskontingent 16000 Stück = 150000 DM) Unter den Propagandaklängen über 25 Jahre Allianzpolitik des BRD-Imperialismus, Nachrüstungsbeschluß der NATO und Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Finanzbourgeoisie im Windschatten der Supermacht USA, welche zusammen mit der UdSSR die Hauptkriegstreiber in der Welt darstellen, sollen die Dinger etlichen Soldaten auf den Feiern an die Brust geheftet wer-

digungshaushalt haben ebenso begonnen. Etliche Politiker sollen auf den Rekrutenvereidigungen sprechen, Öffentlichkeitsarbeit entsprechend den Schlußfolgerungen der Untersuchungen des Parlaments über die ,,Vorfälle in Bremen". Gleichzeitig mobilisiert der Staatsapparat bundesweit seine Polizeitruppen, um die Vereidigungen vor der Bewegung gegen den imperialistischen Krieg und gegen öffentliche Vereidigungen abzuschirmen. In Bonn, wo die Zentralfeier mit Apel stattfinden wird – 150 Rekruten aus allen drei Waffengattungen mit großem Zapfenstreich werden vereidigt –, ist zum 12. November Versammlungs- und Demonstrationsverbot ausgesprochen.

Soweit überblickbar, ist es dem bürgerlichen Staatsapparat nicht gelungen, Gewerkschaftssprecher für die Vereidigungen einzusetzen, obwohl das nicht das erste Mal wäre. In praktisch allen Gewerkschaften hat es in

8. November zentral nach Bonn. Die SDAJ unterstützt das. Der Aufruf wendet sich gegen ,,vordemokratische und militaristischen Rituale, welche die demokratischen Verpflichtungen der Bundeswehr auf die Verfassung" nicht verwirklichen könnten. ,,Frieden kann langfristig nur durch Fortsetzung der Entspannungspolitik und der Abrüstungsverhandlungen gesichert werden." Wenngleich durchaus im Widerspruch zur Politik der Bundesregierung, was den Jusos einige Publizität einbringt, hat der Aufruf doch meist die Wirkung, daß Aktionen politisch und praktisch gespalten sind. Verschiedenenorts sind Aktionseinheiten oder Absprachen noch in Vorbereitung u.a. in Bonn, Hannover, Saarbrücken gegen die Vereidigungen unter Forderungen wie gegen die Mittelstreckenraketen, Rücknahme des Nachrüstungsbeschlusses, gegen Türkeihilfe, keine NATO-Truppen in den persischen Golf, Auflösung der NATO und des

lassen und die Kultusbürokratien aus der Schußlinie der Massenbewegung zu nehmen. Die Minister spielen auf Zeitgewinn wie z.B. Girgensohn in NRW, der für die Gesamtschuleinführung mit 30 Jahren rechnet.



Schüler, Studenten und Lehrer demonstrierten in Westberlin am Konferenztag

Verschiedene Vorbereitungen zu 25 Jahre Bundeswehr

Polizeiaufmärsche zum Schutz der ,,Feiern" / Aktionseinheiten gegen die Gelöbnisse

jük. Am 11./12. November läßt die westdeutsche Finanzbourgeoisie das 25jährige Bestehen der Bundeswehr durch öffentliche Rekrutenvereidigungen in ganz Westdeutschland feiern. 50000 Rekruten sollen nach Absicht des Bundesverteidigungsministeriums auf die bürgerliche Verfassung eingeschworen werden. Apel wird ,,anläßlich des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr ein Ehrenzeichen der Bundeswehr stiften". (Besteht aus vier Stufen: Ehrenmedaille, Ehrenkreuz in Bronze, in Silber und in Gold, Jahreskontingent 16000 Stück = 150000 DM) Unter den Propagandaklängen über 25 Jahre Allianzpolitik des BRD-Imperialismus, Nachrüstungsbeschluß der NATO und Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Finanzbourgeoisie im Windschatten der Supermacht USA, welche zusammen mit der UdSSR die Hauptkriegstreiber in der Welt darstellen, sollen die Dinger etlichen Soldaten auf den Feiern an die Brust geheftet wer-
den. Aktuell wird absehbar über die Herbstmanöver der NATO Bilanz gezogen, innerhalb der Generalität hat nach den Manövern erneut eine Debatte über die Tauglichkeit des Offizierskorps eingesetzt, die Verlängerung der Wehrdienstzeit ab 1985 ist in dem Zusammenhang seit längerem lanciert. Die Vorbereitungen zum neuen Vertei-

digungshaushalt haben ebenso begonnen. Etliche Politiker sollen auf den Rekrutenvereidigungen sprechen, Öffentlichkeitsarbeit entsprechend den Schlußfolgerungen der Untersuchungen des Parlaments über die ,,Vorfälle in Bremen". Gleichzeitig mobilisiert der Staatsapparat bundesweit seine Polizeitruppen, um die Vereidigungen vor der Bewegung gegen den imperialistischen Krieg und gegen öffentliche Vereidigungen abzuschirmen. In Bonn, wo die Zentralfeier mit Apel stattfinden wird – 150 Rekruten aus allen drei Waffengattungen mit großem Zapfenstreich werden vereidigt –, ist zum 12. November Versammlungs- und Demonstrationsverbot ausgesprochen.

Soweit überblickbar, ist es dem bürgerlichen Staatsapparat nicht gelungen, Gewerkschaftssprecher für die Vereidigungen einzusetzen, obwohl das nicht das erste Mal wäre. In praktisch allen Gewerkschaften hat es in
den letzten Monaten etliche Entschließungen gegeben, gegen die Aggression der SU in Afghanistan, gegen die Aufrüstungspolitik, gegen US-Mittelstrekkenraketen, gegen die SS 20 der SU.

An etlichen Orten in Westdeutschland haben sich Aktionseinheiten gegen die Feiern gebildet. Die Jungsozialisten wollen auf eigenem Aufruf zum

8. November zentral nach Bonn. Die SDAJ unterstützt das. Der Aufruf wendet sich gegen ,,vordemokratische und militaristischen Rituale, welche die demokratischen Verpflichtungen der Bundeswehr auf die Verfassung" nicht verwirklichen könnten. ,,Frieden kann langfristig nur durch Fortsetzung der Entspannungspolitik und der Abrüstungsverhandlungen gesichert werden." Wenngleich durchaus im Widerspruch zur Politik der Bundesregierung, was den Jusos einige Publizität einbringt, hat der Aufruf doch meist die Wirkung, daß Aktionen politisch und praktisch gespalten sind. Verschiedenenorts sind Aktionseinheiten oder Absprachen noch in Vorbereitung u.a. in Bonn, Hannover, Saarbrücken gegen die Vereidigungen unter Forderungen wie gegen die Mittelstreckenraketen, Rücknahme des Nachrüstungsbeschlusses, gegen Türkeihilfe, keine NATO-Truppen in den persischen Golf, Auflösung der NATO und des
Warschauer Paktes, BRD raus aus der NATO, – an denen sich Volksfront und trotzkistische Gruppen, spontaneistische und antifaschistische Gruppen, Falken und KBW beteiligen. Gegenwärtig nehmen noch wenig Gewerkschaftsorganisationen an den Verhandlungen teil, was die Aktionen gegen die Vereidigungen erschwert.

Griechenland: Erneute Integration in die NATO

gas. Am 18.10. hat der griechische Ministerpräsident Rallis dem vom NATO-Oberbefehlshaber für Europa, Rogers, ausgearbeiteten Plan zur Reintegration Griechenlands in die NATO zugestimmt. ,,Am 24./25.10. soll der Roger-Plan' mit der Vertrauensfrage im Parlament durchgepeitscht werden ohne den von den US-Imperialisten diktierten Vertrag veröffentlichen zu müssen. Nach dem Sturz der Junta 1974 und der türkischen Invasion Cyperns hatte der damalige Ministerpräsident Karamanlis den Austritt Griechenlands aus dem militärischen Bündnis erklärt, ohne die politische Mitgliedschaft anzutasten. Die US-Imperialisten hatten in den vergangenen 2 Wochen den Druck auf Griechenland und die Türkei verstärkt, um die seit 4 Jahren laufenden Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Gescheitert waren sie jedesmal an der Frage der Kontrolle über die Agäis, die Griechenland beansprucht, die aber die Türkei in der NATO mit ihrem Veto verhinderten. Mit 182 Mio. Dollar Militärhilfe für Griechenland und 452 Mio. Dollar für die Türkei halfen die US-Imperialisten nach. Seit dem 18.10. demonstrierten allabendlich 10000e Gewerkschafter und Studenten gegen die NATO-Mitgliedschaft und gegen die geplanten 4 US-Stützpunkte. Ihre Forderungen: Austritt aus der NATO und Annäherung an die Blockfreienbewegung. Papandreou, Führer der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung, nutzt diese Bewegung gegen die NATO aus bei seinen Forderungen nach sofortigen Neuwahlen und Volksabstimmung über die Reintegration Griechenlands in die NATO.

Entschlackungskur für Asylgerichte

vip. Das Sammellager Eschborn für Asylsuchende soll am 15. Dezember errichtet sein. Als hessisches Durchgangsabschiebelager für Ankömmlinge auf dem Frankfurter Flughafen kann es seinen Zweck nicht erfüllen, wenn die Asylverfahren bei den Gerichten Jahre dauern. Beim Verwaltungsgericht Wiesbaden sind von 11 Kammern 9 mit Asylsachen befaßt. Von 3800 Asylklagen bis September 1980 sind nur 228 erledigt. Der hessische Justizminister Günther hat deshalb wieder vorgeschlagen, statt Kammern mit 3 Berufs- und 2 Laienrichtern Einzelrichter entscheiden zu lassen. Das erweitere die Kapazität um 40%. Der Richter am OVG Berlin Franz hat vorgeschlagen, alle 80000 Asylkläger als Kontingentflüchtlinge zu übernehmen, anders werde die Justiz diese Verstopfung nicht los.

Stahlkrisenplan: Ministerrat tagte in Luxemburg

gih. Die Rundreise von Minister Lambsdorff nach Brüssel, Paris und London konnte auch nichts daran ändern, daß die EG-Kommission weiter an der Anwendung des Krisenartikels 58 des Montanvertrages festhält. Bis zum vergangenen Donnerstag hatten sieben Länder der Europäischen Gemeinschaft bereits ihre Zustimmung zu dem Verfahren gegeben. Nur Dänemark hatte sich nicht geäußert. Damit sind die formalen Bedingungen geschaffen für das Inkraftsetzen der Produktionsquoten in der Stahlindustrie durch die EG-Kommission. Noch am Freitag, bevor Lambsdorff zur Sondersitzung des Ministerrates abreiste, verkündete er, daß die Bundesregierung dem Krisenplan nicht zustimmen würde. Besonders die Quotenfestlegungen passen den westdeutschen Stahlkapitalisten nicht. Sie haben eine Menge Geld in die neuen Produktionsanlagen investiert und tun es immer noch. So will z.B. Klöckner in Bremen eine zweite Stranggußanlage einrichten, damit sie mehr produzieren können. Durch die Quotenfestlegung sehen sie ihre Pläne durchkreuzt. Nur ein Veto der Bundesregierung kann den Krisenplan zum Stillstand bringen.

Stücklen: Abgeordnete nicht ausreichend besoldet

dog. Zeitlich unpassend, die Abgeordneten sollten ihre Privilegien überdenken, kritisiert die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung". Neben 7500 DM zu versteuernder ,,Entschädigung", 4500 DM steuer- und nachweisfreier Pauschale, Freischein für die Bundesbahn, freiem Telefon und 4500 DM für eine Hilfskraft hat jeder Abgeordnete Anspruch auf Altersversorgung: 2000 DM/Monat nach 6 Jahren, 6000 DM nach 16 Jahren. Wer vorher ausscheidet, geht auch nicht leer aus: Aus der Staatskasse wird in die Rentenversicherung nachgezahlt. Verkleinerung der nachweisfreien Pauschale; höhere Pauschale, aber mit Nachweis; Umstellung der Altersversorgung auf das Beitragsprinzip und einen ,,Inflationsausgleich" hält die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung" für angemessen.

Kurzmeldungen

Der von der NPD-nahen ,,Bürgerinitiative Ausländerstopp" eingereichte Antrag auf Ausschreibung eines Volksbegehrens wurde von der NRW-Landesregierung abgelehnt. Rau begründete es formal: Volksbegehren seien nur gegen Landesgesetzte zulässig, die Zuwanderung von Ausländern beruhe aber nicht auf einem solchen Gesetz.(vgl. KVZ 43)

In Berlin auf ihrer 200. Sitzung hatten die Kultusminister eine erneute Änderung des Zulassungsverfahrens für Medizin angekündigt. Der Verwaltungsausschuß der ZVS hat jetzt beschlossen, daß die rund 1000 Bewerber, die schon über 5 Jahre warten, doch noch einen Studienplatz bekommen.

Südafrikas Kolonialregime auf der Suche nach einer ,,inneren Lösung''

Die Streiks im Sommer haben Bothas Spaltungsversuche zwischen Schwarzen und Farbigen zunichte gemacht

lup. Seit einigen Wochen bemüht sich das südafrikanische Kolonialregime verstärkt, Berichte in die imperialistische Presse zu lancieren, denen zufolge beabsichtigt sei, durch Reformen das ,,Apartheidsystem'' in Südafrika Schritt für Schritt zu überwinden. Die in Johannisburg erscheinende südafrikanische Zeitschrift ,,The Star'' hatte Ende September von einem Vorhaben berichtet, demzufolge eine ,,einheitliche südafrikanische Staatsbürgerschaft für alle Rassen'' geplant sei und ein ,,einheitliches multirassisches Parlament'' unter Ausschluß der Schwarzen. An die Stelle der ,,Südafrikanischen Republik'' werde in Zukunft eine Konföderation von südafrikanischen Staaten treten, in denen die Schwarzen ,,ihre eigenen Regierungen in ihren eigenen Homelands'' hätten, in der es aber dennoch einen einheitlichen Paß geben würde auch für die Schwarzen, die nach wie vor Bürger ihrer ,,Homelands'' blieben. Es werde aber auch in Zukunft unterschiedliche Staatsbürgerschaften entsprechend der Zugehörigkeit zu den verschiedenen selbständigen Staaten geben. Die Frankfurter Allgemeine berichtete am vergangenen Samstag von einem Plan des Kolonialregimes, eine ,,doppelte Staatsbürgerschaft'' einzuführen, eine Staatsbürgerschaft sowohl der Homelands als auch ,,übergreifend'' der Südafrikas. Ferner sei geplant, in der nordöstlichen Küstenprovinz Natal eine ,,multirassische Enklave'' zu schaffen, in der die Apartheidsgesetze aufgehoben werden sollten. Diese Enklave solle aus 3 selbständig regierten Teilen bestehen: dem Homeland KwaZulu der vornehmlich von Europäern bewohnten Hauptstadt Durban und der Farmregion in diesem Gebiet.

All diese Reformpläne und Studien – deren Auftraggeber größtenteils imperialistische Monopole sind, die das Land beherrschen – zeichnen sich dadurch aus, daß sie die Säulen der imperialistischen Kolonialherrschaft in Südafrika nicht antasten.

Wedér die Nationalisierung des Grund und Bodens und die Verteilung an seine wirklichen Eigentümer, die azanischen Bauern, noch die Nationalisierung des imperialistischen Kapitals, nicht einmal das allgemeine Wahlrecht sind in den verschiedenen – von der imperialistischen Presse begierig aufgegriffenen – Reformplänen

aber auch in Zukunft unterschiedliche Staatsbürgerschaften entsprechend der Zugehörigkeit zu den verschiedenen selbständigen Staaten geben. Die Frankfurter Allgemeine berichtete am vergangenen Samstag von einem Plan des Kolonialregimes, eine ,,doppelte Staatsbürgerschaft'' einzuführen, eine Staatsbürgerschaft sowohl der Homelands als auch ,,übergreifend'' der Südafrikas. Ferner sei geplant, in der nordöstlichen Küstenprovinz Natal eine ,,multirassische Enklave'' zu schaffen, in der die Apartheidsgesetze aufgehoben werden sollten. Diese Enklave solle aus 3 selbständig regierten Teilen bestehen: dem Homeland KwaZulu der vornehmlich von Europäern bewohnten Hauptstadt Durban und der Farmregion in diesem Gebiet.

All diese Reformpläne und Studien – deren Auftraggeber größtenteils imperialistische Monopole sind, die das Land beherrschen – zeichnen sich dadurch aus, daß sie die Säulen der imperialistischen Kolonialherrschaft in Südafrika nicht antasten.

Wedér die Nationalisierung des Grund und Bodens und die Verteilung an seine wirklichen Eigentümer, die azanischen Bauern, noch die Nationalisierung des imperialistischen Kapitals, nicht einmal das allgemeine Wahlrecht sind in den verschiedenen – von der imperialistischen Presse begierig aufgegriffenen – Reformplänen auch nur in verzerrter Form enthalten.

,,Bothas Ziel ist, eine schwarze Mittelklasse zu schaffen und dadurch eine Allianz zwischen einer sich herausbildenden schwarzen Bourgeoisie und den Afrikanern (den europäischen Siedlern) herbeizuführen. Diese Reformen würden auch den Weg öffnen für solche gemäßigten nichtweißen Führer wie den Zulu-Häuptling Gathsa Buthulezi, der gegenwärtig noch die Gewalt der schwarzen Exilgruppen gutheißen muß'', schrieb im Juni die amerikanische Zeitung Business Week. Forciert gedrängt haben die imperialistischen Monopole auf solche Reformen vor allem seit dem Wahlsieg der ZANU in Zimbabwe und der Unabhängigkeit Zimbabwes, die dem nationalen Befreiungskampf des azanischen Volkes einen bedeutenden Auftrieb gegeben hat. ,,Der Fehler in Rhodesien war, daß man dort zu spät den Dialog mit den wirklichen Führern der Schwarzen gesucht hat; die Wahl Mugabes war die Quittung für diesen Fehler'', hieß es damals in der imperialistischen und auch in der südafrikanischen Presse.

Den Versuchen des Kolonialregimes, durch einige kosmetische Veränderungen des Apartheidregimes den Boden für eine wirksame Spaltung des nationalen Befreiungskampfes zu schaffen, haben die Streiks der Schüler und Studenten in Kapstadt und die darauffolgende Streikbewegung der afrikanischen Arbeiter einen empfindlichen Schlag versetzt. An den Streiks an den Schulen in Kapstadt hatten sich insgesamt 100000 Schüler beteiligt. Ein wichtiger Aspekt dieses Streiks war, daß er vor allem von den farbigen Schülern ausgegangen war, die sich zunehmend als Teil der unterdrückten Nation von Azania verstehen und den Kampf mit den Schwarzen zusammen führen – eine Tatsache, die den Versuchen des Kolonialregimes, durch marginale Unterschiede die farbigen Azanier von den schwarzen Azaniern abzuheben, einen Strich durch die Rechnung machte. Die Streiks der Arbeiter in der Automobilindustrie, in den Fleischfabriken und den städtischen Bediensteten von Johannisburg im Sommer dieses Jahres hatte vor allem die Stärke der selbständigen, afrikanischen Gewerkschaften demonstriert, 33 an der Zahl, die mittlerweile ungefähr 100000 Arbeiter organisieren. Die Breite und Härte dieser Streiks bedeutet das Scheitern der von dem Kolonialregime unternommene Versuche, durch eine Reform der Arbeitsgesetzgebung die Gewerkschaftsbewegung unter Kontrolle zu bekommen: afrikanische Gewerkschaften sollten legalisiert werden, wenn sie sich bei den Kolonialbehörden registrieren ließen, ihre Mitgliedskarteien, Finanzen und Satzungen dort zur Kontrolle vorlegen und sich bei Arbeitskämpfen an die staatlichen Schlichtungsregelungen halten. Kaum eine der afrikanischen Gewerkschaften hatte sich auf diese Registrierung eingelassen, bei der Handvoll registrierten afrikanischen Gewerkschaften handelte es sich im wesentlichen um von chauvinistischen weißen Gewerkschaften aufgebauten Parallelorganisationen, die kaum mehr als eine Handvoll Mitglieder umfassen. Sie hatten in den Streiks keinerlei Einfluß. Die Streiks der 10000 Beschäftigten der Stadtverwaltung von Johannisburg hatte das Kolonialregime brutal zerschlagen: Die Stadtverwaltung erklärte die Arbeitsverträge der Streikenden automatisch für erloschen, 1000 der Streikenden wurden auf der Stelle verhaftet, unter übelsten Bedingungen in Betonlöchern eingesperrt und in die Homelands abgeschoben – weil mit dem Arbeitsvertrag auch ihre Aufenthaltserlaubnis für die ,,weißen Gebiete'' erloschen sei. Die Methode, rausgeschmissene Arbeiter umstandslos aus den Homelands durch neue Arbeiter mit 1-Jahres-Verträgen zu ersetzen, stößt allerdings mehr und mehr an ihre Grenzen. In dem Maß, in dem das imperialistische Kapital mit immer moderneren Methoden die Arbeitskraft der schwarzen Arbeiter ausbeutet, ist es zunehmend darauf angewiesen, aus

afrikanische Gewerkschaften sollten legalisiert werden, wenn sie sich bei den Kolonialbehörden registrieren ließen, ihre Mitgliedskarteien, Finanzen und Satzungen dort zur Kontrolle vorlegen und sich bei Arbeitskämpfen an die staatlichen Schlichtungsregelungen halten. Kaum eine der afrikanischen Gewerkschaften hatte sich auf diese Registrierung eingelassen, bei der Handvoll registrierten afrikanischen Gewerkschaften handelte es sich im wesentlichen um von chauvinistischen weißen Gewerkschaften aufgebauten Parallelorganisationen, die kaum mehr als eine Handvoll Mitglieder umfassen. Sie hatten in den Streiks keinerlei Einfluß. Die Streiks der 10000 Beschäftigten der Stadtverwaltung von Johannisburg hatte das Kolonialregime brutal zerschlagen: Die Stadtverwaltung erklärte die Arbeitsverträge der Streikenden automatisch für erloschen, 1000 der Streikenden wurden auf der Stelle verhaftet, unter übelsten Bedingungen in Betonlöchern eingesperrt und in die Homelands abgeschoben – weil mit dem Arbeitsvertrag auch ihre Aufenthaltserlaubnis für die ,,weißen Gebiete'' erloschen sei. Die Methode, rausgeschmissene Arbeiter umstandslos aus den Homelands durch neue Arbeiter mit 1-Jahres-Verträgen zu ersetzen, stößt allerdings mehr und mehr an ihre Grenzen. In dem Maß, in dem das imperialistische Kapital mit immer moderneren Methoden die Arbeitskraft der schwarzen Arbeiter ausbeutet, ist es zunehmend darauf angewiesen, aus den afrikanischen Arbeitern einen Facharbeiterstamm oder doch zumindest Arbeiterstamm mit langjährigen Erfahrungen zu rekrutieren. Um so mehr ist das imperialistische Kapital daran interessiert, Spaltung in die afrikanischen Arbeiter hineinzutragen und zu diesem Zweck zumindest für einen Teil der Arbeiter die Paßgesetze zu lockern.

Über die Entwicklung auf Seiten der azanischen Volksmassen schrieb die International Herald Tribune kürzlich: Junge Schwarze sagen, es sei zu teuer, die Polizei auf der Straße herauszufordern. In Zukunft würden die Kämpfe eine Form annehmen, daß die Opfer auf Seiten der Kolonialisten mindestens ebenso hoch seien wie auf Seiten der Afrikaner. Und: ermutigt durch die Entwicklungen in Zimbabwe würden täglich Jugendliche aus Soweto und anderen Ghettos das Land verlassen, um sich in den Nachbarländern durch die Befreiungsbewegungen für den bewaffneten Kampf ausbilden zu lassen.

Der britische Guardian stellte kürzlich voller Sorge fest, daß zunehmend weiße Farmer, aus Furcht vor Guerillaangriffen, ihre Farmen verlassen würden. Insbesondere in den strategisch wichtigen Grenzgebieten mit Zimbabwe und Botswana seien 1000 Farmen von ihren Besitzern verlassen worden. Wenn Guerillas die Grenze überschreiten würden, dann könnten sie sich meilenweit bewegen, ohne auf eine bewohnte Farm zu stoßen, erklärte der Direktor der südafrikanischen Landwirtschaftsvereinigung.





Den Auftakt der Kämpfe des azanischen Volkes bildeten in diesem Jahr die Studentendemonstrationen in Cape Town *(Bild links)*. Während der ersten sechs Monate des Jahres 1980 streikten die azanischen Arbeiter 48 mal. Beteiligt waren an diesen Streiks 40000 Arbeiter. Der größte Streik in der Geschichte der azanischen Arbeiterbewegung war der Streik der städtischen Arbeiter von Johannesburg, an dem 10000 Arbeiter teilnahmen. – Je stärker die Schläge sind, die die Siedler in Azania einstecken müssen, desto fester klammern sie sich an ihre letzte Kolonie, Namibia. Eine 50000 Mann starke Söldnerarmee ist erst kürzlich aufgestellt worden, mit Spezialeinheiten für den Antiguerillakampf. *(Bild oben)*

Der Kolonialstaat Südafrika hält mit Zähnen und Klauen an Namibia fest

BRD spielt sich auf als ,,ehrlicher Makler" / Besuch Sam Nujomas bei Genscher

chm. Sam Nujoma, Präsident der SWAPO, besuchte vom 22.10. bis 26.10 auf Einladung Außenminister Genschers die Bundesrepublik.

,,Die SWAPO hatte nach Bonner Einschätzung bisher ein ‚gestörtes Verhältnis' zur Bundesrepublik, aber enge Beziehungen zur Sowjetunion und zur DDR. Die Bundesregierung will dem SWAPO-Vorsitzenden nun eigene Informationen über die Bundesrepublik verschaffen, die nicht von Moskau und Ostberlin kanalisiert werden. Das liegt nach Bonner Meinung auch im Intersse der Deutschstämmigen in Namibia. Bonn will die SWAPO davon abhalten, vom Plan für einen friedlichen Übergang zur Unabhängigkeit abzulassen und zum ausschließlich bewaffneten Kampf gegen Südafrika zurückzukehren. Die Bundesregierung möchte von Nujoma die Bestätigung erlangen, daß die SWAPO Wahlen und deren Ergebnisse akzeptieren und Weiße, darunter Deutsche, nicht aus Namibia vertreiben werde ... Bonn will dem Vorwurf der SWAPO, die Bundesregierung beziehe über Südafrika Uran aus Namibia mit dem Hinweis begegnen, der Staat habe keinen Einfluß auf privatwirtschaftliche Uranimporte ...'' Die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' (24.10.) spricht es mal wieder aus und legt sich keine gekünstelte Scham an: 20% des Uranbedarfs der

chm. Sam Nujoma, Präsident der SWAPO, besuchte vom 22.10. bis 26.10 auf Einladung Außenminister Genschers die Bundesrepublik.

,,Die SWAPO hatte nach Bonner Einschätzung bisher ein ‚gestörtes Verhältnis' zur Bundesrepublik, aber enge Beziehungen zur Sowjetunion und zur DDR. Die Bundesregierung will dem SWAPO-Vorsitzenden nun eigene Informationen über die Bundesrepublik verschaffen, die nicht von Moskau und Ostberlin kanalisiert werden. Das liegt nach Bonner Meinung auch im Intersse der Deutschstämmigen in Namibia. Bonn will die SWAPO davon abhalten, vom Plan für einen friedlichen Übergang zur Unabhängigkeit abzulassen und zum ausschließlich bewaffneten Kampf gegen Südafrika zurückzukehren. Die Bundesregierung möchte von Nujoma die Bestätigung erlangen, daß die SWAPO Wahlen und deren Ergebnisse akzeptieren und Weiße, darunter Deutsche, nicht aus Namibia vertreiben werde ... Bonn will dem Vorwurf der SWAPO, die Bundesregierung beziehe über Südafrika Uran aus Namibia mit dem Hinweis begegnen, der Staat habe keinen Einfluß auf privatwirtschaftliche Uranimporte ...'' Die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' (24.10.) spricht es mal wieder aus und legt sich keine gekünstelte Scham an: 20% des Uranbedarfs der westdeutschen Kapitalisten kommt aus Namibia. Im Falle eines Sieges der SWAPO bei den von den Vereinten Nationen geforderten Wahlen – an diesem Sieg zweifelt auch die Bundesregierung nicht – macht es sich gut, wenn man vorher gewisse Kontakte gepflegt hat. Zu schmerzlich ist die Erinnerung an den Sieg der ZANU in Zimbabwe.

Mit Tricks und Fallstricken sucht Südafrika die UN-Beschlüsse zu sabotieren

In der Resolution Nr. 385, die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Januar 1976 gefaßt hatte, verurteilt er, aufbauend auf die vorangegangenen Resolutionen von 1969 und 1974, die illegale Besetzung Namibias durch Südafrika und fordert den sofortigen Rückzug aller südafrikanischen Truppen aus dem Gebiet. Unter UN-Aufsicht sollen freie Wahlen abgehalten werden. Die Resolution 435 legt den Termin für die Wahlen fest: 1.1.1979. Sie fordert die Unabhängigkeit Namibias unter einer Regierung, die aus freien, unter UN-Aufsicht durchgeführten, Wahlen hervorgeht. Mehrheitlich erkennt die Vollversammlung der Vereinten Nationen die SWAPO als einzig legitimen Vertreter des namibischen Volkes an. Der UN-Kommissar für Namibia wird beauftragt, die Wahlvorbereitungen zu treffen. Die imperialistischen Staaten des Westens setzen durch, daß eine neue sog. ,,Kontaktgruppe" aus den USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich und der BRD eingerichtet wird, die neben der UNO auch noch Gespräche führt mit dem Besatzerregime von Pretoria.

Im Dezember 1978 läßt Südafrika Wahlen durchführen, aus denen die sog. Demokratische Turnhallenallianz, DTA, als Sieger hervorgeht, ein Zusammenschluß verschiedener Interessenvertreter und Stammesgruppierungen, die allesamt auf Gedeih und Verderb mit der rassistischen Regierung von Pretoria zusammenhängen. Anfang Juli 1980, nachdem es wiederum den Termin für die UN-Wahlen hat verstreichen lassen, gründet Südafrika den ,,Council of Ministers", einen Ministerrat für Namibia unter Führung von Dirk Mudge, dem bisherigen Vorsitzenden der DTA. Einen Termin nach dem anderen mit dem Namibia-Kommissar der UNO läßt Südafrika unter den fadenscheinigsten Vorwänden verstreichen. Als dann am 21. Oktober die Vertreter der UNO in Pretoria ankommen, sehen sie sich mit dem Vorwurf des Apartheidregimes konfrontiert, die UNO sei nicht neutral und würde einseitig die SWAPO unterstützen.

Nach der Unabhängigkeit Zimbabwes klammert Südafrika sich an Namibia

BRD eingerichtet wird, die neben der UNO auch noch Gespräche führt mit dem Besatzerregime von Pretoria.

Im Dezember 1978 läßt Südafrika Wahlen durchführen, aus denen die sog. Demokratische Turnhallenallianz, DTA, als Sieger hervorgeht, ein Zusammenschluß verschiedener Interessenvertreter und Stammesgruppierungen, die allesamt auf Gedeih und Verderb mit der rassistischen Regierung von Pretoria zusammenhängen. Anfang Juli 1980, nachdem es wiederum den Termin für die UN-Wahlen hat verstreichen lassen, gründet Südafrika den ,,Council of Ministers", einen Ministerrat für Namibia unter Führung von Dirk Mudge, dem bisherigen Vorsitzenden der DTA. Einen Termin nach dem anderen mit dem Namibia-Kommissar der UNO läßt Südafrika unter den fadenscheinigsten Vorwänden verstreichen. Als dann am 21. Oktober die Vertreter der UNO in Pretoria ankommen, sehen sie sich mit dem Vorwurf des Apartheidregimes konfrontiert, die UNO sei nicht neutral und würde einseitig die SWAPO unterstützen.

Nach der Unabhängigkeit Zimbabwes klammert Südafrika sich an Namibia

Eine Armee von 50000 hochausgerüsteten Söldnern hat Südafrika inzwischen in Namibia aufgebaut. Die Angriffe konzentrieren sich auf den Norden des Landes, wo die Mehrheit der Bevölkerung lebt. Unter dem Vorwand, daß es der SWAPO Stützpunkte biete, wird auch Angola ständig von diesem Söldnerheer angegriffen.

Für die Massen in Namibia bedeutet die koloniale Ausbeutung durch Südafrika Armut und Elend. Die Wirtschaft, die unter der Kontrolle der imperialistischen Konzerne steht, ist vollständig nach den Profitinteressen dieser Konzerne ausgerichtet. 99% der Ausfuhren bestehen aus Fischen, Vieh und Erzen. Der größte Teil des Fischreichtums wird nach Südafrika und in die westlichen imperialistischen Staaten exportiert, ebenfalls 90% des Viehs. 6000 europäische Siedler teilen sich die Weidegründe unter sich. Die Namibier leben zusammengepfercht in Bantustans nach südafrikanischem Muster. Sie müssen ihre Arbeitskraft entweder an die Minenbesitzer oder an die Besitzer der landwirtschaftlichen Großbetriebe verkaufen. Ein Teil muß in Südafrika Arbeit suchen.

Die imperialistische Ausplünderung der Reichtümer Namibias wird im Bereich der Rohstoffe am deutlichsten. Die Consolidated Diamonds Mines hat das Monopol für den Raubbau an den Diamantenminen. (Die Rohdiamanten werden zur Weiterverarbeitung größtenteils nach Israel geschickt) Während in der Consolidated Diamond Mines fast nur südafrikanisches Kapital steckt, sitzt das US-Kapital in der TSUMEB Corporation, die vier Zink-, Zinn-, Kupfer- und Kadmiumminen ausbeutet. In der Rossingmine wird trotz UN-Verbot 5% der Weltproduktion an Uran gefördert. Gerade unter den Minenarbeitern hat die SWAPO eine breite Massenbasis.

Die Ratten kriechen aus ihren Löchern hervor

Die 1,4 Mio. Einwohner Namibias müssen 100000 weiße Parasiten mitschleppen. Unter ihnen sind 30000 deutsche Siedler, zum Teil ein Überbleibsel aus dem ersten mißglückten Griff nach der Weltmacht der wilhelminischen Imperialisten, zum Teil Nazis, die Zuflucht im Windschatten der Apartheid gesucht, auch gefunden haben, jeder sein eigener Westentaschen-Lettow-Vorbeck (oder auch Hardy Krüger). Nachdem sie nach dem zweiten mißglückten Griff des deutschen Imperialismus nach der Weltherrschaft 1945 versprochen hatten, sich ,,nie mehr'' um Politik zu kümmern, treibt sie der Aasgeruch, der der verendenden südafrikanischen Kolonialherrschaft anhaftet, aus ihren Löchern. Im August 1977 gründeten sie die ,,Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwester". Bis Juli 1978 hatten sie schon 1600 eingetragene Mitglieder. Alle sind sie sich einig in der Ablehnung der SWAPO, d.h. der Unabhängigkeit Namibias und des Selbstbestim-

Zinn-, Kupfer- und Kadmiumminen ausbeutet. In der Rossingmine wird trotz UN-Verbot 5% der Weltproduktion an Uran gefördert. Gerade unter den Minenarbeitern hat die SWAPO eine breite Massenbasis.

Die Ratten kriechen aus ihren Löchern hervor

Die 1,4 Mio. Einwohner Namibias müssen 100000 weiße Parasiten mitschleppen. Unter ihnen sind 30000 deutsche Siedler, zum Teil ein Überbleibsel aus dem ersten mißglückten Griff nach der Weltmacht der wilhelminischen Imperialisten, zum Teil Nazis, die Zuflucht im Windschatten der Apartheid gesucht, auch gefunden haben, jeder sein eigener Westentaschen-Lettow-Vorbeck (oder auch Hardy Krüger). Nachdem sie nach dem zweiten mißglückten Griff des deutschen Imperialismus nach der Weltherrschaft 1945 versprochen hatten, sich ,,nie mehr'' um Politik zu kümmern, treibt sie der Aasgeruch, der der verendenden südafrikanischen Kolonialherrschaft anhaftet, aus ihren Löchern. Im August 1977 gründeten sie die ,,Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwester". Bis Juli 1978 hatten sie schon 1600 eingetragene Mitglieder. Alle sind sie sich einig in der Ablehnung der SWAPO, d.h. der Unabhängigkeit Namibias und des Selbstbestim-mungsrechts des namibischen Volkes. Das heißt dann so: ,,Die IG kämpft gegen Machtansprüche aller totalitären Organisationen und verurteilt Gewaltanwendung als Mittel zur Lösung politischer Auseinandersetzungen." Auch sie bezweifeln die ,,Ehrlichkeit" der UNO, daß sie ,,unparteiisch" sei gegenüber der SWAPO. Ihr politischer Vertreter sei die DTA. Eng sind ihre Verbindungen mit den westdeutschen Kapitalisten und ihren Politikern. 100000 DM Spenden haben sie für den Wahlkampf der DTA 1978 aus der BRD erhalten. Auf dem Parteikongreß der IG vom August 1979 erschien Dr. Werner Marx, der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Etliche Gesellschaften und Verbände propagieren ihre Auffassungen in der BRD, somit auch die Auffassungen der südafrikanischen Kolonialisten, darunter die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft mit ihrer Hauspostille AFRIKA-POST, die Afrikafördergesellschaft, die Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland, die Gesellschaft für Menschenrechte ...

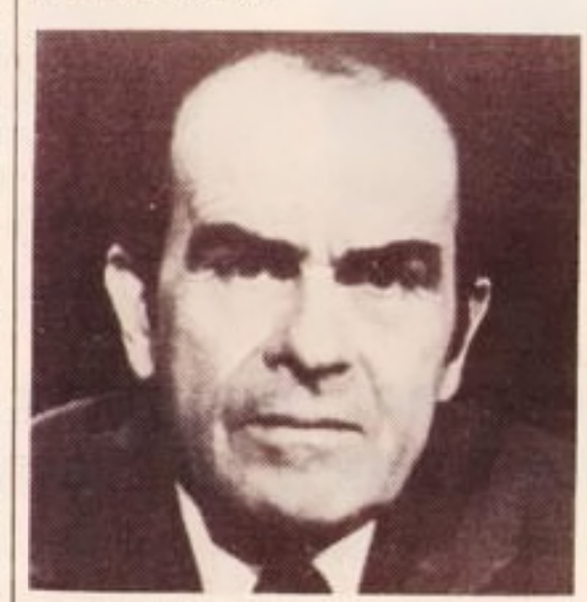
In der Juli-Ausgabe der AFRIKA-POST schreibt das Mitglied des Deutschen Bundestages, Hans Klein (CSU), zum Besuch des Vorsitzenden der SWAPO in der BRD: ,, ... Sam Nujoma ist Moskaus liebes Kind. Und allein die Uran-Vorkommen in Namibia gehören zu den bedeutendsten der Welt. Auch daran sollte, nein, muß der Bundesaußenminister denken ..." Die Aasgeier lauern nicht nur in Namibia. Und nicht nur in den Reihen der christlichen Reaktion.

George Marchais meldet seine Kandidatur bei den französischen Präsidentschaftswahlen an

hth.Paris. Erstmals seit Jahren kandidiert mit George Marchais der Vorsitzende der PCF persönlich für die Präsidentschaftswahl. Die Zeiten der ,,Linksunion" mit der Sozialistischen Partei (P.S.) sind vorbei. Dieser Versuch, als Koalitionspartner an Schaltstellen des Staatsapparates zu gelangen, ist gescheitert. Distanzierung von den Sozialimperialisten, ,,eurokommunistischer Kurs" war der Preis, den die PCF für eine Regierungsbeteiligung bis 1976 zu zahlen bereit war. Ergebnis: Die P.S. hat die PCF in allen Wahlen überrundet. 1977 hat die PC die Konsequenz gezogen. Bruch der Linksunion, gezielte Spaltung der Arbeiterbewegung auf allen Ebenen: ,,Proletarischen Internationalismus" mit jedweder sozialimperialistischer Aggression', mutet sie nicht nur ihren Mitgliedern und den Mitgliedern der von ihr geführten Gewerkschaft CGT zu. An dieser Bedingung scheiterte auch der Zusammenschluß von CGT und der sozialistischen CFDT. Zielloser Aktionismus, in dem die Gewerkschaftsbewegung verheizt wird, mit ständigen ergebnislosen befristeten Warnstreiks für Maximalforderungen, ohne auch nur den Versuch einer Aktionseinheit mit CFDT. Im Wahlprogramm eine Mischung aus Chauvinismus (,,Laßt uns Frankreichs Industrie stärken") und revolutionären Phrasen (,,Gegen die Diktatur der Bourgeoisie"). Die Zeche zahlt die Arbeiterbewegung mit einer empfindlichen Einbuße ihres politischen, vor allem aber auch gewerkschaftlichen Gerüsts.

Auf seiten der Sozialisten sind die Ergebnisse schon sichtbar: Mitterrand fordert u.a. eine stärkere Anlehnung der französischen Außenpolitik an NATO und USA.

Angesichts des von ihr geplanten Austerity-Programms (KVZ 42, S. 4) erwägt die Bourgoeisie eine Koalitionsregierung unter Einschluß der P.S. Chirac lobt die Entwicklung der P.S. täglich in Interviews als ,,bemerkenswert", Giscard erinnert sich öffentlich an ,,positive Erfahrung" der Koalition mit Sozialisten. Das war in den 50er Jahren. Damals hat die P.S. die Kolonialkriege gegen Algerien und Vietnam mitverantwortet.



George Marchais

Estland: Behörden bestätigen Schülerunruhen Streik in einer Landmaschinenfabrik

coi.Stockholm. In der KVZ 42/80 hatten wir über Schülerdemonstrationen am 1. und 3.10. in Estland berichtet. Wie jetzt aus weiteren Informationen, die estnischen Exilorganisationen in Stockholm zugegangen sind, sowie aus offiziellen sowjetischen Verlautbarungen hervorgeht, handelt es sich um eine größere Demonstrationsbewegung, die brutal erstickt werden soll. Am 11.10. drohte der estnische Innenminister Marco Tibor in einer Rede im estnischen Radio und Fernsehen – das im nur 100 km entfernten Helsinki empfangen werden kann – allen Jugendlichen mit Schulverweis und anderen Strafen, die an weiteren Demonstrationen teilnehmen. Am 16.10. gab das lokale Parteiorgan ,,Sowjetskaja Estonija" bekannt, daß rechtliche Schritte gegen ,,Hooligane und Aufwiegler" in Tallinn eingeleitet worden seien, und kündigte an, daß die Schuldigen für ihre Straftaten verurteilt würden, da sie ,,den Unwillen und den Zorn des arbeitenden Volkes geweckt" hätten. Die Schulbehörden haben Elternversammlungen an allen estnischen Schulen an-

im Fußballstadion in Tallinn wegen der zu national betonten Liedertexte. Während der sich anschließenden spontanen Protestdemonstrationen in der Innenstadt und in Auseinandersetzungen mit der Miliz, die lautstark als Gestapo beschimpft wurde, wurden mehrere Jugendliche verhaftet und danach von der Schule verwiesen. Die Demonstrationen vom 1. und 3.10., auf denen neben Forderungen nach besseren Schulbedingungen die Parolen ,,Russen raus aus Estland!" und ,,Freiheit für Estland" gerufen und die verbotene blau-weiß-schwarze estnische Nationalflagge getragen wurde, waren direkte Antwort auf diese erneuten Unterdrückung der estnischen Kultur. Von den 150 festgenommen Schülern wurden ca. 10 von der Miliz festgehalten. Um ihre Freilassung zu erzwingen, gingen am 7. und 8.10. erneut Jugendliche auf die Straße, auch hier wieder mit der Forderung nach Abzug der Russen aus Estland. Zur Zeit sind etwa 20 Schüler in Untersuchungshaft und sie müssen nach den erwähnten Äußerungen mit Verurteilungen bis zu

Krieg Iran-Irak: Weites Feld für israelische Initiativen

Schwere Angriffe auf den Südlibanon / Annexion der Golan-Höhen?

wem. Die akute Einmischung der beiden Supermächte in den Konflikt zwischen Irak und Iran hat Spaltung in das Lager der arabischen Staaten getragen.

Es ist fraglich, ob die im November in Amman anberaumte Arabische Gipfelkonferenz zum geplanten Termin stattfinden wird. Beide Supermächte und Israel haben höchstes Interesse daran, daß sich dieser Krieg in die Länge zieht. Die Sowjetunion beliefert über Jordanien und andere Umwege Irak mit Nachschub, eine Verlängerung des Krieges könnte sie zu politischem Druck auf Irak nutzen. Ebenso würde ihre Einmischung in die inneren Widersprüche im Iran begünstigt. Der Abschluß des ,,Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit" mit Syrien ist eine bedeutende Stärkung der sowjetischen Kriegspositionen: wie ähnlich lautende Abkommen mit Afghanistan, DVR Jemen und Äthiopien erlaubt er den Sozialimperialisten eine Militärintervention, ohne andererseits zu Hilfeleistungen im Fall einer israelischen Aggression *verpflichtet* zu sein. Die USA rüsten Israel auf, haben Nutzungsrechte auf ägyptischen Militärstützpunkten und bauen auf Masirah vor der Küste Omans einen Luft- und Seestützpunkt aus. Die Mehrzahl der arabischen Staaten unterstützt offen oder verdeckt den Irak; Libyen, Algerien, DVR Jemen und Syrien den Iran.

Diese Aufsplitterung der arabischen Front gegen Hegemonismus und Zionismus wird von den Zionisten mit Freude registriert: ,,Der Verfall Irans eröffnet ein weites Feld für israelische Initiativen", so Meir Amit vom Likud-Block Begins. Anfang Oktober führte USA-Generalstabschef Jones Geheimgespräche mit der israelischen Führung. Am 17.10. gab US-Vizepräsident Mondale auf der Jahrestagung der zionistischen Organisation der USA die Lieferung von über 1000 M 60-Panzern sowie weiterer F 15- und F 16-Jagdbombern bekannt. Bereits im August wurden Kampfhubschrauber neuen Typs geliefert. Der Schuldendienst Israels an die USA macht inzwischen jährlich 785 Mio. Dollar aus, ungefähr den Betrag der US-Wirtschaftshilfe 1979. Der Vorsitzende des israelischen Parlamentsausschusses für Verteidigung forderte letzte Woche die Regierung auf, die in den Camp David-Vereinbarungen festgelegte Räumung der See-/Luftbasis Sharm el Sheik und der zwei Sinai-Luftstützpunkte rückgängig zu machen, um die ,,israelische Präsenz im Roten Meer bis zum Horn von Afrika zu stärken". Die israelische Presse zieht in Betracht, auf Weisung der USA eine Seeblockade im Golf von Akaba zu verhängen, um den sowjetischen Nachschub für Irak über den jordanischen Hafen Akaba abzuschneiden. Verbände der 6. US-(Mittelmeer)Flotte legten demonstrativ im Siedlerstaat an, ,,Die Zeit" vom 17.10. weiß von einem US-Angebot an Israel, gemeinsame Militärmanöver abzuhalten.

Die Lage begünstigt die Politik der USA, die Aggression des von ihnen abhängigen Kolonialstaats Israel auf die PLO, Libanon und Syrien zu konzentrieren, Israel dafür den Rücken frei zu halten, indem Ägypten mit Versprechungen aus der arabischen Front herausgehalten wird, war der Zweck der Camp David-Vereinbarungen. Syrien wird ,,kaum seine Truppen von der irakischen Grenze abziehen; gleichfalls nicht aus Libanon ... bleibt die Front der Golanhöhen, wo ein Truppenabzug klare Vorteile für Israel bringen würde" (Jerusalem Post 12.10.). Die schweren Angriffe aller Waffengattungen der israelischen Armee auf Städte und Dörfer des Südlibanon bis Beirut häufen sich. Begin erklärte über die Aggression vom 16.10.: ,,Das war nicht die erste und wird auch nicht die letzte solcher Aktionen gegen die Terroristen-Nester im Südlibanon sein." Diese Aggression bedient sich der libanesischen Hilfstruppen des Majors Haddad im Südlibanon; im Nordlibanon stehen 15000 modern ausgerüstete Truppen der faschistischen Phalangisten des Bashir Gemayel in Bereitschaft, der am 7. Juli die konkurrierenden Bandenchefs gewaltsam ausschalten ließ. Die Taktik zielt darauf ab, die PLO und die libanesische Nationalbewegung von Süden und Osten her einzukreisen, in einen Abnutzungskrieg zu verwickeln und damit eine Basis der Aggression gegen Syrien zu schaffen, das weiterhin ablehnt, sich dem Diktat von Camp David zu unterwerfen, aber infolge seiner Intervention im Libanon 1976 und ihrer gewaltigen Kosten in zunehmende Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten ist.

Im Juli legte die syrische Regierung scharfen Protest gegen den Beschluß der israelischen Regierung ein, den Bewohnern der 1967 besetzten syrischen Golanhöhen die israelische Staatsbürgerschaft aufzuzwingen. Am 13.10. brachten Abgeordnete der Regierungskoalition einen Antrag ein, die Golanhöhen zum israelischen Staatsgebiet zu erklären und israelischer Verwaltung und Gerichtshoheit zu unterstellen. Die US-Regierung legte formell Protest ein, die Regierung Begin legt sich noch nicht fest. Die Arbeiterpartei um Peres und Rabin verficht auch die Besetzung und Besiedlung der Golanhöhen. Sie fürchtet aber den ,,internationalen Sturm", den die Annexion auslösen würde. Sie fordert Kontakte mit Jordanien, um gegen die PLO die Taktik eines ,,jordanisch-palästinensischen" Staats anzuwenden. Im Kampf gegen die Unterdrückung der palästinensischen Nation sowie gegen die Kriegs- und Plünderungspolitik Begins können die Massen diese Widersprüche unter den Zionisten nutzen.

Im April 1978 haben 8000 Kämpfer der palästinensischen und libanesischen Streitkräfte, unterstützt durch einen Generalstreik der palästinensischen Massen im Siedlerstaat, Invasionstruppen in einer Stärke von ⅓ der Siedlerarmee zurückgeschlagen. Die Forderung nach sofortiger und bedingungsloser Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung ist aktuell. Ein Scheitern der Bemühungen der PLO und der Blockfreienbewegung, den Konflikt Irak-Iran beizulegen, würde die arabische Unterstützung der PLO und der Libanesischen Nationalbewegung im Kampf gegen eine israelische Großoffensive im Libanon erheblich schwächen.





und revolutionären Phrasen (,,Gegen die Diktatur der Bourgeoisie"). Die Zeche zahlt die Arbeiterbewegung mit einer empfindlichen Einbuße ihres po-

George Marchais

Estland: Behörden bestätigen Schülerunruhen Streik in einer Landmaschinenfabrik

coi.Stockholm. In der KVZ 42/80 hatten wir über Schülerdemonstrationen am 1. und 3.10. in Estland berichtet. Wie jetzt aus weiteren Informationen, die estnischen Exilorganisationen in Stockholm zugegangen sind, sowie aus offiziellen sowjetischen Verlautbarungen hervorgeht, handelt es sich um eine größere Demonstrationsbewegung, die brutal erstickt werden soll. Am 11.10. drohte der estnische Innenminister Marco Tibor in einer Rede im estnischen Radio und Fernsehen – das im nur 100 km entfernten Helsinki empfangen werden kann – allen Jugendlichen mit Schulverweis und anderen Strafen, die an weiteren Demonstrationen teilnehmen. Am 16.10. gab das lokale Parteiorgan ,,Sowjetskaja Estonija" bekannt, daß rechtliche Schritte gegen ,,Hooligane und Aufwiegler" in Tallinn eingeleitet worden seien, und kündigte an, daß die Schuldigen für ihre Straftaten verurteilt würden, da sie ,,den Unwillen und den Zorn des arbeitenden Volkes geweckt" hätten. Die Schulbehörden haben Elternversammlungen an allen estnischen Schulen an-
geordnet, auf denen den Eltern mit Arbeitslosigkeit gedroht wurde, wenn sie ihre Kinder nicht daran hindern, auf die Straße zu gehen.

Ausgelöst wurden die Demonstrationen durch das Einschreiten der Behörden gegen den Auftritt der populären estnischen Musikgruppe ,,Propeller" am 22.9. vor ca. 10 000 Jugendlichen

im Fußballstadion in Tallinn wegen der zu national betonten Liedertexte. Während der sich anschließenden spontanen Protestdemonstrationen in der Innenstadt und in Auseinandersetzungen mit der Miliz, die lautstark als Gestapo beschimpft wurde, wurden mehrere Jugendliche verhaftet und danach von der Schule verwiesen. Die Demonstrationen vom 1. und 3.10., auf denen neben Forderungen nach besseren Schulbedingungen die Parolen ,,Russen raus aus Estland!" und ,,Freiheit für Estland" gerufen und die verbotene blau-weiß-schwarze estnische Nationalflagge getragen wurde, waren direkte Antwort auf diese erneuten Unterdrückung der estnischen Kultur. Von den 150 festgenommen Schülern wurden ca. 10 von der Miliz festgehalten. Um ihre Freilassung zu erzwingen, gingen am 7. und 8.10. erneut Jugendliche auf die Straße, auch hier wieder mit der Forderung nach Abzug der Russen aus Estland. Zur Zeit sind etwa 20 Schüler in Untersuchungshaft und sie müssen nach den erwähnten Äußerungen mit Verurteilungen bis zu
fünf Jahren Gefängnis rechnen.

Inzwischen wurde in Stockholm auch bekannt, daß Anfang Oktober 1000 Arbeiter einer Landmaschinenfabrik in Tartu Streikaktionen gegen Normerhöhungen und für die Auszahlung von Prämien durchgeführt haben. Nach zwei Tagen sei die Prämie gezahlt worden, anstatt wie sonst erst am Jahresende.

oder verdeckt den Irak; Libyen, Algerien, DVR Jemen und Syrien den Iran.

Diese Aufsplitterung der arabischen Front gegen Hegemonismus und Zionismus wird von den Zionisten mit Freude registriert: ,,Der Verfall Irans eröffnet ein weites Feld für israelische Initiativen", so Meir Amit vom Likud-Block Begins. Anfang Oktober führte USA-Generalstabschef Jones Geheimgespräche mit der israelischen Führung. Am 17.10. gab US-Vizepräsident Mondale auf der Jahrestagung der zionistischen Organisation der USA die Lieferung von über 1000 M 60-Panzern sowie weiterer F 15- und F 16-Jagdbombern bekannt. Bereits im August wurden Kampfhubschrauber neuen Typs geliefert. Der Schuldendienst Israels an die USA macht inzwischen jährlich 785 Mio. Dollar aus, ungefähr

der Golanhöhen, wo ein Truppenabzug klare Vorteile für Israel bringen würde" (Jerusalem Post 12.10.). Die schweren Angriffe aller Waffengattungen der israelischen Armee auf Städte und Dörfer des Südlibanon bis Beirut häufen sich. Begin erklärte über die Aggression vom 16.10.: ,,Das war nicht die erste und wird auch nicht die letzte solcher Aktionen gegen die Terroristen-Nester im Südlibanon sein." Diese Aggression bedient sich der libanesischen Hilfstruppen des Majors Haddad im Südlibanon; im Nordlibanon stehen 15000 modern ausgerüstete Truppen der faschistischen Phalangisten des Bashir Gemayel in Bereitschaft, der am 7. Juli die konkurrierenden Bandenchefs gewaltsam ausschalten ließ. Die Taktik zielt darauf ab, die PLO und die libanesische Nationalbe-

und Plünderungspolitik Begins können die Massen diese Widersprüche unter den Zionisten nutzen.

Im April 1978 haben 8000 Kämpfer der palästinensischen und libanesischen Streitkräfte, unterstützt durch einen Generalstreik der palästinensischen Massen im Siedlerstaat, Invasionstruppen in einer Stärke von ⅓ der Siedlerarmee zurückgeschlagen. Die Forderung nach sofortiger und bedingungsloser Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung ist aktuell. Ein Scheitern der Bemühungen der PLO und der Blockfreienbewegung, den Konflikt Irak-Iran beizulegen, würde die arabische Unterstützung der PLO und der Libanesischen Nationalbewegung im Kampf gegen eine israelische Großoffensive im Libanon erheblich schwächen.





Bereits 1919 forderte die Zionistische Weltorganisation die Eroberung Libanons bis Saida (Sidon), um den Wasserreichtum Südlibanons für die Kolonisierung Palästinas zu nutzen (Karte links). – Die südlibanesische Hafenstadt Tyros ist ständiges Ziel israelischer Luftangriffe.

El Salvador / Honduras: Ende des ,,Fußballkriegs"?

mam. Durch einen Vertrag zwischen den Regierungen von El Salvador und Honduras sollen der Militärjunta in El Salvador die befreiten Gebiete, die den Widerstandskämpfern als Hinterland dienen, zur ,,Säuberung" freigegeben werden. Mit der Propaganda, den ,,Fußballkrieg" zwischen El Salvador und Honduras beenden zu wollen, wollen sich die US-Imperialisten ein in ihrem Sinne ,,freies Gebiet" – frei vom Widerstandskrieg – schaffen, das dann politisch geschlossen an Nicaragua angrenzt. Nicaragua führt bereits offizielle Beschwerde gegen militärische Überfälle auf sein Gebiet. – ,,Fußballkrieg" wird die Auseinandersetzung zwischen El Salvador und Honduras genannt, weil es 1969 bei einem Länderspiel zwischen beiden Staaten zu Auseinandersetzungen kam, die Auslöser des Krieges waren. Tatsächlich geht es um ein Gebiet vom 419 Quadratkilometern, das jetzt als ,,entmilitarisierte Zone" unter Aufsicht der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) steht und jetzt von Honduras an El Salvador per Vertrag abgetreten werden soll. Entstanden ist der Streit dadurch, daß die Regierung von Honduras sich gegen Investitionen aus El Salvador in seinem Gebiet zur Wehr gesetzt hat, die zur Einschränkung seiner nationalen Souveränität geführt hatten. Als entmilitarisierte Zone ist es nicht nur Hinterland für die Guerilleros, sondern auch Flüchtlingslager für salvadorianische Flüchtlinge, die jetzt dieselben Säuberungen befürchten müssen, die bereits auf der salvadorianischen Seite durchgeführt wurden.

Rumänien: Maßnahmen gegen Bürokratismus

hku. Zur ,,Beseitigung der Erscheinungen von Bürokratie und Gleichgültigkeit, die noch mancherorts verbreitet sind", hat die rumänische Nationalversammlung mehrere Gesetze erlassen. In Zukunft müssen die leitenden Funktionäre ihren persönlichen Besitz – Immobilien, Autos, Schmuck usw. – deklarieren und seine Herkunft nachweisen. Nebeneinnahmen aus ihrer Tätigkeit sind verboten. Das Gesetz gehe ,,von der Notwendigkeit aus, die Eigenschaften eines Partei- und Staatsfunktionärs unangetastet zu bewahren, den Versuchen verschiedener Mißbräuche vorzubeugen oder ungerechte Verleumdung von Parteifunktionären auszuschalten" (Ceaucescu). Funktionäre dürfen während ihrer Dienstzeit keine Privathäuser mehr erwerben, der Bau von Wochenendhäusern wird verboten, Zweitwohnungen müssen aufgegeben werden; bei zu großem Wohnraum wird ein Wohnungstausch durchgeführt. Die kommunalen Volksräte werden verpflichtet, zweimal im Jahr Versammlungen zur Information der Bürger einzuberufen.

Korea und Zimbabwe

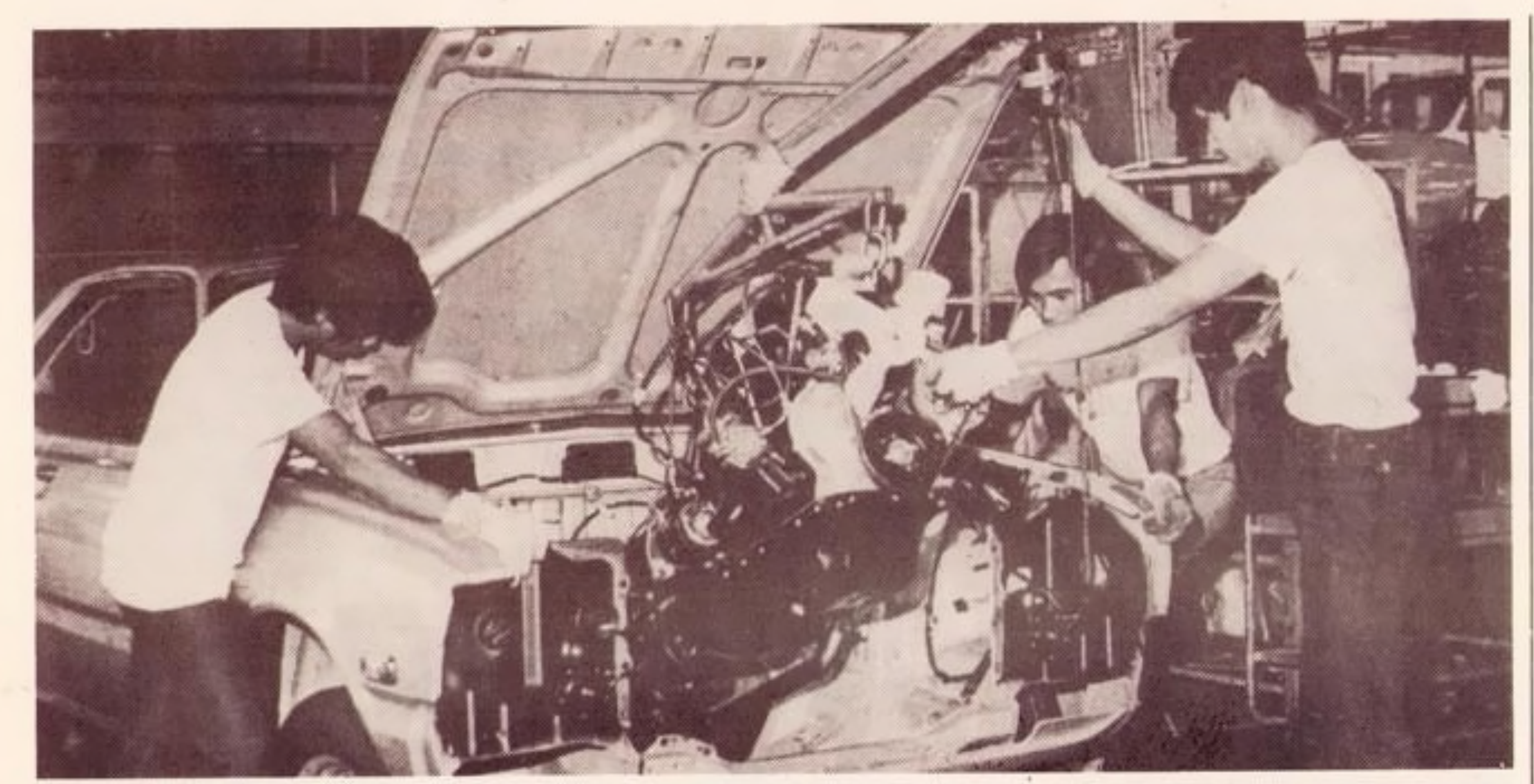
wos. Am 12.10. haben Kim Il-sung und R.Mugabe in Pyongyang einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet. Beide Seite wollen sich im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus und für den Aufbau unabhängiger, sozialistischer Gesellschaften gegenseitig unterstützen und ihre Solidarität mit der Dritten Welt verstärken. Sie verfolgen den Kurs der Unabhängigkeit und Blockfreiheit (Art. 1) und sind übereingekommen, auf Grundlage der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens ihre Handelsbeziehungen zu vertiefen (Art. 4). Sie treten für den Abzug aller fremden Truppen und die Auflösung der Militärblöcke sowie aller Militärstützpunkte in fremden Ländern ein (Art. 5).

Südkorea: Verfassung der Militärjunta ,,gebilligt'

wos. Unter Kriegsrecht und nach Verhaftung zehntausender politischer Oppositioneller und ,,Störenfriede" hat die Militärjunta letzten Donnerstag ihre Abstimmungsfarce über den neuen Verfassungsentwurf durchgezogen. Ergebnis: 91,6% dafür, 6,9% dagegen. ,,Die südkoreanischen Wähler haben ... mit großer Mehrheit zugestimmt", schreibt die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 24.10. Was heißt zugestimmt? Von neuem haben Studenten in Seoul dagegen demonstriert. Außerdem erlaubt der jetzt regierende ,,Gesetzgebende Rat für nationale Sicherheit" weder Versammlungen und Demonstrationen noch politische Aktivitäten außerhalb des Parlaments. Die parlamentarischen Parteien wurden durch Zusatzbestimmungen aufgelöst, der Militärdiktator im Präsidentenzivil Chun Du-hwan will sie selbst neu gründen. – In der Berufungsverhandlung vor dem obersten Militärgerichtshof gegen Kim Dae-jung hat dieser am Freitag wiederum alle Anklagepunkte zurückgewiesen.

Suzuki: kein Truppeneinsatz Japans im Ausland

wos. Ministerpräsident Suzuki hat vor dem Haushaltsausschuß des japanischen Oberhauses erklärt, Japan wolle trotz der Krisenlage im Nahen und Mittleren Osten keine ,,Selbstverteidigungsstreitkräfte" in den Indischen Ozean oder Persischen Golf entsenden und den Verteidigungsbereich ausdehnen. Dies verbiete die Verfassung von 1946. Es gelte auch für den Fall, daß die USA ,,angegriffen" würden. Der seit 1951 bestehende Sicherheitsvertrag mit den USA könne daher auch nicht in ein gegenseitiges Verteidigungsbündnis umgewandelt werden.



cht.sydney. Die Bemühungen der ASEAN-Länder, sich beim Aufbau einer eigenen Industrie gegenseitig zu unterstützen, vollziehen sich im Konflikt mit den imperialistischen Konzernen. Die Konferenz der ASEAN-Industrie-Minister im letzten Monat kritisierte, daß Japan Finanzierungskredite, die es für die Errichtung einer Düngemittelindustrie gegeben hatte, dazu genutzt hat, um die Planung an sich zu reißen und zu verzögern. Die Kosten der Harnstoffabrik in Sumatra stiegen für die ASEAN-Länder dadurch um 30%. Die Konferenz hat deshalb neue Empfehlungen ausgearbeitet, um weitere gemeinsam geplante Projekte durch unabhängige Planung und mit Hilfe verschiedener Finanzquellen zu verwirklichen. Sie billigte außerdem die ersten Pläne für die Entwicklung einer ASEAN-Automobil-Industrie und sprach Empfehlungen für die Verteilung der Produktion auf die einzelnen Länder aus. Bislang werden Fahrzeuge nur importiert oder aus ausschießlich importierten Teilen zusammenmontiert (im Bild Montage japanischer Autos in den Philippinen). Die Weltauto-Pläne von Ford und General Motors stellen eine ernste Bedrohung für den Aufbau einer eigenen Fahrzeugindustrie dar.

Nordirische politische Gefangene: Hungerstreik gegen Isolationshaft

doj/fg. Am 27. Oktober beginnen die politischen Gefangenen in den *H-Blocks* von Long Kesh, Nordirland, einen Hungerstreik – bis die britische Regierung sie wieder als politische Gefangene anerkennt. 1972 hatten sie nach einem 37 Tage dauernden Hungerstreik mit Unterstützung der republikanischen irischen Massen ihren Status als Kriegsgefangene durchgesetzt. Sie hatten damit ihre politische und militärische Selbständigkeit erreicht, führten ihre für den Widerstandskampf nötige politische und militärische Schulung durch, organisierten tägliches körperliches Training und die handwerkliche Arbeit selbst. Tausende von irischen Freiheitskämpfern, Männer wie Frauen, haben so die Gefangenschaft zur Stärkung des anti-imperialistischen Kampfes genutzt. 1976 startete die britische Regierung unter Ausnutzung politischer Spaltungen in der republikanischen Bewegung eine Kampagne zur Kriminalisierung der irischen Widerstandskämpfer: ab März 1976 wurde jeder Freiheitskämpfer in Nordirland zum gewöhnlichen Verbrecher erklärt und verfolgt. Die Gefangenen weigerten sich daraufhin, Gefängniskleidung zu tragen und Zwangsarbeit zu leisten. Seither hat auch die jahrelange Einzelhaft unter den brutalsten Bedingungen in den berüchtigten H-Blocks den politischen Widerstand der Gefangenen nicht brechen können. Im Gegenteil entwickelte sich in den letzten Jahren eine breite Massenbewegung auch in der Republik Irland zur Unterstützung der politischen Gefangenen und ihrer Forderungen.

Der englische Imperialismus fürchtet die weltweite Sympathie für den irischen Befreiungskampf, hat mit dieser Kriminalisierungskampagne aber das genaue Gegenteil seines Ziels erreicht: weit über Irland hinaus wird die brutale Unterdrückung durch England angeprangert. Durch jahrhundertelange Abhängigkeit, Unterdrückung und Teilung des Landes öffnet England Irland dem Zugriff aller Imperialisten, voran den beiden Supermächten im Kampf um die Weltherrschaft. Noch hat der britische Imperialismus den größten Kapitalbesitz in beiden Teilen des Landes und kontrolliert 80% des Handels. Sein Hauptstützpunkt sind die von ihm militärisch besetzten 6 Grafschaften Nordirlands. Dort verüben Agenten des britischen militärischen Geheimdienstes SAS und die von ihnen ausgehaltenen paramilitärischen Banden Ulster-Defence-Association (UDA) und Ulster-Volunteer-Force (UVF) Morde an den irischen Massen und halten den ,,Religionskrieg'' am Brodeln. Das soll den politischen Charakter des antiimperialistischen Befreiungskampfes verdecken.

Die Schwierigkeit der republikanischen Bewegung ist nicht der ,,Religionskrieg'', sondern die in Nordirland schon weit entwickelten militärischen Kämpfe mit den politisch noch wenig entwickelten Kämpfen in der südlichen Republik zu vereinheitlichen für ein vom Imperialismus unabhängiges vereintes Irland. Ein Schritt dahin ist die Anti-H-Block-Bewegung, die zunehmend an internationaler Unterstützung gewinnt.

Die Landreform in Afghanistan erhöht die Abhängigkeit von der Sowjetunion

Der Kampf um den Boden ist Triebfeder für den Widerstandskrieg gegen die Invasoren

chm. In der vergangenen Woche begab sich Babrak Karmal zum Befehlsempfang nach Moskau. Zufrieden können die sowjetischen Invasoren mit ihrem Statthalter nicht sein. Bald jährt sich der Tag des Einmarsches, und nicht einmal ihre minimalen Ziele haben sie erreicht, die Hauptstadt Kabul und die drei großen Provinzstädte Herat, Ghazi und Kandahar, sowie die Verbindungsstraßen unter Kontrolle zu bringen. Ihre Truppen müssen noch hauptsächlich aus der Luft versorgt werden. Denn für jeden sowjetischen Konvoi muß die jeweilige Straße erst freigebombt werden. Seit dem 14. Oktober umzingeln sowjetische Einheiten die 4. und 5. afghanische Panzerdivision, die im Militärstützpunkt Pal-e-Charki, 12 km östlich von Kabul stationiert ist und eigentlich die Aufgabe hat, die Hauptstadt vor den Moudjahedin zu schützen: Sie haben die beiden Divisionen gerade noch daran hindern können, mitsamt ihrem Kriegsgerät auszurücken.

Afghanistan – ein Agrarland

Nur 12% der 17 Mio. Afghanen leben in Städten. Von den restlichen 88% sind ca. 10% Nomaden. Die überwiegende Mehrheit besteht aus Bauern,

Amin-Regime am 28. November 1978 die Landreform per ,,Dekret Nr. 8'':

,,1. Beseitigung der feudalen und vorfeudalen Beziehungen im sozioökonomischen System des Landes ...
3. Anhebung des Umfangs der landwirtschaftlichen Produktion in der Absicht, ausreichende und verschiedenartige Nahrungsmittel für das Volk zu schaffen, und *Rohstoffe für die wachsenden Exporte* von landwirtschaftlichen und industriellen Produkten des Landes bereitzustellen.'' Das Rattenfängerische an dem Unternehmen wird klar, wenn wir uns die Gebiete anschauen, in denen das Reformwerk durchgesetzt werden sollte: Im Norden und Osten.

Der Norden des Landes, Grenzgebiet zur Sowjetunion, ist historisch die Kornkammer Afghanistans. Aber Baumwolle wollte die SU produziert haben im Rahmen der von ihr festgelegten ,,Arbeitsteilung''. Also wurde das Gebiet in eine riesige Baumwollplantage verwandelt, die bäuerliche Subsistenzwirtschaft zugunsten des Baumwollexports zerstört. Im Osten galt es, zweierlei durchzusetzen: Den einheimischen Zuckerrohranbau im Gebiet von Nangarhar zu zerschlagen. Nangarhar ist jetzt, nachdem der für den Zuckerrohranbau gut geeignete

serung. Das Dorf bzw. der Stamm regeln die Wasserverteilung.

Landreform: Doppelte Schuldknechtschaft

Das Angebot der Regierung an die Bauern lautete: Verteilung des Bodens und Entschuldung durch Staatskredite; das politische Ziel, die Schaffung einer politisch loyalen Schicht bäuerlicher Kleinproduzenten und ihre Zusammenfassung in staatlich kontrollierten exportintensiven Großfarmen. Unterste Grenze des zulässigen Landbesitzes bilden 30 djarib, oberste Grenze 300 djarib. (Von 12 Mio. Bauern fielen lediglich 1,7 unter die Bestimmungen der Landreform!) Und die Entschuldung? Um die Pächter von den Schulden zu befreien, hätte die Zentralregierung eine Summe von 20,88 Mrd. Afghanis aufbringen müssen; 1978 betrug der gesamte Staatshaushalt 13 Mrd. Afghs. Jetzt hatten die Bauern zwei Schuldeneintreiber am Hals: die traditionellen Dorfvorsteher und die Funktionäre der ,,Landverteilungskomitees''. Der Widerstandskrieg gegen die Kollaborateure Taraki und Amin hat in Paktia begonnen.



Long Kesh 1975: Osterparade der republikanischen Gefangenen zum Gedenken des Osteraufstandes 1916

Neue Kampuchea-Initiative der ASEAN-Länder

die Abhängigkeit von der Sowjetunion

Der Kampf um den Boden ist Triebfeder für den Widerstandskrieg gegen die Invasoren

Blocks den politischen Widerstand der Gefangenen nicht brechen können. Im Gegenteil entwickelte sich in den letzten Jahren eine breite Massenbewegung auch in der Republik Irland zur Unterstützung der politischen Gefangenen und ihrer Forderungen.

entwickelten Kämpfen in der südlichen Republik zu vereinheitlichen für ein vom Imperialismus unabhängiges vereintes Irland. Ein Schritt dahin ist die Anti-H-Block-Bewegung, die zunehmend an internationaler Unterstützung gewinnt.

chm. In der vergangenen Woche begab sich Babrak Karmal zum Befehlsempfang nach Moskau. Zufrieden können die sowjetischen Invasoren mit ihrem Statthalter nicht sein. Bald jährt sich der Tag des Einmarsches, und nicht einmal ihre minimalen Ziele haben sie erreicht, die Hauptstadt Kabul und die drei großen Provinzstädte Herat, Ghazi und Kandahar, sowie die Verbindungsstraßen unter Kontrolle zu bringen. Ihre Truppen müssen noch hauptsächlich aus der Luft versorgt werden. Denn für jeden sowjetischen Konvoi muß die jeweilige Straße erst freigebombt werden. Seit dem 14. Oktober umzingeln sowjetische Einheiten die 4. und 5. afghanische Panzerdivision, die im Militärstützpunkt Pal-e-Charki, 12 km östlich von Kabul stationiert ist und eigentlich die Aufgabe hat, die Hauptstadt vor den Moudjahedin zu schützen: Sie haben die beiden Divisionen gerade noch daran hindern können, mitsamt ihrem Kriegsgerät auszurücken.

Afghanistan – ein Agrarland

Nur 12% der 17 Mio. Afghanen leben in Städten. Von den restlichen 88% sind ca. 10% Nomaden. Die überwiegende Mehrheit besteht aus Bauern,

Pächtern und Landarbeitern. ⅓ davon sind Groß- und Mittelbauern. Da das bäuerliche Kleineigentum vorherrschend ist (0,5 – 5 ha), wird schon ab einer Betriebsgröße von 25 ha von ,,Großgrundbesitz'' gesprochen. 50% der Bauern sind Pächter oder Kleinbauern. Großgrundbesitz gibt es vor allem im Westen und Norden des Landes, während der Osten geprägt ist durch das bäuerliche Kleineigentum. 40% der landwirtschaftlichen Nutzfläche unterliegt der Teilpacht. Berechnet wird die Teilpacht so: 1/5 die Arbeitskraft, 1/5 das Saatgut, 1/5 die Zugtiere, 1/5 die Gerätschaften und 1/5 der Boden, so daß am Ende der Pächter mit 20% der Ernte dasteht. Die Pachtverträge sind relativ kurz, zwischen einem und drei Jahren, werden nicht schriftlich fixiert und sind jederzeit kündbar. Die Verschuldung ist relativ hoch.

Nur 13% der Gesamtfläche Afghanistans sind bebaut, 7 – 8 Mio. ha; die Wüste Registan im Süden und der Hohe Hindukusch sind landwirtschaftlich nicht nutzbar. Große Bedeutung haben die ausgedehnten Weidegebiete, die 5% der Gesamtfläche ausmachen. Bis Mitte der 60er Jahre war Weizen das wichtigste landwirtschaftliche Produkt Afghanistans. Es machte 60% der Anbaufläche aus. (Seit 1956 konnte die Selbstversorgung nicht mehr gesichert werden.) Daneben Zuckerrohr und Mais.

Im Norden eine Baumwollplantage, im Osten Orangenhaine!

Mit viel Pomp verkündete das Taraki-

Amin-Regime am 28. November 1978 die Landreform per ,,Dekret Nr. 8'':

,,1. Beseitigung der feudalen und vorfeudalen Beziehungen im sozioökonomischen System des Landes ...
3. Anhebung des Umfangs der landwirtschaftlichen Produktion in der Absicht, ausreichende und verschiedenartige Nahrungsmittel für das Volk zu schaffen, und Rohstoffe für die wachsenden Exporte von landwirtschaftlichen und industriellen Produkten des Landes bereitzustellen.'' Das Rattenfängerische an dem Unternehmen wird klar, wenn wir uns die Gebiete anschauen, in denen das Reformwerk durchgesetzt werden sollte: Im Norden und Osten.

Der Norden des Landes, Grenzgebiet zur Sowjetunion, ist historisch die Kornkammer Afghanistans. Aber Baumwolle wollte die SU produziert haben im Rahmen der von ihr festgelegten ,,Arbeitsteilung''. Also wurde das Gebiet in eine riesige Baumwollplantage verwandelt, die bäuerliche Subsistenzwirtschaft zugunsten des Baumwollexports zerstört. Im Osten galt es, zweierlei durchzusetzen: Den einheimischen Zuckerrohranbau im Gebiet von Nangarhar zu zerschlagen. Nangarhar ist jetzt, nachdem der für den Zuckerrohranbau gut geeignete

trockene Boden ,,entwickelt'' worden ist, ein Zitrusanbaugebiet, wo in staatlichen Großbetrieben ausschließlich für den Bedarf der SU Zitrusfrüchte angebaut werden. Zucker importiert Afghanistan jetzt aus der Sowjetunion, überteuert, im Gegensatz zu den Zitrusfrüchten, die noch unter Produktionspreis abgegeben werden müssen. 9000 Familien wurden aus Westafghanistan zwangsverfrachtet, die in den staatlichen Betrieben arbeiten.

Umsiedlung der Pashtunen scheitert am Widerstand der Stämme

Ein weiteres Ziel im Osten war die Zerschlagung der traditionellen Paschtunengesellschaft. In der Geschichte der Befreiungskriege des afghanischen Volkes sowohl gegen die russischen Zaren als auch gegen die britischen Imperialisten spielen die Pashtunenstämme der Provinz Paktia eine entscheidende Rolle. Deshalb wollte die Marionettenregierung Vorsorge treffen. Der erste Versuch war ein großangelegtes Umsiedlungsprojekt unter dem Vorwand, ,,die Nomaden in die moderne Gesellschaft des 20. Jh. eingliedern'', wo 700000 Pashtunen ins Helmandtal verbracht werden sollten. Weder die Umsiedlung klappte noch die Landverteilung. Kennzeichnend für die paschtunische Gesellschaft ist gerade das bäuerliche Kleineigentum. Die Täler Paktias zählen zu den ertragreichsten Gebieten Afghanistans. Es herrscht intensiver Bewässerungsfeldbau; zwei bis drei Ernten können jährlich eingefahren werden. Ein ausgeklügeltes Kanalsystem bildet das Rückgrat der Bewäs-

serung. Das Dorf bzw. der Stamm regeln die Wasserverteilung.

Landreform: Doppelte Schuldknechtschaft

Das Angebot der Regierung an die Bauern lautete: Verteilung des Bodens und Entschuldung durch Staatskredite; das politische Ziel, die Schaffung einer politisch loyalen Schicht bäuerlicher Kleinproduzenten und ihre Zusammenfassung in staatlich kontrollierten exportintensiven Großfarmen. Unterste Grenze des zulässigen Landbesitzes bilden 30 djarib, oberste Grenze 300 djarib. (Von 12 Mio. Bauern fielen lediglich 1,7 unter die Bestimmungen der Landreform!) Und die Entschuldung? Um die Pächter von den Schulden zu befreien, hätte die Zentralregierung eine Summe von 20,88 Mrd. Afghanis aufbringen müssen; 1978 betrug der gesamte Staatshaushalt 13 Mrd. Afghs. Jetzt hatten die Bauern zwei Schuldeneintreiber am Hals: die traditionellen Dorfvorsteher und die Funktionäre der ,,Landverteilungskomitees''. Der Widerstandskrieg gegen die Kollaborateure Taraki und Amin hat in Paktia begonnen.



Long Kesh 1975: Osterparade der republikanischen Gefangenen zum Gedenken des Osteraufstandes 1916

Neue Kampuchea-Initiative der ASEAN-Länder

Versuche der Supermächte, Australien für Einmischung zu nutzen, schlagen fehl

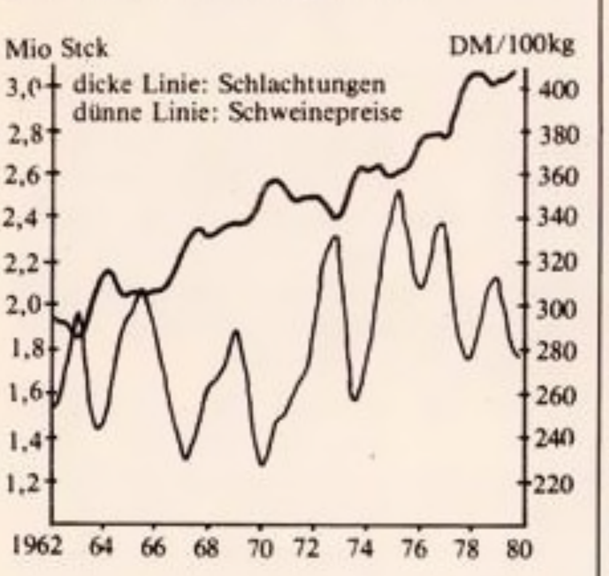
mat.Sydney. Nachdem die Vereinten Nationen Anfang des Monats den Sitz des Demokratischen Kampuchea in der Vollversammlung bestätigt haben, ist der UNO-Beschluß vom Mittwoch, eine Konferenz über vollständigen Truppenabzug und freie Wahlen unter UNO-Aufsicht durchzuführen, der zweite diplomatische Erfolg der ASEAN-Länder Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand und der Dritten Welt insgesamt. Die Einheit der Dritten Welt beruht auf der Verteidigung des Prinzips der territorialen Integrität, das die Supermächte nie anerkannt haben und das sie beide entschieden bekämpfen. In Thailand hat die Sowjetunion versucht, über den von ihr gesteuerten Weltgewerkschaftsbund WGB, der seinen Sitz in Prag hat, ein Einfallstor bei ASEAN für die Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes zu finden. ,,Auf Grund der freundschaftlichen Beziehungen zwischen WGB und LCT möchten wir Euch informieren, daß wir bereit sind, ein nationales gewerkschaftliches Erziehungsseminar zu organisieren'', schrieb der vietnamesische Asienvertreter des WGB im April an den thailändischen Gewerkschaftsbund LCT und bot Ausbilder aus Indien, Ungarn, der Tscheschoslowakei oder Australien an. Thailand ist von Vietnam unmittelbar bedroht. Die Regierung hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die von Vietnam propagierte ,,Indochinesische Föderation'' außer Vietnam, Kampuchea und Laos auch Teile thailändischen Territoriums umfassen soll. Der von Vietnam lancierte Vorschlag einer demilitatisierten Zone beiderseits der kampucheanisch-thailändischen Grenze zielt nicht zuletzt darauf, diese Teile von thailändischen Soldaten frei zu bekommen. Angesichts dieser Lage hat der LCT das Angebot nicht angenommen. Trotzdem erhielt er ein Telegramm aus Australien von Pat Clancey, Funktionär der Bauarbeitergewerkschaft, mit dem er einen Redner für das Seminar ankündigte.

Australien, als weißer Siedlerstaat ein besonderer Stützpunkt der Imperialisten in der Region, wird von beiden Supermächten als Sprungbrett genutzt. Die von Reformisten und Revisionisten beherrschten Gewerkschaften fordern mit der Labor-Opposition schon seit langem, der Regierung des Demokratischen Kampuchea die diplomatische Anerkennung zu entziehen. Die Regierung Fraser, bester Verbündeter der USA, hat davon bislang Abstand genommen, weil sie sich damit besseren Einfluß auf die ASEAN-Staaten ausrechnete. Nachdem sich abzeichnete, daß die Initiative ASEANs für eine Kampucheakonferenz erfolgreich sein würde, kündigte sie noch vor der Abstimmung über den Sitz Kampucheas in der UNO ihre Absicht an, der Regierung des Demokratischen Kampuchea die diplomatische Anerkennung aufzukündigen. Ist die legitime Regierung und damit der Widerstand im Land erst einmal ausgeschaltet – so die Rechnung –, dann bietet eine solche Konferenz vielleicht Möglichkeiten für direkte imperialistische Einmischung.

Daß Australien diesen Schritt nicht schon vor Monaten gleichzeitig mit Großbritannien vollzogen hat, ist ein Zeichen für die Stärke der diplomatischen Position der ASEAN-Länder und für die beschränkten Handlungsmöglichkeiten der Imperialisten in der Region. Die Wirkungen sind entsprechend magerer ausgefallen, als die Regierung Fraser und die USA gehofft hatten. Die ASEAN-Länder halten an dem Prinzip fest, daß eine Konferenzregelung nur unter Beteiligung der Kräfte möglich ist, die den Kampf gegen die vietnamesische Besatzung führen. Während die USA die umfangreichen Waffenkäufe Thailands dazu nutzen, dem Land neue schwere Kredite aufzubürden, verhandelt ASEAN über Möglichkeiten, durch zusätzliche Öllieferungen Indonesiens und Malaysias die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Thailands zu verringern. Gleichzeitig stärken sie ihre Beziehungen zu China, das die Initiative für eine Konferenz unter den von ASEAN formulierten Bedingungen unterstützt. Ein Besuch des thailändischen Premierministers Prem in China in dieser Woche wurde durch Besuche des Außenministers in Malaysia, Indonesien und Singapur vorbereitet. Prem selbst hat sich mit dem philippinischen Präsidenten Marcos beraten. Für den Fall einer Lösung auf Grundlage der ASEAN-Initiative haben die ASEAN-Länder Hilfe für den wirtschaftlichen Aufbau in Kampuchea, Laos und Vietnam in Aussicht gestellt. Als erste Reaktion aus der Region hat Westsamoa seine Unterstützung der ASEAN-Position bekräftigt.

Schweineproduktion lohnt erst ab 100 Schweinen

doj. Seit Anfang dieses Jahres sind die Schweinepreise um 3,5% gesunken, die Verbraucherpreise um 0,5% gestiegen. Über 30000 Schweinemäster mußten die Produktion gleichzeitig aufgeben. Nur noch durchtechnisierte Betriebe mit über 100 Schweinen können aufstocken, und auch sie geraten unter großen Konkurrenzdruck durch verstärkte Billig-Fleischimporte der Versandschlachtereien. Das Schaubild zeigt, wie jede Produktionsausdehnung (Schlachtungen) der Größeren einen sofortigen starken Preisabfall und die Aufgabe von tausenden Kleinen zur Folge hat. Die Zukunft der kleinen Schweinehalter ist aussichtslos, die der Mittelbauern düster angesichts des hohen Kapitaleinsatzes z.B. in den Niederlanden, wo die Zahl der Schweine pro Halter 5mal so groß ist.



Matthöfer will Gasölverbilligung beseitigen

frb. Finanzminister Matthöfer hat erneut erklärt, die Gasölverbilligung für die Landwirtschaft solle ganz beseitigt werden. Sie beträgt gegenwärtig 41,15 Pfg. je Liter und entspricht damit der Mineralölsteuer, die auf jedem Liter Diesel lastet. Rund 570 Millionen wurden dafür in den letzten Jahren aufgewendet. Zwar ist damit das in der Landwirtschaft verwendete Gasöl von der Mineralölsteuer befreit, zahlen aber muß der Bauer die Mehrwertsteuer, die er für die Mineralölsteuer zahlen mußte, also rund 5 Pfg. je Liter. Die Erstattung beruht auf dem Gesetz über die Verwendung von Gasöl in der Landwirtschaft vom 22.12.1967. Laut Subventionsbericht soll „eine Angleichung des Gasölpreises für die Landwirtschaft an das Preisniveau in den übrigen EWG-Ländern zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen erzielt werden." Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer sollen laut gesetzlicher Festlegung für den Straßenbau verwendet werden. Dies ist einer der Hauptgründe für ihre Erhebung, ein Grund, der für das in der Landwirtschaft verbrauchte Diesel kaum zutrifft. Danach aber fragt Matthöfer jetzt nicht. Als ob die Bauern die 570 Mio. grad so flüssig hätten.

Vierfache Erhöhung der Steuern für Nebenerwerbsbauern

Nicht nur die jetzt buchführungspflichtigen Bauern müssen mehr Steuern zahlen

mak. Seit dem 29. Juni 1980 ist das „Gesetz zur Neuregelung der Einkommensbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft" in Kraft. Betroffen sind davon auch die sogenannten 13a-Landwirte: Bauern, die auch jetzt nicht unter die Buchführungspflicht fallen, d.h. deren jährlicher Gewinn unter 36000 DM liegt und deren Hof einen geringeren Ausgangswert hat als 32000 DM. Ausgangswert ist ein steuerlicher Meßwert für den Wert des Hofes. Der §13a Einkommensteuergesetz regelt die „Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittssätzen". Für die Bauern, die nicht unter die Buchführungspflicht fallen, wird ein durchschnittlicher Gewinn angesetzt, der nach folgendem Schema errechnet wird: Grundbetrag plus Wert der Arbeitsleistung des Bauern und seiner nicht entlohnten auf dem Hof arbeitenden Familienangehörigen plus vereinnahmter Pachtzinsen und Nutzungswert der Wohnung und Zuschläge für besondere Betriebsvorgänge und Nutzungen. Davon werden Sätze für verausgabte Pachtzinsen, Schuldzinsen, die Betriebsausgaben sind, und dauernde Lasten, die bei der Einheitsbewertung nicht berücksichtigt sind, abgezogen. Dieser ermittelte Gewinn ist Grundlage für die steuerliche Belastung. Das Verfahren, wie der Gewinn nach §13a ermittelt wird, hat sich nicht geändert. Drastische Erhöhungen gab es aber für die Wertansätze der einzelnen Positionen. Dadurch wird der *ausgewiesene* Gewinn höher und somit auch die zu zahlenden Steuern. Wie sich diese Änderung auf einen Nebenerwerbsbauern auswirkt, soll an folgendem Beispiel aufgezeigt werden.

Bauer M. ist Nebenerwerbslandwirt. Er arbeitet halbtags in einer Fabrik. Die übrige Zeit bewirtschaftet er gemeinsam mit seiner Frau den Hof. Der Ausgangswert des Hofes liegt mit 31500 DM knapp unter der besagten Grenze und auch der Viehbestand liegt darunter. Der Hof ist 21 ha groß – davon sind 6 ha dazugepachtet –, an Vieh sind 10 Kühe samt Nachzucht und 25 Schweine da. An Vieheinheiten (VE), so der Erfassungsname, ergibt das knapp 32 VE. Bauer M. dürfte 63 VE, nämlich 3 VE pro ha, halten.

Wie wirkt sich nun die Gesetzesänderung auf die Berechnung seines Gewinns aus? (Siehe dazu auch nebenstehende Tabelle) Der *Grundbetrag* betrug vorher 1/12 des Ausgangswertes. Jetzt gibt es zwei Stufen. 1/6, wenn der Ausgangswert unter 25000 DM liegt, und 1/5, wenn er über 25000 DM liegt.

Der *Wert der Arbeitsleistung* wird jetzt ebenfalls mit wesentlich höheren Ansätzen, teilweise doppelt so hohen, berechnet. Es gilt nun folgende Staffelung:

Ausgangswert	Wertansätze je AK*
bis 8000 DM	8000 DM
bis 12000 DM	10000 DM
bis 25000 DM	12000 DM
über 25000 DM	14000 DM

* AK = Arbeitskraft von nicht entlohnten Familienangehörigen

Nach der alten Regelung wurde der Wert der Arbeitsleistung je nach Ausgangswert nur mit 4400 bis 4800 DM angesetzt. Die Arbeitsleistung von Angehörigen unter 15 und über 65 Jahren bleibt unberücksichtigt. Mitarbeitende Kinder zwischen 15 und 18 Jahren werden nur mit halbem Wertansatz berücksichtigt. Der Wert der körperlichen Arbeit der Person, die den Haushalt führt – in unserem Beispiel Frau M. – vermindert sich für jede im Haushalt voll beköstigte und untergebrachte Person um 20%.

Gewinnberechnung nach §13a Einkommensteuergesetz

Bisherige Regelung				Neuregelung	
Ausgangswert	Vergleichswert landw. Nutzung	22500 DM			
	+ Zupachtflächen (6×1500 DM)	9000 DM	31500 DM		31500DM
Grundbetrag 1/12 von 31500 DM			2625 DM	1/5 von 31500 DM	6300 DM
+ Wert der Arbeitsleistung					
	a) für die körperliche Mitarbeit Ehemann 0,5 VAK Ehefrau 0,4 VAK insges. 0,9 VAK × 4600 DM		4140 DM	0,9 VAK × 14000 DM	12600 DM
	b) für die Leistung des Betriebes 2,5% von 31500 DM		787 DM	5% von 31500 DM	1575 DM
+ Nutzungwert der Wohnung	1/18 von 36000 DM		2000 DM	1/18 von 36000 DM	2000 DM
	Zwischensumme		*9552 DM*		*22475 DM*
+ gezahlte Pacht, höchstens 1/12 bzw. 1/5 des anteiligen Ausgangsbetrages			750 DM		1800 DM
– Schuldzinsen			2000 DM		2000 DM
	Gewinn		**6802**		**18675 DM**

Zusammengefaßt heißt das für Bauer M.: Gegenüber einem ausgewiesenen Durchschnittsgewinn von vorher 6802 DM ergibt sich jetzt ein Gewinn von 18675 DM *plus* dem Lohn, den er vom Kapitalisten erhält, von 18000 DM. Vor der Versteuerung werden abgezogen: der landwirtschaftliche Freibetrag, der von bisher 1200/2400 DM (Ledige/Verheiratete) auf 2000/4000 DM erhöht wurde. Abgezogen werden auch die Vorsorgeaufwendungen, z.B. die Beiträge zur Alterskasse, zur Krankenkasse und private Versicherungsbeiträge und die baren und unbaren Altenteilsleistungen. Zwar haben sich die Freibeträge auch erhöht, aber dies hebt die Erhöhung der Durchschnittssätze bei weitem nicht auf.

Nebenerwerbsbauer M. hatte nach der alten Regelung ein zu versteuerndes Einkommen von 10802 DM für das er 752 DM Steuern zahlte. Nach der neuen Regelung hat er ein zu versteuerndes Einkommen von 21075 DM, für das er 3008 DM Steuern zahlen muß. Also rund viermal mehr Steuern – wobei eine *tatsächliche* Erhöhung seines Einkommens gar nicht stattgefunden hat.

Tagung des Welternährungsprogramms in Rom

Forderungen der Entwicklungsländer nach verbindlichen Zusagen, die Nahrungsmittelproduktion zu steigern

heh.Rom. Vergangene Woche ging in Rom die beschlußfassende Versammlung des Welternährungsprogramms (WEP) zu Ende. Obwohl das WEP einen der größten Etats innerhalb des Systems der Vereinten Nationen (VN) hat, ist es wenig bekannt. 1963 als gemeinsames Programm der Vereinten Nationen und der Welternährungsorganisation (FAO) gegründet, hat es bis Ende der 70er Jahre Nahrungsmittel im Wert von 3 Mrd. Dollar an gut 800 Entwicklungsprojekte in 104 Ländern gegeben. Seine Aufgabe ist es, mit den ihm zur Verfügung gestellten Nahrungsmitteln Entwicklungsprojekte in den Ländern der Dritten Welt zu unterstützen. Nahrungsmittel gehen beispielsweise

– an Freiwillige, die Bewässerungsan-

Internationales Weizenabkommen (international wheat agreement)

Es wurde 1971 von der UN wheat conference verabschiedet. Es besteht aus zwei getrennten Teilen: einem Weizenhandelsabkommen (wheat trade convention) und einem Lebensmittelhilfeabkommen (food aid convention).
Wheat trade convention art. 1. Aufgaben dieses Abkommens sind: (a) die internationale Zusammenarbeit im Zusammenhang mit den Weltweizenproblemen zu fördern ... (d) Verhandlungen im Rahmen der UNCTAD vorzubereiten über die Weizenpreise und die Rechte und Pflichten der Mitgliedsländer bezüglich des internationalen Weizenhandels. Mitgliedsländer: Alle Weizen im- und exportierenden Länder. Dieser Teil des Abkommens lief bereits 1974 aus und wird alle zwei Jahre erneuert, ohne daß sich auf ein neues Abkommen geeinigt werden konnte. Die Forderungen der Länder der Dritten Welt nach Stabilisierung der Preise und Finanzierung der Ausgleichslager durch die imperialistischen Länder lassen sich hier besonders schwer durchsetzen wegen der Getreideknappheit und der dadurch relativ starken Position der exportierenden Länder. USA und Kanada haben alleine einen Anteil von 70% des Weltgetreideexports.
Der zweite Teil des Abkommens, das internationale Lebensmittelhilfeabkommen, wurde 1980 in einer Form erneuert, die es den imperialistischen Ländern weitgehend freistellt, welchem Land und unter welchen Bedingungen sie Nahrungsmittelhilfe vergeben wollen.

lungsländer im Jahre 1985 bei etwa 80 Millionen Tonnen liegen. In dieser Berechnung ist die Behebung der bereits vorhandenen Mangelernährung noch gar nicht enthalten.

Die Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen 1974 stellte als Ziel eine jährliche Getreidehilfe von 10 Millionen Tonnen auf. Dies Ziel ist noch in keinem Jahr erreicht worden. Die Entwicklungsländer fordern nicht nur eine Erhöhung, sondern auch bindende Zusagen, die es ihnen erlauben, die Nahrungsmittelhilfe in ihre Entwicklungspläne zu intergrieren. Zum zweiten wollen sie damit erreichen, daß die Nahrungsmittelhilfe nicht nach politischem und ökonomischem Gutdünken der imperialistischen Länder gegeben und wieder eingestellt wird. was ihre

Matthöfer will Gasölverbilligung beseitigen

frb. Finanzminister Matthöfer hat erneut erklärt, die Gasölverbilligung für die Landwirtschaft solle ganz beseitigt werden. Sie beträgt gegenwärtig 41,15 Pfg. je Liter und entspricht damit der Mineralölsteuer, die auf jedem Liter Diesel lastet. Rund 570 Millionen wurden dafür in den letzten Jahren aufgewendet. Zwar ist damit das in der Landwirtschaft verwendete Gasöl von der Mineralölsteuer befreit, zahlen aber muß der Bauer die Mehrwertsteuer, die er für die Mineralölsteuer zahlen mußte, also rund 5 Pfg. je Liter. Die Erstattung beruht auf dem Gesetz über die Verwendung von Gasöl in der Landwirtschaft vom 22.12.1967. Laut Subventionsbericht soll „eine Angleichung des Gasölpreises für die Landwirtschaft an das Preisniveau in den übrigen EWG-Ländern zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen erzielt werden." Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer sollen laut gesetzlicher Festlegung für den Straßenbau verwendet werden. Dies ist einer der Hauptgründe für ihre Erhebung, ein Grund, der für das in der Landwirtschaft verbrauchte Diesel kaum zutrifft. Danach aber fragt Matthöfer jetzt nicht. Als ob die Bauern die 570 Mio. grad so flüssig hätten.

mittelt wird, hat sich nicht geändert. Drastische Erhöhungen gab es aber für die Wertansätze der einzelnen Positionen. Dadurch wird der *ausgewiesene* Gewinn höher und somit auch die zu zahlenden Steuern. Wie sich diese Änderung auf einen Nebenerwerbsbauern auswirkt, soll an folgendem Beispiel aufgezeigt werden.

Bauer M. ist Nebenerwerbslandwirt. Er arbeitet halbtags in einer Fabrik.

hörigen

Nach der alten Regelung wurde der Wert der Arbeitsleistung je nach Ausgangswert nur mit 4400 bis 4800 DM angesetzt. Die Arbeitsleistung von Angehörigen unter 15 und über 65 Jahren bleibt unberücksichtigt. Mitarbeitende Kinder zwischen 15 und 18 Jahren werden nur mit halbem Wertansatz berücksichtigt. Der Wert der körperli-

er M.: Gegenüber einem ausgewiesenen Durchschnittsgewinn von vorher 6802 DM ergibt sich jetzt ein Gewinn von 18675 DM *plus* dem Lohn, den er vom Kapitalisten erhält, von 18000 DM. Vor der Versteuerung werden abgezogen: der landwirtschaftliche Freibetrag, der von bisher 1200/2400 DM (Ledige/Verheiratete) auf 2000/4000 DM erhöht wurde. Abgezogen werden auch die Vorsorgeaufwendungen, z.B.

Nebenerwerbsbauer M. hatte nach der alten Regelung ein zu versteuerndes Einkommen von 10802 DM für das er 752 DM Steuern zahlte. Nach der neuen Regelung hat er ein zu versteuerndes Einkommen von 21075 DM, für das er 3008 DM Steuern zahlen muß. Also rund viermal mehr Steuern – wobei eine *tatsächliche* Erhöhung seines Einkommens gar nicht stattgefunden hat.

Tagung des Welternährungsprogramms in Rom

Forderungen der Entwicklungsländer nach verbindlichen Zusagen, die Nahrungsmittelproduktion zu steigern

heh.Rom. Vergangene Woche ging in Rom die beschlußfassende Versammlung des Welternährungsprogramms (WEP) zu Ende. Obwohl das WEP einen der größten Etats innerhalb des Systems der Vereinten Nationen (VN) hat, ist es wenig bekannt. 1963 als gemeinsames Programm der Vereinten Nationen und der Welternährungsorganisation (FAO) gegründet, hat es bis Ende der 70er Jahre Nahrungsmittel im Wert von 3 Mrd. Dollar an gut 800 Entwicklungsprojekte in 104 Ländern gegeben. Seine Aufgabe ist es, mit den ihm zur Verfügung gestellten Nahrungsmitteln Entwicklungsprojekte in den Ländern der Dritten Welt zu unterstützen. Nahrungsmittel gehen beispielsweise

– an Freiwillige, die Bewässerungsanlagen bauen, um die Landwirtschaftsproduktion zu steigern,

– an Schüler, die an einem Alphabetisierungsgrogramm teilnehmen,

– und etwa 10% der Mittel werden an die Opfer von Naturkatastrophen oder an Flüchtlinge verteilt.

Die Länder der Dritten Welt fordern solche Nahrungsmittelhilfe als Unterstützung ihrer Bemühungen, ihre nationalen Wirtschaftsprogramme durchzuführen und größere nationale Unabhängigkeit zu erreichen. Der Präsident von Mali, General Moussa Traore, brachte diesen Standpunkt auf der Sitzung des WEP als Sprecher der afrikanischen Sahelstaaten so zum Ausdruck: „Nahrungsmittelhilfe kann allenfalls ein vorübergehendes Hilfsmittel sein und ihre Verewigung würde weder in der Traditon unserer Region liegen, die einst eine der blühendsten Zivilisationen beherbergte und wo jeder genug zu essen hatte, noch paßt sie zu den legitimen Wünschen unserer Bevölkerung, die ohne Komplexe am Aufbau einer Welt ohne Hunger teilnehmen möchte."

Nach einer Schätzung der Weltbank wird das Getreidedefizit der Entwick-

Internationales Weizenabkommen (international wheat agreement)

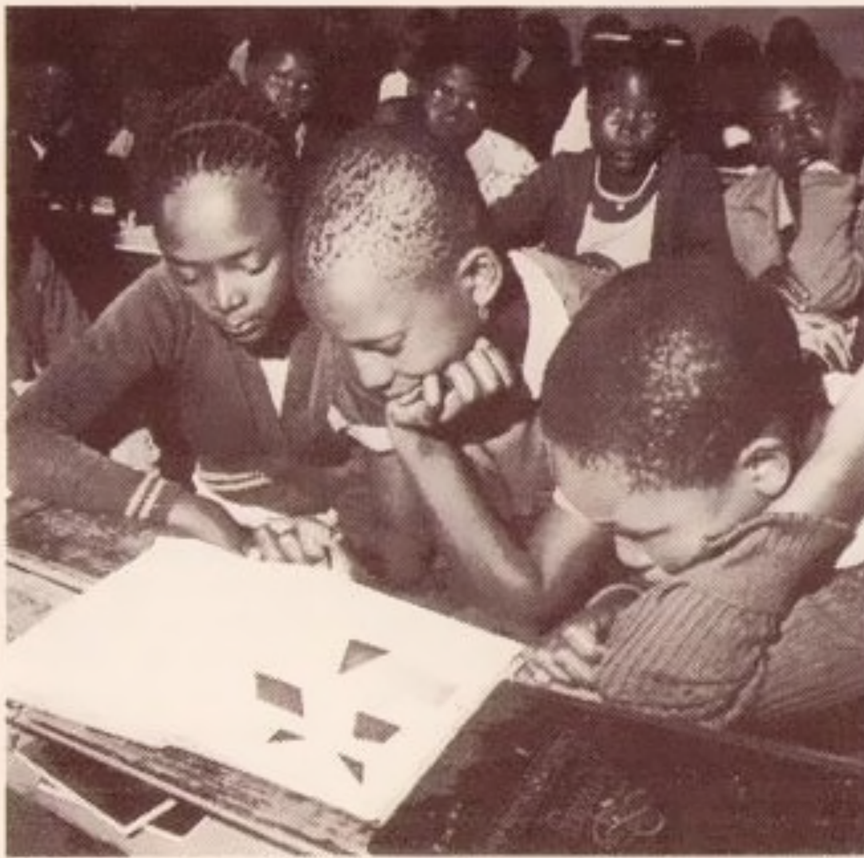
Es wurde 1971 von der UN wheat conference verabschiedet. Es besteht aus zwei getrennten Teilen: einem Weizenhandelsabkommen (wheat trade convention) und einem Lebensmittelhilfeabkommen (food aid convention).
Wheat trade convention art. 1. Aufgaben dieses Abkommens sind: (a) die internationale Zusammenarbeit im Zusammenhang mit den Weltweizenproblemen zu fördern ... (d) Verhandlungen im Rahmen der UNCTAD vorzubereiten über die Weizenpreise und die Rechte und Pflichten der Mitgliedsländer bezüglich des internationalen Weizenhandels. Mitgliedsländer: Alle Weizen im- und exportierenden Länder. Dieser Teil des Abkommens lief bereits 1974 aus und wird alle zwei Jahre erneuert, ohne daß sich auf ein neues Abkommen geeinigt werden konnte. Die Forderungen der Länder der Dritten Welt nach Stabilisierung der Preise und Finanzierung der Ausgleichslager durch die imperialistischen Länder lassen sich hier besonders schwer durchsetzen wegen der Getreideknappheit und der dadurch relativ starken Position der exportierenden Länder. USA und Kanada haben alleine einen Anteil von 70% des Weltgetreideexports.
Der zweite Teil des Abkommens, das internationale Lebensmittelhilfeabkommen, wurde 1980 in einer Form erneuert, die es den imperialistischen Ländern weitgehend freistellt, welchem Land und unter welchen Bedingungen sie Nahrungsmittelhilfe vergeben wollen.
International Food Aid Convention. Art. 1. Die Aufgabe dieses Abkommens ist es, durch die gemeinsame Bemühung der internationalen Gemeinschaft, das Ziel der Welternährungskonferenz von wenigstens 10 Mio. t Getreide als Nahrungsmittelhilfe an Entwicklungsländer zu sichern ... Art. 3 (12). Die Mitgliedsländer können angeben, welchem Land ihr Beitrag zugute kommen soll. (13) Die Mitgliedsländer können ihre Hilfe bilateral oder durch internationale Organisationen vergeben. (...). Mitgliedsländer: Argentinien, Australien, Österreich, Kanada, EG, Finnland, Japan, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA.

lungsländer im Jahre 1985 bei etwa 80 Millionen Tonnen liegen. In dieser Berechnung ist die Behebung der bereits vorhandenen Mangelernährung noch gar nicht enthalten.

Die Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen 1974 stellte als Ziel eine jährliche Getreidehilfe von 10 Millionen Tonnen auf. Dies Ziel ist noch in keinem Jahr erreicht worden. Die Entwicklungsländer fordern nicht nur eine Erhöhung, sondern auch bindende Zusagen, die es ihnen erlauben, die Nahrungsmittelhilfe in ihre Entwicklungspläne zu intergrieren. Zum zweiten wollen sie damit erreichen, daß die Nahrungsmittelhilfe nicht nach politischem und ökonomischem Gutdünken der imperialistischen Länder gegeben und wieder eingestellt wird, was ihre Entwicklungsbemühungen ernsthaft in Schwierigkeiten stürzt.

In ihren Forderungen nach Erhöhung der Nahrungsmittelhilfe und nach bindenden Zusagen vertreten die Länder der Dritten Welt gemeinsame Interessen. Auf der anderen Seite versuchten die Delegationen der USA und der BRD, die Entwicklungsländer in „reiche" und „arme" auseinanderzudividieren. Demgegenüber hoben die Sprecher der Dritten Welt hervor, daß sie gemeinsam die Forderung nach Entwicklungshilfe erheben. Dies widerspreche auch keineswegs den Beschlüssen der Vereinten Nationen, wonach sich Nahrungsmittelhilfe auf die am wenigsten entwickelten Länder und auf die ärmsten Teile der ländlichen Bevölkerung konzentrieren soll. Im übrigen geben beispielsweise die OPEC-Länder, auf die sich die Spaltungsversuche vor allem beziehen, große Summen für Entwicklungshilfe. So zahlte alleine Saudi-Arabien in den Jahren 1975 – 1978 100 Millionen Dollar in das WEP ein.

Auch Vertreter der anderen Supermacht versuchten, Spaltung in die Reihen der Dritten Welt zu tragen. Die SU war zwar nicht durch Delegierte vertreten, da sie sich überhaupt weigert, Entwicklungsprogramme der Vereinten Nationen zu unterstützen. Der Vertreter Vietnams trat jedoch auf, um sich über die Nahrungsmittelhilfe an das kampucheanische Volk an der thailändischen Grenze zu beschweren. Der anwesende Vertreter des Demokratischen Kampuchea wies diese Angriffe jedoch zurück und forderte Vietnam auf, seine Truppen aus Kampuchea abzuziehen.




Die Bilder zeigen eine Primarschule und Straßenbauarbeiten in Lesotho/Südafrika, die vom WEP unterstützt werden.

Einstweilige Verfügung gegen Dünnsäureblockade

gis. Nachdem eine Woche lang in Leverkusen die Dünnsäureverladung verhindert worden war, erreichte die Bayer AG am Montag letzter Woche durch einstweilige Verfügung die Auflösung der Blockade. In Nordenham war die Blockade der Dünnsäureverladung von Kronos Titan bereits am 16.10. durch eine Polizeiaktion beendet worden. Dünnsäure ist ein Sammelbegriff für saure Abwässer, die als Hauptbestandteil ca. 20% Schwefelsäure enthalten. Schwefelsäure ist stark ätzend. Bei Vermischung mit Meerwasser wird das Wasser in schwache Säure umgewandelt, die Gewebe angreift. Außerdem ist in der Dünnsäure Eisensulfat enthalten, das sich im Meerwasser zu Eisenhydroxid umwandelt und als Flocken ausfällt. Diese gelangen in die Nahrung der Fische und belasten sie mit Schadstoffen. Weitere Bestandteile der Dünnsäure sind Schwermetalle wie Cadmium, Aluminium, Kupfer, Blei, Zink, Chrom und Vanadium, für die nach dem 1972 beschlossenen Osloer Abkommen über die Reinhaltung der Meere absolutes Löschverbot besteht, darüberhinaus krebserregende Stoffe wie Benzol, Naphthalin und weitere chlorierte Kohlenwasserstoffe. Die an der Blockade beteiligten Organisationen fordern die sofortige Reduzierung der Dünnsäureverklappung auf die Hälfte für ein Jahr, die sofortige Errichtung von Produktions- und Aufbereitungsanlagen, die eine Verklappung überflüssig machen und totalen Verklappungsstop nach spätestens einem Jahr

Die Stahlkapitalisten verschärfen ihre Rationalisierungsmaßnahmen

mid. Der jetzt offen ausbrechende Krach unter den westeuropäischen Stahlkapitalisten trifft einen Großteil der westdeutschen Stahlkapitalisten mitten in ihren großangelegten Rationalisierungsmaßnahmen. Sie werden bei gleichzeitiger Einschränkung der Produktionskapazitäten rascher weitergeführt. Welche Auswirkungen dies auf die Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie hat, darüber ein Bericht aus den Betrieben in Nordrhein-Westfalen.

Mannesmann gab im Juli bekannt, daß durch Umgliederung des Konzerns rund 50 Mio. DM und 350 Arbeitsplätze eingespart werden sollen, des weiteren soll ein Stahlwerk in Duisburg Huckingen stillgelegt, die Stahlproduktion um 15% gesenkt werden. Gleichzeitig ist ein weiterer Hochofen im Bau für die Eisenerzverhüttung. 70 Mio. DM sollen zu Rationalisierungszwecken investiert werden, 2500 Arbeitsplätze dadurch vernichtet werden. Zusammen mit der Umgliederung des Konzerns wurde die Aufhebung der Montanmitbestimmung für den ganzen Konzern angekündigt, was von über 40000 Stahlarbeitern mit kurzen Streiks und Demonstrationen beantwortet wurde.

Der zweite Stahlkonzern, der ,,einschneidende Maßnahmen" verkündete, war Hoesch. Das Rationalisierungsprogramm des Konzerns umfaßt ,,Allgemeines Kostensenkungsprogramm", Entfeinerung und Bereinigung der Produktionsstruktur, metallurgische Neuordnung. Unter letzterem ist die Umstellung von der Siemens-Martin-Stahlproduktion auf Oxygenstahlproduktion zu verstehen. Entfeinerung und Bereinigung der Produktionsstruktur heißt Konzentration weniger Produktlinien in Dortmund, Konzentration der Stahlproduktion auf einen Standort. Im Rahmen der Kooperation zwischen Krupp und Hoesch zeichnet sich die Konzentration und Beschränkung der Verhüttung und Stahlproduktion bei Krupp in Rheinhausen, die Weiterverarbeitung in Dortmund bei Hoesch ab. Unter dem Druck der Krise soll das Rationalisierungsprogramm der Verwaltung – ,,Overhead" (Wasserkopf) – frühzeitig zuende gebracht werden, soll das Siemens-Martin-Werk frühzeitig geschlossen werden, gleichzeitig wird vom Vorstandschef Rohwedder bezweifelt, ob es überhaupt noch zum Bau des geplanten Oxygenstahlwerkes kommt, wofür 250 Mio. DM Staatskredit locker gemacht wurden. Seit September '79 sind 2500 Arbeitsplätze vernichtet, weitere 1700 sind geplant. Seit dem 1.9.80 wird in mehreren Werken Kurzarbeit verfahren, die Geschäftsleitung hat deren Ausweitung und Verlängerung angekündigt.

Im dritten Quartalsbericht der Thyssen-Gießerei AG wird von größer werdenden Produktionseinschränkungen geredet: ,,... Bei Kokillen und Blöcken ist aufgrund des niedrigen Auftragseingangs mit einem deutlichen Beschäftigungsrückgang zu rechnen." In Hattingen und Gelsenkirchen sollen weitere ,,Kapazitätsanpassungen" durchgeführt werden. In Gelsenkirchen ist weitere Reduzierung von 150 Arbeitsplätzen vorgesehen. Insgesamt sind in der Gießerei AG in diesem Jahr 100 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden. In Thyssen Hamborn wurden in der letzten Zeit Umbesetzungen durchgeführt, um Kurzarbeit zu vermeiden.

Krupp: Auf der Vertrauensleuteversammlung bei Krupp in Rheinhausen (Hüttenwerke) im August dieses Jahres wurde für ca. 6000 der 8000 Mann starken Belegschaft Kurzarbeit und Blockstillstand über Weihnachten bekanntgegeben. Kurzarbeit und Blockstillstand ist auch für die Krupp-Werke in Bochum angesagt, wo laut Arbeitsdirektor Günther auch folgende Hebel ergriffen werden sollen: Schichtänderung, Überstundenabbau, innerbetriebliche Umsetzungen und Umschulungen. Im Sommer war durch Installierung von Hubbalkenöfen die Arbeit in bestimmten Bereichen gewaltig intensiviert worden, wofür die Belegschaft den Krupp-Kapitalisten jetzt leichte innerbetriebliche Lohnerhöhungen abringen konnte.

Für die Krupp-Werke in Siegen Geisweid, Niederschelden und in der Hauptverwaltung der KSW-Gruppe ist ein Abbau von jetzt 6183 auf 4660 Arbeiter angekündigt. Am 27. Juni wurde bereits die Blockstraße Niederschelden stillgelegt. Ebenso das Siemens-Martin-Stahlwerk. Im Werk Geisweid ist von der Geschäftsleitung unter Bruch einer Betriebsvereinbarung durchgesetzt worden, daß in zwei Werken die Anzahl der Schichten reduziert wird, wobei sie sich auf das Direktionsrecht berief und die Reduzierung mit ,,Auftragsmangel" begründete.

Als Antwort auf die Rationalisierungsmaßnahmen hat die IG Metall gefordert, keine Massenentlassungen zuzulassen, statt dessen frühzeitige Verrentung und Kurzarbeit, wobei sie kürzlich einen Tarifvertrag mit den Stahlkapitalisten abgeschlossen hat, der Ausgleichszahlungen für kurzarbeitende Schichtarbeiter vorsieht. Vom Arbeitsamt in Dortmund ist dagegen die Möglichkeit für ältere Stahlarbeiter, frühzeitig entlassen zu werden und mithilfe von Arbeitslosengeld und Ausgleichszahlungen durch die Kapitalisten bis zum 60. Lebensjahr auf die Rente zu warten, angegriffen worden.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Handel!

Mit den Beschlüssen des Gewerkschaftstages können die Betriebsräte und Vertrauensleute arbeiten

brm. Durch Rationalisierung und Einführung der Elektronik haben sich in den letzten Jahren die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Handel wesentlich verschlechtert. Der HBV-Gewerkschaftstag hat Beschlüsse gefaßt, die für die Belegschaften nützlich sind im Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Im Antrag 173 Betreff: Rationalisierungen werden folgende Aufgaben der Gewerkschaften benannt:

,,a) Schutz vor Dequalifikation ...
Hier müssen geeignete Maßnahmen und tarifvertragliche Regelungen dafür sorgen, daß Gestaltungsmöglichkeiten in der eigenen Arbeit erhalten bleiben.

– Monotonie der Arbeit verhindert wird

– Regelungen über Arbeitsinhalte, Art des Arbeitseinsatzes und Grenzen der zumutbaren Arbeitsintensität geschaffen werden

– qualifizierte Tätigkeiten erhalten bleiben

– soziale Kontaktmöglichkeiten und Arbeitsabwechslung gegeben sind

– Weiterbildung und Umschulung aufgrund veränderter Technologien durchgeführt sowie mit Arbeitsplatzgarantien für die betroffenen Arbeitnehmer abgesichert werden

– die berufliche Ausbildung trotz veränderter Arbeitsplätze/-Inhalte qualifiziert durchgeführt wird. (...)

c) Steuerung und Kontrolle aller Rationalisierungsmaßnahmen ".

Im Einzelhandel sind die Kassiererinnen von den Rationalisierungsmaßnahmen am stärksten betroffen. Die reinen Kassenarbeitsplätze wurden erst durch die Einführung der Selbstbedienung geschaffen. Mit der Ausdehnung der Selbstbedienung gewinnen sie immer mehr an Bedeutung. Deswegen waren die Kassenarbeitsplätze auch ein wichtiger Diskussionspunkt auf dem Gewerkschaftstag. Es lagen 6 Anträge dazu vor. Zentrale Forderung war die nach dem Verbot der Umpackkassen. In dem Antrag 181 Betreff: Kassenarbeitsplätze heißt es:

,,Der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft HBV fordert daher die Verantwortlichen auf, der unzumutbaren Belastung tausender Frauen endlich entgegenzuwirken und geeignete Maßnahmen zur Humanisierung der Kassenarbeitsplätze einzuleiten und durchzuführen. Im Einzelnen fordert der Gewerkschaftstag der HBV:

vom Gesetzgeber (Bund/Länder):

– Erlaß einer Arbeitsstättenrichtlinie, die eine menschengerechte Gestaltung der Kassenarbeitsplätze vorschreibt.

– Generelles Verbot aller Umpackkassen nach der Wagen-zu-Wagen-Methode und der Band-Wagen-Methode im Groß- und Einzelhandel.

– Anerkennung der durch die einseitige Belastung an Kassenarbeitsplätzen auftretenden Krankheiten der Arm- und Schultergelenke als Berufskrankheiten.

Von den Tarifvertragsparteien.

– Regelungen über bezahlte Erholungspausen von 15 Minuten nach jeder Stunde ständiger/zusammenhängender Arbeit an Kassenarbeitsplätzen.

– Abgruppierungsschutz bei anderweitiger Tätigkeit.

– Vereinbarungen über ärztliche Kontrolluntersuchungen für die an den Kassen beschäftigten Frauen. von den Betriebsräten.

– Stärkere Arbeitsplatzüberprüfung aufgrund der einschlägigen Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes,

– eventuell Einschaltung der Gewerbeaufsichtsämter unter Beteiligung eines Arztes.

– Betriebsvereinbarungen zur Abschaffung der Umpackkassen, solange keine gesetzlichen Vorschriften existieren.

Eine wichtige Forderung ist die nach den bezahlten Erholungspausen pro Stunde. Diese Pausen sind nötig um die nervliche Belastung, die das ununterbrochene Kassieren mit sich bringt, auszugleichen. Wichtig ist auch die Forderung nach der Arbeitsplatzüberprüfung. Es gibt schon Kassenarbeitsplätze, die so konstruiert sind, daß die Belastung von Arm- und Schultergelenken möglichst gering bleibt. Es ist eine wichtige Aufgabe der Betriebsräte im Einzelhandel, durchzusetzen, daß die Kassenarbeitsplätze nach den neuesten Erkenntnissen umgebaut werden. Eine andere wichtige Forderung, die Abschaffung der Umpackkassen konnte in einem wichtigen Bereich schon durchgesetzt werden, nämlich in den Aldi-Märkten, in denen diese Kassen in größerer Anzahl standen. Allerdings wurden sie zum großen Teil durch Kassen der Band-Wagen-Methode ersetzt, die auch noch zu große Belastungen für die Kassiererinnen mit sich bringen. Der Betriebsrat hatte nicht die Möglichkeit, durchzusetzen, daß ein anderes Kassensystem eingeführt wurde. Deshalb ist auch der Antrag 176 Betreff: Rationalisierungsschutz und betriebliche Personalplanung sehr wichtig. Hier wird gefordert im Betriebsverfassungsgesetz den Betriebsräten mehr Rechte einzuräumen. Eine Forderung ist:

– ,,Der Betriebsrat muß ein Mitbestimmungs- und Initiativrecht bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen, der Arbeitsumgebung, von Arbeitsinhalten, Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufen und bei der Einführung und Anschaffung technischer Anlagen bekommen, wenn Nachteile für die Arbeitnehmer nicht auszuschließen sind."



289 Delegierte berieten auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft HBV über die nächsten Aufgaben. Seit 1976 verzeichnet die HBV über 77000 neue Mitglieder und zählt nunmehr 345000 Mitglieder. Die Zahl der HBV-Betriebsratsmitglieder hat sich von 10800 auf 15100 in dieser Zeit erhöht.

Der zweite Stahlkonzern, der ,,einschneidende Maßnahmen" verkündete, war Hoesch. Das Rationalisierungsprogramm des Konzerns umfaßt ,,Allgemeines Kostensenkungsprogramm", Entfeinerung und Bereinigung der Produktionsstruktur, metallurgische Neuordnung. Unter letzterem ist die Umstellung von der Siemens-Martin-Stahlproduktion auf Oxygenstahlproduktion zu verstehen. Entfeinerung und Bereinigung der Produktionsstruktur heißt Konzentration weniger Produktlinien in Dortmund, Konzentration der Stahlproduktion auf einen Standort. Im Rahmen der Kooperation zwischen Krupp und Hoesch zeichnet sich die Konzentration und Beschränkung der Verhüttung und Stahlproduktion bei Krupp in Rheinhausen, die Weiterverarbeitung in Dortmund bei Hoesch ab. Unter dem Druck der Krise soll das Rationalisierungsprogramm der Verwaltung – ,,Overhead" (Wasserkopf) – frühzeitig zuende gebracht werden, soll das Siemens-Martin-Werk frühzeitig geschlossen werden, gleichzeitig wird vom Vorstandschef Rohwedder bezweifelt, ob es überhaupt noch zum Bau des geplanten Oxygenstahlwerkes kommt, wofür 250 Mio. DM Staatskredit locker gemacht wurden. Seit September '79 sind 2500 Arbeitsplätze vernichtet, weitere 1700 sind geplant. Seit dem 1.9.80 wird in mehreren Werken Kurzarbeit verfahren, die Geschäftsleitung hat deren Ausweitung und Verlängerung angekündigt.

lierung von Hubbalkenöfen die Arbeit in bestimmten Bereichen gewaltig intensiviert worden, wofür die Belegschaft den Krupp-Kapitalisten jetzt leichte innerbetriebliche Lohnerhöhungen abringen konnte.

Für die Krupp-Werke in Siegen Geisweid, Niederschelden und in der Hauptverwaltung der KSW-Gruppe ist ein Abbau von jetzt 6183 auf 4660 Arbeiter angekündigt. Am 27. Juni wurde bereits die Blockstraße Niederschelden stillgelegt. Ebenso das Siemens-Martin-Stahlwerk. Im Werk Geisweid ist von der Geschäftsleitung unter Bruch einer Betriebsvereinbarung durchgesetzt worden, daß in zwei Werken die Anzahl der Schichten reduziert wird, wobei sie sich auf das Direktionsrecht berief und die Reduzierung mit ,,Auftragsmangel" begründete.

Als Antwort auf die Rationalisierungsmaßnahmen hat die IG Metall gefordert, keine Massenentlassungen zuzulassen, statt dessen frühzeitige Verrentung und Kurzarbeit, wobei sie kürzlich einen Tarifvertrag mit den Stahlkapitalisten abgeschlossen hat, der Ausgleichszahlungen für kurzarbeitende Schichtarbeiter vorsieht. Vom Arbeitsamt in Dortmund ist dagegen die Möglichkeit für ältere Stahlarbeiter, frühzeitig entlassen zu werden und mithilfe von Arbeitslosengeld und Ausgleichszahlungen durch die Kapitalisten bis zum 60. Lebensjahr auf die Rente zu warten, angegriffen worden.

garantien für die betroffenen Arbeitnehmer abgesichert werden

– die berufliche Ausbildung trotz veränderter Arbeitsplätze/-Inhalte qualifiziert durchgeführt wird. (...)

c) Steuerung und Kontrolle aller Rationalisierungsmaßnahmen ".

Im Einzelhandel sind die Kassiererinnen von den Rationalisierungsmaßnahmen am stärksten betroffen. Die reinen Kassenarbeitsplätze wurden erst durch die Einführung der Selbstbedienung geschaffen. Mit der Ausdehnung der Selbstbedienung gewinnen sie immer mehr an Bedeutung. Deswegen waren die Kassenarbeitsplätze auch ein wichtiger Diskussionspunkt auf dem Gewerkschaftstag. Es lagen 6 Anträge dazu vor. Zentrale Forderung war die nach dem Verbot der Umpackkassen. In dem Antrag 181 Betreff: Kassenarbeitsplätze heißt es:

,,Der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft HBV fordert daher die Verantwortlichen auf, der unzumutbaren Belastung tausender Frauen endlich entgegenzuwirken und geeignete Maßnahmen zur Humanisierung der Kassenarbeitsplätze einzuleiten und durchzuführen. Im Einzelnen fordert der Gewerkschaftstag der HBV:

vom Gesetzgeber (Bund/Länder):

– Erlaß einer Arbeitsstättenrichtlinie, die eine menschengerechte Gestaltung

sen nach der Wagen-zu-Wagen-Methode und der Band-Wagen-Methode im Groß- und Einzelhandel.

– Anerkennung der durch die einseitige Belastung an Kassenarbeitsplätzen auftretenden Krankheiten der Arm- und Schultergelenke als Berufskrankheiten.

Von den Tarifvertragsparteien.

– Regelungen über bezahlte Erholungspausen von 15 Minuten nach jeder Stunde ständiger/zusammenhängender Arbeit an Kassenarbeitsplätzen.

– Abgruppierungsschutz bei anderweitiger Tätigkeit.

– Vereinbarungen über ärztliche Kontrolluntersuchungen für die an den Kassen beschäftigten Frauen. von den Betriebsräten.

– Stärkere Arbeitsplatzüberprüfung aufgrund der einschlägigen Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes,

– eventuell Einschaltung der Gewerbeaufsichtsämter unter Beteiligung eines Arztes.

– Betriebsvereinbarungen zur Abschaffung der Umpackkassen, solange keine gesetzlichen Vorschriften existieren.

Eine wichtige Forderung ist die nach den bezahlten Erholungspausen pro Stunde. Diese Pausen sind nötig um die nervliche Belastung, die das unun-

Forderung nach der Arbeitsplatzüberprüfung. Es gibt schon Kassenarbeitsplätze, die so konstruiert sind, daß die Belastung von Arm- und Schultergelenken möglichst gering bleibt. Es ist eine wichtige Aufgabe der Betriebsräte im Einzelhandel, durchzusetzen, daß die Kassenarbeitsplätze nach den neuesten Erkenntnissen umgebaut werden. Eine andere wichtige Forderung, die Abschaffung der Umpackkassen konnte in einem wichtigen Bereich schon durchgesetzt werden, nämlich in den Aldi-Märkten, in denen diese Kassen in größerer Anzahl standen. Allerdings wurden sie zum großen Teil durch Kassen der Band-Wagen-Methode ersetzt, die auch noch zu große Belastungen für die Kassiererinnen mit sich bringen. Der Betriebsrat hatte nicht die Möglichkeit, durchzusetzen, daß ein anderes Kassensystem eingeführt wurde. Deshalb ist auch der Antrag 176 Betreff: Rationalisierungsschutz und betriebliche Personalplanung sehr wichtig. Hier wird gefordert im Betriebsverfassungsgesetz den Betriebsräten mehr Rechte einzuräumen. Eine Forderung ist:

– ,,Der Betriebsrat muß ein Mitbestimmungs- und Initiativrecht bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen, der Arbeitsumgebung, von Arbeitsinhalten, Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufen und bei der Einführung und Anschaffung technischer Anlagen bekommen, wenn Nachteile für die Arbeitnehmer nicht auszuschließen sind."

Rationalisierung der französischen Handelsflotte geplant

pem. Unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß belgische und deutsche Reeder auf ihren Schiffen bereits heute eine Senkung des Personals von 23 bzw. 22 auf 18 bzw. 17 vorgenommen haben, daß eine deutsche Werft erklärt habe, ab 1982 oder '83 ein Versuchsschiff mit 14 oder 15 Mann Besatzung in Dienst zu stellen, hat die Vereinigung der französischen Seeschiffer folgenden Plan vorgeschlagen: Auf zwei Schiffen soll versuchsweise für ein Jahr die Besatzung von gegenwärtig 25 auf 18 reduziert werden, d.h. je ein Offizier und 6 Matrosen weniger. Für die Matrosen bedeutet das eine Einsparung von mehr als 30%. Die C.G.T. hat darauf hingewiesen, daß in diesem Vorschlag nicht einmal ein Angebot enthalten ist, das die Mehrarbeit für die verbleibende Besatzung finanziell ausgleicht. Grundsätzlich hat sie erklärt, daß sie nicht bereit ist, überhaupt über diese Frage zu verhandeln, da sie nicht an der Vernichtung von Arbeitsplätzen mitwirken wolle. Ihre Mitglieder hat die C.G.T. aufgerufen, wachsam zu sein und sich darauf vorzubereiten, nötigenfalls sofort in den Streik zu treten.

US-Textilgewerkschaften: Erster Tarifvertrag seit Jahren

gih. Nach jahrelangem Widerstand des Textilkonzerns J.P. Stevens & Co. ist es der amerikanischen Textilgewerkschaft ,,Amalgamated Clothing and Textile Workers Union" gelungen, den ersten Tarifvertrag seit 1964 abzuschließen. Der Konzern beschäftigt rund 47000 Arbeiter in 80 Betrieben. Der jetzt abgeschlossene Tarifvertrag ist von den Beschäftigten bereits akzeptiert worden. Er gilt zunächst für rund 3000 Beschäftigte, die in zehn Werken im Süden der USA, darunter Roanake Rapids, North Carolina, arbeiten. Als Nachzahlung erhält jeder Arbeiter rund 1000 Dollar. Die Gewerkschaften geben den Verbraucherboykott und andere Anti-Stevens-Kampagnen auf. In Zukunft darf die Gewerkschaft nicht mehr daran gehindert werden, Mitglieder in den Betrieben des Konzerns zu werben. Die Beschäftigten dürfen darüber abstimmen. ob alle Werke der J.P. Stevens & Co. gewerkschaftlich organisiert werden sollen.

Streikwelle in Griechenland

gih. Rund 38000 Grundschullehrer und Kindergärtnerinnen sowie etwa 5500 Krankenhausärzte sind am vergangenen Montag in Griechenland in den Streik getreten. Damit begann eine Welle von Arbeitskämpfen, an denen sich in den nächsten zehn Tagen auch Arbeiter der staatlichen Elektrizitätswerke, die Bauarbeiter und die Angestellten im öffentlichen Dienst beteiligen wollen. – Die Ärzte wollen mit ihrer sechstätigen Arbeitsniederlegung durchsetzen, daß die Regierung einen Gesetzentwurf zur Reform des Gesundheitswesens zurückzieht und in Zusammenarbeit mit den Ärzten einen neuen Entwurf erarbeitet. Die Regierung hat diese Forderung bisher abgelehnt. – Die Grundschullehrer und Kindergärtnerinnen an den 14000 Grundschulen und öffentlichen Kindergärten fordern Verbesserungen ihrer Bezüge und Verkürzung der Arbeitszeit. Ihr Warnstreik ist auf 48 Stunden befristet.

Streik der Lehrbeauftragten der Musikhochschulen NRW

svm. Seit dem 15.10. streiken die Lehrbeauftragten der Musikhochschulen in NRW. Der NRW-Kultusminister hatte aufgrund von Beschlüssen der Kultusministerkonferenz eine Neuregelung der Vergütung erlassen: Vergütung nur noch für die während des Semesters erteilte Einzelstunde. Das bedeutet z.B. bei 4 Vorlesungsstunden in der Woche eine Kürzung von 700 DM, von 1920 DM auf 1216 DM. Weiterhin: keine Bezahlung während der Ferien, bei Krankheit, keine Sozialversicherungsbeiträge während der Ferien. Der Streik richtet sich gegen die Vergütungsneuregelung, gefordert wird Angleichung der Bezüge an den BAT, durchgehende Bezahlung auf das Jahr, 13. Monatsgehalt, Anhebung der Bezüge, die seit Mai 1970 nicht verbessert wurden. 200 Musikstudenten unterstützten in einer Demonstration in Köln die Forderungen des Streiks. Lehrveranstaltungen werden boykottiert. Am 28.10. findet eine Sternfahrt aller Institute zum Ministerium statt.



Die britische Bergarbeitergewerkschaft hat gegenüber der staatlichen Kohlebehörde folgende Forderungen aufgestellt: Die Löhne sollen um 35% erhöht werden (Inflationsrate z.Z. 16,5%), Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit für Untertagearbeiter von fünf auf vier Tage, das Rentenalter soll von 60 auf 55 Jahre gesenkt werden.. Damit haben sie sich ausdrücklich gegen die Lohnleitlinie von Frau Thatcher von 8,2% ausgesprochen.

Gewerkschaft Leder fordert 10,5% Lohnerhöhung

gih. Die Gewerkschaft Leder im DGB hat die Tarifverträge in der Schuh-, Leder- und Kofferindustrie fristgerecht zum 31. Oktober gekündigt und 10,5% gefordert. Die Arbeiterstundenlöhne in der Schuhindustrie sollen um 0,80 DM und die Angestelltengehälter um 10,5% erhöht werden. Für die Leder- und Kofferindustrie verlangt die Gewerkschaft eine Anhebung der Stundenlöhne um 0,75 DM sowie 10% mehr Gehalt. Ferner sollen die Ausbildungsvergütungen in der Schuhindustrie um 60 DM je Monat sowie in der Leder- und Kofferindustrie um 55 DM monatlich erhöht werden. Insgesamt sind in den Industriebereichen rund 80000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die Gewerkschaft begründete die Forderungen damit, daß sich die Einkommen der in dieser Branche Beschäftigten ,,im unteren Drittel der Lohnskala" bewegten. Die Realisierung der Forderung werde den Betroffenen wegen steigender Sozialabgaben lediglich einen durchschnittlichen Lohn- und Gehaltszuwachs von 130 DM monatlich bringen.

Forderungen zum Schichtdienst

Forderungen der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und der Gewerkschaft der Polizei zur Schichtarbeitszeit und -arbeitsbedingungen (Auszug): Für Arbeitnehmer, die Wechselschicht oder regelmäßige Nachtarbeit leisten, ist ein Zusatzurlaub von 12 Arbeitstagen zu vereinbaren. Für Arbeitnehmer, die Schicht, Wechselschicht- oder Nachtarbeit sowie Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten leisten, sind Zuschlags-, Zulagenregelungen einzuführen, bzw. zu verbessern und einander anzugleichen. Bei Wechselschichtarbeit oder Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten darf die wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt höchstens 40 Stunden betragen. Die tägliche Arbeitszeit darf 8 Stunden nicht überschreiten.

Forderungen der Post Gewerkschaft: 1½fache Anerkennung der Nachtarbeit, Wochenendarbeit, Wechselschichtarbeit. Anerkennung der Zeiten von 20 bis 6 Uhr als Nachtschicht. Einführung weiterer Pausen und Anrechnung von Pausen auf die Arbeitszeit.

Forderungen der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands: Mehrfachanrechnung der Arbeitszeit für Dienst zu ungünstigen Zeiten. Volle Anrechnung der Arbeitsunterbrechung und Wendezeiten. Gewährung von Freischichten für alle im Schicht- und Wechseldienst Beschäftigten.

Streikaktionen der DPG in der Woche vom 20. bis 26. Oktober

Köln. 3 Stunden – von 3 Uhr 30 bis 6 Uhr 30 – streikten am Mittwoch alle 60 Arbeiter der Postverladestelle des Bahnhofspostamtes in Köln. Rund 3 Millionen Postsendungen wurden nicht ausgeladen.

Koblenz. Für verbesserte Dienstzeitregelungen im Nacht- und Schichtdienst führten am Dienstagabend die Beschäftigten bei der Post in Koblenz und Neuwied Warnstreiks durch. In Koblenz dauerte er ca. 3 Stunden. Rund 200 beteiligten sich an einer Protestversammlung, auf der der DPG Bezirksvorsitzende sprach.

Bremen. Rund 200000 Briefe blieben am Mittwochmorgen liegen. Durch einen Schwerpunktstreik von 130 Postverteilern im zentralen Eingangs- und Zustellamt in Bremen von 5 Uhr an kam die gesamte Briefzustellung ins Stocken.

Hamburg. Mehrere hundert Beschäftigte des Postamts 3 (Briefverteilung) und der Postverteilung auf dem Flughafen führten Warnstreiks durch.

Gießen, Marburg, Wiesbaden, Darmstadt, Frankfurt-Höchst. Freitagabend Streikaktionen in verschiedenen Postämtern zur Unterstützung der Forderungen und des Gewerkschaftstags.



Streikposten vor dem Postamt 1 in Bremen am Mittwoch letzter Woche. Die Frühschicht im Verteilerdienst des zentralen Eingangs- und Zustellamtes streikte 3 Stunden

DPG: Bis 3.11. akzeptables Schichtdienstangebot

Gscheidle lehnt 1½fache Anrechnung ab / ÖTV, GdP und GdED unterbrechen Verhandlungen

Wenn bis zum Montag, den 3. November kein akzeptables Angebot von Seiten des Postministeriums vorgelegt wird, dann leitet die DPG zentral geführte Kampfmaßnahmen ein. Dies erklärte Ernst Breit, der Vorsitzende der Gewerkschaft auf dem 13. Gewerkschaftskongreß, der am Freitag und Samstag in Frankfurt fortgesetzt wurde. In den Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeit im Schichtdienst am Donnerstag hatte das Postministerium zunächst kein neues Angebot vorgelegt. Gscheidle blieb bei 3 Freischichten im Jahr für die Arbeiter und Angestellten bei der Post, die regelmäßig rund um die Uhr, bei Tag und bei Nacht und an Sonn- und Feiertagen arbeiten; bei zwei Freischichten, wenn sie nicht regelmäßig an Wochenenden arbeiten oder wenn sie 480 Nachtstunden arbeiten, und bei einer Freischicht, wenn sie 240 Nachtstunden im Schichtdienst arbeiten.

Erst als die DPG die Verhandlungen unterbrach und dem Postministerium bis Freitag 9 Uhr die Bedingung stellte, entweder auf die 1,5fache Anrechnung der Arbeitszeit bei Nacht und in Schichten einzugehen oder sich auf Streikmaßnahmen einzurichten, legte Gscheidle ein neues Angebot vor. Die Teilzeitarbeiter sollten die oben genannten Freischichten ebenfalls erhalten. Die DPG lehnte auch dieses Angebot als nicht befriedigend ab. Da die Teilzeitarbeiter kaum in regelmäßigen Schichten arbeiten, würde das Angebot nur für die gelten, die im reinen Nachtdienst arbeiten. Der Nachtarbeit will die DPG mit ihren Forderungen aber gerade Schranken ziehen.

Am Mittwoch hatte die ÖTV und die Gewerkschaft der Polizei die Verhandlungen über den Schichtdienst fortgesetzt. Ursprünglich sollten sie erst im November weitergehen. Baum hatte bis dahin 3 Freischichten angeboten. Wichtige Bereiche wie die Krankenhäuser, die Feuerwehr, die Nahverkehrsbetriebe und der Justizvollzugsdienst sollten aber aus den Verhandlungen ausgeklammert werden. Für diese Berufe gehöre Nachtarbeit und Schichtarbeit ganz naturgemäß zu den ,,Berufsbildern". Die Vertreter des Innenministeriums mußten am Mittwoch zugestehen: Wir sind bereit, über alle Forderungen der ÖTV zu verhandeln. Das bedeutet erstens, daß die Ausklammerung bestimmter Bereiche vom Tisch ist und zweitens die Forderungen auf Begrenzung der täglichen Arbeitszeit im Schichtdienst auf 8 Stunden und 40 Stunden in der Woche, sowie 12 Tage zusätzlicher Urlaub für Schichtarbeiter und die übrigen Forderungen aus den Grundsätzen der ÖTV zur Nacht- und Schichtarbeit Gegenstand der Verhandlungen sind. Neue Termine vereinbarte die ÖTV zunächst nicht. Auch die GdED verhandelte am Freitag erneut mit Vertretern der Bundesbahn – ohne neues Ergebnis und unterbrach die Verhandlungen.

Matthöfer hat am Freitag zu den Lohnverhandlungen 1981 Stellung genommen. Die Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen müßten im öffentlichen Dienst um 3 Monate verschoben, und 6 Monate lang alle Einstellungen gestoppt werden. Nachdem die Regierung mit ihrem Plan gescheitert ist, in den verschiedenen Verhandlungen zum Schichtdienst die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes gegeneinander auszuspielen, bringt sie jetzt die Lohn- und Gehaltstarife ins Gespräch. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben erklärt, daß sie die Verhandlungen zum Schichtdienst noch vor den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen zum Abschluß bringen wollen. ÖTV, GdP und GdED, für die gegenwärtig noch Friedenspflicht bei den Schichtdienstverhandlungen herrscht, wollen bei Streikmaßnahmen der Postgewerkschaft geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Postbeschäftigten ergreifen.

Solidaritätserklärungen mit der DPG

Hilden. ,,Die Gewerkschaft der Polizei weist zum wiederholten Male auf die besonderen Belastungen und Gesundheitsgefahren des Schicht- und Wechselschichtdienstes hin. ... Die mittlerweile in den Manteltarifverhandlungen am 16./17. September 1980 von den Arbeitgebern angebotenen bis zu drei Feierschichten reichen bei weitem nicht hin, die Situation des Schicht- und Wechselschichtdienstes grundlegend zu verbessern. Daher ist ein solches Angebot völlig unzureichend.

Gemeinsam mit allen Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes kämpft die GdP um eine humanere Gestaltung des Schicht- und Wechselschichtdienstes. Daher sichert sie den Kolleginnen und Kollegen der Bundespost ihre volle Sympathie bei ihren Protestaktionen zu. Sie erklärt sich solidarisch mit dem Kampf der Deutschen Post Gewerkschaft um Fortschritte für die Beschäftigten im Schicht- und Wechselschichtdienst ...

Gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes im DGB fordert die GdP erneut die Arbeitgeber des Öffentlichen Dienstes sowie die Innenminister und Senatoren des Bundes und der Länder auf, umgehend Angebote zu unterbreiten, die den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften Rechnung tragen und zu einem umfassenden Abbau der Belastungen des Schicht- und Wechseldienstes führen.

In kollegialer Verbundenheit, Hellmut Schirrmacher, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei." (Beifall)

Aachen. Die Abteilung Sozialarbeit der ÖTV Aachen begrüßt die Streikaktionen der DPG durch eine Grußadresse, in der es u.a. heißt: ... Je größer Euer Erfolg in dieser Auseinandersetzung ist, desto besser sind die Bedingungen, in künftigen Tarifverhandlungen auch für die Kollegen in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes Verbesserungen durchzusetzen ..."

Bremen. Solidaritätsschreiben des Vertrauensleutekörpers des Zentralkrankenhauses Bremen-Ost mit den Kolleginnen und Kollegen der Post. ,,Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir erklären uns mit Euren Protestaktionen und Warnstreiks im Rahmen der ,,Aktion Schichtarbeit" solidarisch und wünschen Euch viel Erfolg bei der Durchsetzung der Forderungen. Wir sind Beschäftigte in einem Krankenhaus und müssen zum größten Teil ebenfalls in Schichten arbeiten. Genau wie Eure Gewerkschaft, die Deutsche Post Gewerkschaft, hat unsere Gewerkschaft, die ÖTV, beschlossen, Erleichterungen für Kolleginnen und Kollegen, die im Schichtdienst arbeiten, durchzusetzen ..." (Einstimmiger Beschluß)

Streikaktionen der DPG in der Woche vom 20. bis 26. Oktober

Köln. 3 Stunden – von 3 Uhr 30 bis 6 Uhr 30 – streikten am Mittwoch alle 60 Arbeiter der Postverladestelle des Bahnhofspostamtes in Köln. Rund 3 Millionen Postsendungen wurden nicht ausgeladen.

Koblenz. Für verbesserte Dienstzeitregelungen im Nacht- und Schichtdienst führten am Dienstagabend die Beschäftigten bei der Post in Koblenz und Neuwied Warnstreiks durch. In Koblenz dauerte er ca. 3 Stunden. Rund 200 beteiligten sich an einer Protestversammlung, auf der der DPG Bezirksvorsitzende sprach.

Bremen. Rund 200000 Briefe blieben am Mittwochmorgen liegen. Durch einen Schwerpunktstreik von 130 Postverteilern im zentralen Eingangs- und Zustellamt in Bremen von 5 Uhr an kam die gesamte Briefzustellung ins Stocken.

Hamburg. Mehrere hundert Beschäftigte des Postamts 3 (Briefverteilung) und der Postverteilung auf dem Flughafen führten Warnstreiks durch.

Gießen, Marburg, Wiesbaden, Darmstadt, Frankfurt-Höchst. Freitagabend Streikaktionen in verschiedenen Postämtern zur Unterstützung der Forderungen und des Gewerkschaftstags.

Gscheidle lehnt 1½fache Anrechnung ab / ÖTV, GdP und GdED unterbrechen Verhandlungen

Wenn bis zum Montag, den 3. November kein akzeptables Angebot von Seiten des Postministeriums vorgelegt wird, dann leitet die DPG zentral geführte Kampfmaßnahmen ein. Dies erklärte Ernst Breit, der Vorsitzende der Gewerkschaft auf dem 13. Gewerkschaftskongreß, der am Freitag und Samstag in Frankfurt fortgesetzt wurde. In den Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeit im Schichtdienst am Donnerstag hatte das Postministerium zunächst kein neues Angebot vorgelegt. Gscheidle blieb bei 3 Freischichten im Jahr für die Arbeiter und Angestellten bei der Post, die regelmäßig rund um die Uhr, bei Tag und bei Nacht und an Sonn- und Feiertagen arbeiten; bei zwei Freischichten, wenn sie nicht regelmäßig an Wochenenden arbeiten oder wenn sie 480 Nachtstunden arbeiten, und bei einer Freischicht, wenn sie 240 Nachtstunden im Schichtdienst arbeiten.

Erst als die DPG die Verhandlungen unterbrach und dem Postministerium bis Freitag 9 Uhr die Bedingung stellte, entweder auf die 1,5fache Anrechnung der Arbeitszeit bei Nacht und in Schichten einzugehen oder sich auf Streikmaßnahmen einzurichten, legte Gscheidle ein neues Angebot vor. Die Teilzeitarbeiter sollten die oben genannten Freischichten ebenfalls erhalten. Die DPG lehnte auch dieses Angebot als nicht befriedigend ab. Da die Teilzeitarbeiter kaum in regelmäßigen Schichten arbeiten, würde das Angebot nur für die gelten, die im reinen Nachtdienst arbeiten. Der Nachtarbeit will die DPG mit ihren Forderungen aber gerade Schranken ziehen.

Am Mittwoch hatte die ÖTV und die Gewerkschaft der Polizei die Verhandlungen über den Schichtdienst fortgesetzt. Ursprünglich sollten sie erst im November weitergehen. Baum hatte bis dahin 3 Freischichten angeboten. Wichtige Bereiche wie die Krankenhäuser, die Feuerwehr, die Nahverkehrsbetriebe und der Justizvollzugsdienst sollten aber aus den Verhandlungen ausgeklammert werden. Für diese Berufe gehöre Nachtarbeit und Schichtarbeit ganz naturgemäß zu den ,,Berufsbildern". Die Vertreter des Innenministeriums mußten am Mittwoch zugestehen: Wir sind bereit, über alle Forderungen der ÖTV zu verhandeln. Das bedeutet erstens, daß die Ausklammerung bestimmter Bereiche vom Tisch ist und zweitens die Forderungen auf Begrenzung der täglichen Arbeitszeit im Schichtdienst auf 8 Stunden und 40 Stunden in der Woche, sowie 12 Tage zusätzlicher Urlaub für Schichtarbeiter und die übrigen Forderungen aus den Grundsätzen der ÖTV zur Nacht- und Schichtarbeit Gegenstand der Verhandlungen sind. Neue Termine vereinbarte die ÖTV zunächst nicht. Auch die GdED verhandelte am Freitag erneut mit Vertretern der Bundesbahn – ohne neues Ergebnis und unterbrach die Verhandlungen.

Matthöfer hat am Freitag zu den Lohnverhandlungen 1981 Stellung genommen. Die Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen müßten im öffentlichen Dienst um 3 Monate verschoben, und 6 Monate lang alle Einstellungen gestoppt werden. Nachdem die Regierung mit ihrem Plan gescheitert ist, in den verschiedenen Verhandlungen zum Schichtdienst die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes gegeneinander auszuspielen, bringt sie jetzt die Lohn- und Gehaltstarife ins Gespräch. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben erklärt, daß sie die Verhandlungen zum Schichtdienst noch vor den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen zum Abschluß bringen wollen. ÖTV, GdP und GdED, für die gegenwärtig noch Friedenspflicht bei den Schichtdienstverhandlungen herrscht, wollen bei Streikmaßnahmen der Postgewerkschaft geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Postbeschäftigten ergreifen.

lastungen des Schicht- und Wechseldienstes führen.

In kollegialer Verbundenheit, Hellmut Schirrmacher, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei." (Beifall)

Aachen. Die Abteilung Sozialarbeit der ÖTV Aachen begrüßt die Streikaktionen der DPG durch eine Grußadresse, in der es u.a. heißt: ... Je größer Euer Erfolg in dieser Auseinandersetzung ist, desto besser sind die Bedingungen, in künftigen Tarifverhandlungen auch für die Kollegen in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes Verbesserungen durchzusetzen ..."

Bremen. Solidaritätsschreiben des Vertrauensleutekörpers des Zentralkrankenhauses Bremen-Ost mit den Kolleginnen und Kollegen der Post. ,,Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir erklären uns mit Euren Protestaktionen und Warnstreiks im Rahmen der ,,Aktion Schichtarbeit" solidarisch und wünschen Euch viel Erfolg bei der Durchsetzung der Forderungen. Wir sind Beschäftigte in einem Krankenhaus und müssen zum größten Teil ebenfalls in Schichten arbeiten. Genau wie Eure Gewerkschaft, die Deutsche Post Gewerkschaft, hat unsere Gewerkschaft, die ÖTV, beschlossen, Erleichterungen für Kolleginnen und Kollegen, die im Schichtdienst arbeiten, durchzusetzen ..." (Einstimmiger Beschluß)

DPG-Gewerkschaftstag – Delegierte zur Schichtarbeit

Delegierter aus Düsseldorf:

,,Tatsache ist, daß Arbeitsabläufe, Organisation und nicht zuletzt die Vorgabe der Laufzeiten die Kolleginnen und Kollegen unter einen Druck setzen, dem sie nicht mehr gewachsen sind. Ihnen bleibt oftmals nur die Flucht in die Krankheit oder die Flucht aus dem Arbeitsverhältnis. Fehlkräfte aber bedeuten für die anderen eine Zunahme des Arbeitsdrucks und eine Zunahme von Überstunden. Das wiederum bedeutet eine Überlastung und Überforderung und wieder die Flucht in die Krankheit, und dann beginnt das gleiche wieder von vorn.

Dazu diese Dienstpläne! Ich möchte hier einmal ein Beispiel nennen und fragen, ob das überhaupt noch zuzumuten ist. Ein Dienstplanbeispiel: Samstag frei, Sonntag frei, Montag 22 bis 5 Uhr, Dienstag 20 bis 5 Uhr, Mittwoch 22 bis 5 Uhr, Donnerstag 20 bis 5 Uhr, Freitag 20 bis 5 Uhr, Sonntag 23 bis 5 Uhr, Dienstag 12 bis 20, Mittwoch 13 bis 23, Donnerstag 13 bis 23 und Freitag 12 bis 20 Uhr. Kolleginnen und Kollegen, bei solchen Dienstplänen, die die Verwaltung anbietet – das ist kein Einzelfall; davon gibt es ein ganzes Paket –, frage ich mich doch, wem man das denn wirklich noch zumuten kann. Was sollen wir als Personalräte zu solchen Dienstplänen sagen? (Beifall)

Die Arbeitszeitrichtlinien, die nach userer Auffassung nicht einmal die besten sind, sind hierbei nicht erfüllt. Ich habe hier den Bericht einer Stelle in unserem Amt: Mit 87 Unterschriften stellen die Kollegen fest, daß sie in 25 Wochen 84 Spät- und Nachtdienste bei etwa 125 Arbeitstagen haben.

(Zuruf: Warum stimmt Ihr denn zu?)

– Kolleginnen und Kollegen, es ist doch selbstverständlich – ich brauche das wohl nicht zu erwähnen –, daß der Personalrat solchen Dienstplänen nicht zustimmt. Sie sind bereits im Verfahren. (Beifall) Ich meine, diese Bemerkung ist überflüssig; denn das dürfte doch wohl jedem klar sein. (Erneuter Beifall)

Es ist kein Wunder, daß wir entweder überhaupt keine Beschäftigten bekommen oder daß diejenigen, die man bekommt, nur kurze Zeit arbeiten, bevor sie verschwinden, zumal die Lohngruppe 6 – soeben schon erwähnt; im übrigen nach drei Jahren Lohngruppe 5 – wirklich kein ausreichendes Entgelt für diese schwere Arbeit bietet. So erhält man den Betrieb mit Überstunden oder der Beschäftigung von Schülern oder Studenten und außerdem Hausfrauen aufrecht, denen oftmals die materielle Not gebietet, zu solchen Bedingungen zu arbeiten. Die Folge ist, daß bei einem Düsseldorfer Paketpostamt die Personalfluktuation so hoch ist, daß im Laufe eines Jahres mehr Mitarbeiter eingestellt und entlassen werden, als dieses Amt Beschäftigte hat. (Zurufe: Hört! Hört!) Das kann nach meiner Auffassung so nicht weitergehen; hier muß etwas getan werden."

Delegierter aus Stuttgart:

,,Kolleginnen und Kollegen, die Beschäftigten im Schichtdienst stehen – so möchte ich es auf gut Schwäbisch ausdrücken – Gewehr bei Fuß. Sollte unser Arbeitgeber Deutsche Bundespost nicht in Bälde ein Angebot für die spezifischen Interessen unserer Beschäftigten vorlegen, so erwarten unsere Kollegen vom Hauptvorstand, daß die Verhandlungen als gescheitert erklärt werden und die Urabstimmung durchgeführt wird. (Beifall) Im Bezirk Stuttgart ist die Bereitschaft vorhanden, für die im Schichtdienst Beschäftigten zu kämpfen.

Ich hoffe und wünsche, daß die Verantwortlichen beim Bundespostministerium die Stimmung vor Ort nicht falsch einschätzen; denn aus einem Funken kann schnell ein Flächenbrand entstehen. Wir raten Ihnen allen vom Bundespostministerium: Provozieren Sie die Geduld unserer Schichtdienstleistenden nicht über Gebühr, denn sonst ist der Arbeitskampf im Weihnachtsverkehr eine selbstgemachte Sache." (Beifall)

Delegierte aus Düsseldorf:

,,Die Bundesregierung hält Verbesserungen im Schichtdienst für erforderlich. Der Bundespostminister, gestützt auf die schon mehrfach erwähnte Untersuchung, ist der Meinung, daß dringend Abhilfe geschaffen werden muß. Die Fraktionen und viele Bundestagsabgeordnete antworten auf unsere Proteste, daß sie unsere Forderungen für berechtigt halten und sich für sie einsetzen wollen. Aber wo bleibt die Abhilfe? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man das Problem zwar erkannt, aber nicht den Mut hat, das an den Nerv der vielbeschworenen Lebensqualität gehende Problem des Schichtdienstes anzufassen und sich für einen mehr als gerechtfertigten Ausgleich einzusetzen. (Beifall) Um bei dem Vergleich mit dem Fußballspiel zu bleiben: Ein Trainer würde einen so zögernden Einsatz mit Auswechseln ahnden." (Beifall)

Delegierter aus Frankfurt:

,,Minister Gscheidle hat sich hier als großer Taktiker, als großer Kompromißler dargestellt. Er hat davon gesprochen, daß das 110prozentige Angebot, das er gemacht hatte, im Augenblick nicht als durchsetzungsfähig erscheint, und ist gleich auf die nächste Marke zumarschiert, hat die 110 Prozent gleich sechs Tage gerechnet und die nächste Marke mit drei Tagen festgesetzt. Jetzt sind wir also bei einem 105prozentigen Angebot, das der Minister einbringen will.

Bei der Quantifizierbarkeit entspricht das einem Haushaltsmehr von 200 Millionen DM; das scheint immerhin vertretbar zu sein. Ich frage mich, woher diese Bereitschaft zum Kompromiß, diese Bereitschaft zu solchen Zahlenspielen ihre Berechtigung nimmt. Wir können uns mit solchen Kompromissen nicht einverstanden erklären."

Ernst Breit, Vorsitzender der DPG:

,,Über unsere Forderung nach Mehrfachanrechnung des Schichtdienstes auf die Arbeitszeit haben wir in diesen Tagen klar und deutlich gesprochen. Hinzu kommt die Forderung nach Abbau des Berges an Überzeitarbeit. 13 Millionen Stunden als Überstunden sind ganz einfach zuviel. Sie sind auch und gerade unter dem Gesichtspunkt zuviel, daß im Falle ihres Abbaus zusätzliche Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können." (Beifall)

Solidaritätsadresse der IG Druck und Papier

,,Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Delegierten des 12. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier senden Euch herzliche Grüße und wünschen Euch einen erfolgreichen Verlauf Eures Kongresses. Soeben haben wir einstimmig die nachstehende Entschließung verabschiedet. Eure Bemühungen um einen Freizeitausgleich für Sonntags-, Feiertags- und Schichtarbeit finden unsere solidarische Unterstützung. (Beifall) Verbunden mit Euch wissen wir uns auch in dem Kampf, die Gefahren des Einsatzes der neuen Technik abzuwehren sowie die Versuche zu vereiteln, wichtige Teile des Aufgabenbereichs der Deutschen Bundespost privatem Gewinnstreben auszuliefern.

Mit freundlichen Grüßen" (Beifall)

Solidaritätstelegramm der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands:

,,Lieber Ernst! Hauptvorstand und Bezirksleiter der GdED, die heute und morgen hier in Berlin den Weg für die künftige Interessenvertretung zugunsten der in West-Berlin wohnenden Reichsbahnbediensteten festlegen, bekunden die Solidarität der Eisenbahner im Ringen für Verbesserungen im Schicht- und Wechseldienst. Auch nach Überzeugung der GdED stehen die darauf gerichteten gewerkschaftlichen Forderungen der beteiligten DGB-Gewerkschaften an erster Stelle, wenn es darum geht, die Humanisierung der Arbeit in die Tat umzusetzen. In kollegialer Verbundenheit Euer Ernst Haar, Vorsitzender der GdED." (Beifall)

Eigentumsförderung hat die Wohnungsnot neuerlich verschärft

Billige Mietwohnungen wurden vernichtet / Regierung folgt Kapitalistenforderung nach Mieterhöhung

frb. Der Wohnungsbau ist zu einem der wichtigsten Gegenstände der Wirtschaftspolitik geworden. Letzten Donnerstag ließ Bundeskanzler Schmidt eigens die Minister Haack (Wohnung; SPD), Vogel (Justiz/Mietrecht; SPD), Matthöfer (Finanzen; SPD) und Lambsdorff (Wirtschaft; FDP) in seine Klausur nach Boppard kommen, um eine grundlegende Änderung der Regierungspolitik auf diesem Gebiet zu erörtern. Zugegen war auch Schlesinger von der Bundesbank, der jüngst vor dem XV. Weltkongreß des Internationalen Bausparkassenverbandes in London gefordert hatte, der Staat solle sich aus einer ziemlich breit gestreuten Wohnungsbauförderung mehr oder weniger zurückhalten und auf einige wenige Maßnahmen für ,,Randgruppen'' konzentrieren. Die Ministerrunde schloß eine Erhöhung der Förderungsmittel aus dem Bundeshaushalt aus. Mehr privates Kapital müsse wieder in den Wohnungsbau gelenkt werden. Hauptangriffspunkt, so auch in einer Mitte des Monats verbreiteten Denkschrift der Versicherungsunternehmen, sind die Einschränkungen für Mieterhöhungen durch das 2. Wohnraumkündigungsschutzgesetz von 1971. Mieterhöhungen, bislang durch das Prinzip der Vergleichsmiete gedämpft, sollen leichter und schneller durchgesetzt werden können. Die Versicherungsunternehmen haben angekündigt, sie würden in Zukunft zwei Mrd. DM pro Jahr investieren, wenn ihnen durch Änderung der Mieterschutzgesetze höhere Rendite verschafft würde. Vor Verabschiedung des Kündigungsschutzgesetzes hatten sie 7,6% ihrer Neuanlagen im Wohnbau investiert und mit 750 Mio. DM rd. 16000 Wohnungen gebaut. 1979 hatten sie noch 1,6% ihrer Vermögensakkumulation in Wohnungen getätigt, 460 Mio. in rd. 3000 Wohnungen. Gegenwärtig gingen über die Hälfte ihrer Mittel in Staatspapiere, erklären die Versicherungen, da sich die Investitionen im Wohnbau weniger gut rentierten. Auch eine Nebenwirkung der zinstreibenden Staatsverschuldung, die so Kapital aus anderen Bereichen abzieht.

Die Regierungsparteien haben allen Grund, in der Wohnungsbaupolitik etwas zu unternehmen. Nach Hunderten Mrd. DM Zuschüssen (1979: 15 Mrd. DM) fehlen heute über eine Million Wohnungen, in den Ballungsgebieten sind Zehntausende auf vergeblicher Wohnungssuche. Doch weniger dies ist der Beweggrund, vielmehr sorgen sich die im Wohnungsgeschäft tätigen Kapitalisten vor allem um die gesunkene Rentabilität des bereits im Wohnbau angelegten Kapitals. So folgert denn die Zeitschrift ,,Der langfristige Kredit'' im Klartext: ,,Bei dieser Sachlage ist eine Wiederbelebung des frei finanzierten Mietwohnungsbaus ohne die erforderlichen Mieterhöhungen nicht vorstellbar.'' Wohnungsnot ist hier bloßes Vehikel der Profitmacherei.

Förderung des Wohneigentums war das Zauberwort, mit dem die Bundesregierung gegen die Wohnungsnot angehen wollte, und das sie dem Parteiprogramm der CDU entnommen hatte. Heute ist diese Politik gescheitert. Zwar wurde Eigentum gefördert, der Bau ausreichenden Wohnraums aber blieb aus. ⅔ der Bevölkerung wohnen in Miete, nur einige wenige Bourgeois leben von Mieteinnahmen. Jetzt soll wieder die Masse der Besitzlosen herhalten, dem Kapital die Anlage im Wohnbau schmackhaft zu machen.

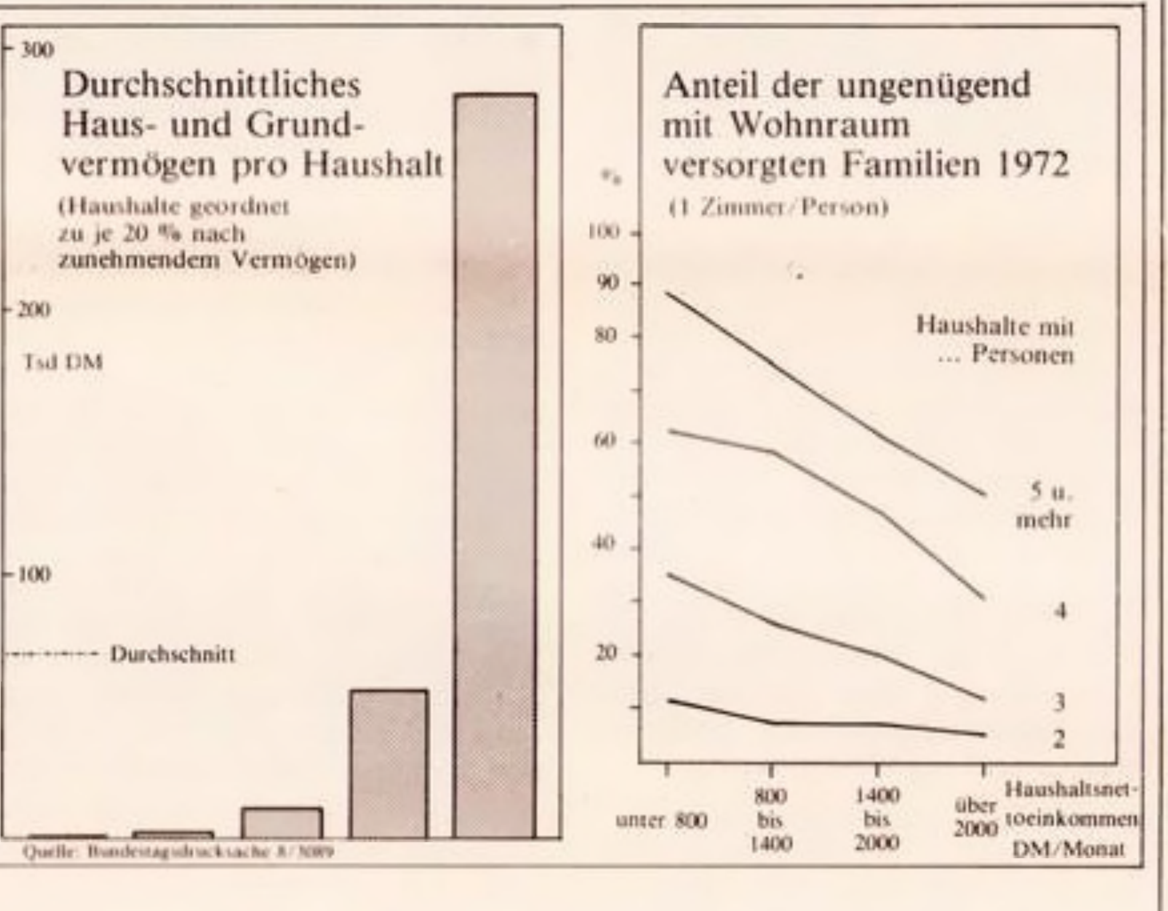
Vergangenes Jahr wurden 357000 Wohnungen fertiggestellt, 450000 sollten es nach Ansicht des DGB pro Jahr sein. *Vor allem der Bau von Mietwohnungen geht zurück.* Während die Zahl der neu errichteten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern 1979 etwa 10% unter der des Jahres 1973 lag, hat sich die Zahl der neu errichteten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mittlerweile halbiert. Mietwohnungen machen aber 80% der Wohnungen in den Verdichtungsgebieten aus. 1978 entfielen 21% der Neubauten auf die Verdichtungszone I, aber 32% der Bevölkerung leben hier. Die Neubauproduktion sank hier auf 40% des Niveaus von 1973, während sie in ländlichen Gebieten immerhin noch zwischen 60 und 72% erreicht.

Zum Zurückbleiben der Neubauten in Verdichtungsgebieten kommt hinzu die *Vernichtung billigen Wohnraums.* Von den rd. 14 Mio. Mietwohnungen sind heute weniger als 5 Mio. Altbauwohnungen, gegenüber 5,6 Mio. 1972. Hier sind die Mieten noch relativ billig. Auch der Bestand an preisgünstigen älteren Sozialwohnungen geht zurück. Die Zahl jener Sozialwohnungen, die vor 1964 errichtet wurden, hat sich von 1972 bis 1978 von 2,9 auf 2,6 Mio. verringert. Somit sind in diesem Zeitraum mindestens 600000 preiswerte Mietwohnungen der Vermietung entzogen worden. Mieterhöhungen und zusätzliche Fahrkosten, die kein Preisindex ausweist, für den ärmsten Teil der Bevölkerung sind die Folge. Ursache sind die Profitgesetze, die die Kapitalisten, Geschäftsleute usw. in den Städten zusammenballt, Bodenpreise und Mieten in Schwindelhöhen treibt und die arbeitenden Massen vertreibt, vor allem, aber auch die staatliche Wohnpolitik hat kräftig nachgeholfen.

¾ der Fördermittel im Wohnungsbau sind Eigentumsförderung. Dabei handelt es sich um öffentliche Baudarlehen, Bürgschaften, Zuschüsse oder Darlehen zur Senkung des Schuldendienstes, Lastenzuschüsse im Rahmen des Wohngeldgesetzes, Bausparförderung, Grunderwerbsteuervergünstigung, Grundsteuervergünstigung, überhöhte Abschreibungsmöglichkeit und einige weitere Maßnahmen. Wie diese Maßnahmen wirken, sei am *§7b Einkommensteuergesetz*, der den Begünstigten jährlich 5 Mrd. DM Steuer erspart, gezeigt. Haushalte mit einem Nettoeinkommen (einschl. Kindergeld) von durchschnittlich 1550 DM werden nach §7b mit 115 DM mtl. begünstigt. Haushalte mit 6000 DM Nettoeinkommen kommen auf eine Steuerersparnis von 300 DM mtl. Rd. 16% der 7b-Begünstigten verdienen 6000 DM, erhalten aber 25% der Fördersumme. Nur 13% haben ein Durchschnittseinkommen von 2050 DM, erhalten aber nur knapp 10% der Förderung.

Immerhin, so der Wohnungsbauminister, würden ja die Erwerber von Eigenheimen ihre bisherige Wohnung frei machen. Zweitens sei in der Eigentumsförderung die Wirkung der eingesetzten Mittel höher, da der Geförderte ja erhebliche Geldmittel selbst beisteuert. Tatsächlich aber hat sich etwas ganz anderes abgespielt. Zunehmend fließen die Bauinvestitionen in bereits bestehende Wohnungen. Die 600000 verschwundenen preiswerten Mietwohungen sind nicht etwa dem Abriß anheimgefallen, sondern wurden in Eigentumswohnungen umgewandelt. Seit 1977 wurde dies noch mehr gefördert. Das Gesetz zur Modernisierung von Wohnungen hat eine ganze Meute von anlagesuchenden Bourgeois in den profitlichen Handel mit Wohnungseigentum gelockt. Beschleunigte Abschreibungen (§82 EStDV), damit ermäßigte Einkommensteuer, ist zugesagt, der §7b EStG wurde auf Bestandswohnungen ausgedehnt. Die Umwandlung von Sozialwohnungen wurde erleichtert; in 63% der Fälle werden hier die angestammten Mieter verdrängt. Das Geschäft der Spekulanten, die mit der Verwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen teilweise 400% Gewinn machen, konzentriert sich gerade auf Altbauten in Ballungsgebieten. Aufkauf von Altwohnungen ist billiger und Wohnungen in Kerngebieten lassen sich am besten losschlagen. Und die Steuergesetze, die Altbaubesitz höher begünstigen als Neubaubesitz, tun ein übriges.

Der SPD-Minister Haack hat das Mieterschutzgesetz immer damit verteidigt, nicht dieses Gesetz sei schuld an dem Rückgang der Neubauten, sondern hohe Bodenpreise, gestiegene Baupreise und Hypothekenzinsen (jetzt 9,2%). Das stimmt natürlich soweit. Aber das Kapital läßt sich auch nicht austricksen. Die ganzen Fördermaßnahmen haben den Neubau nicht angekurbelt, sondern Kapital auf die bestehenden Wohnungen gehetzt und billige Mietwohnungen dort vernichtet, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Die besondere Erscheinung der gegenwärtigen Wohnungsnot ist Produkt der Wohnungsbaupolitik der SPD/FDP-Regierung. Davon will die Regierung auch jetzt nicht ab, sondern sie will jetzt einige Hemmnisse für Mieterhöhungen beseitigen. Es ist Tribut an das kapitalistische Eigentum, dem sie verpflichtet ist. Ohne Mieterhöhungen bauen wir nicht, sagen die Versicherungen. Sie sprechen als Kapitalist, für den nie der Gebrauchswert entscheidend ist, sondern immer nur der Wert. und die Verwertung seines Kapitals.



kündigt, sie würden in Zukunft zwei Mrd. DM pro Jahr investieren, wenn ihnen durch Änderung der Mieterschutzgesetze höhere Rendite verschafft würde. Vor Verabschiedung des Kündigungsschutzgesetzes hatten sie 7,6% ihrer Neuanlagen im Wohnbau investiert und mit 750 Mio. DM rd. 16000 Wohnungen gebaut. 1979 hatten sie noch 1,6% ihrer Vermögensakkumulation in Wohnungen getätigt, 460 Mio. in rd. 3000 Wohnungen. Gegenwärtig gingen über die Hälfte ihrer Mittel in Staatspapiere, erklären die Versicherungen, da sich die Investitionen im Wohnbau weniger gut rentierten. Auch eine Nebenwirkung der zinstreibenden Staatsverschuldung, die so Kapital aus anderen Bereichen abzieht.

Die Regierungsparteien haben allen Grund, in der Wohnungsbaupolitik etwas zu unternehmen. Nach Hunderten Mrd. DM Zuschüssen (1979: 15 Mrd. DM) fehlen heute über eine Million Wohnungen, in den Ballungsgebieten sind Zehntausende auf vergeblicher Wohnungssuche. Doch weniger dies ist der Beweggrund, vielmehr sorgen sich die im Wohnungsgeschäft tätigen Kapitalisten vor allem um die gesunkene Rentabilität des bereits im Wohnbau angelegten Kapitals. So folgert denn die Zeitschrift ,,Der langfristige Kredit'' im Klartext: ,,Bei dieser Sachlage

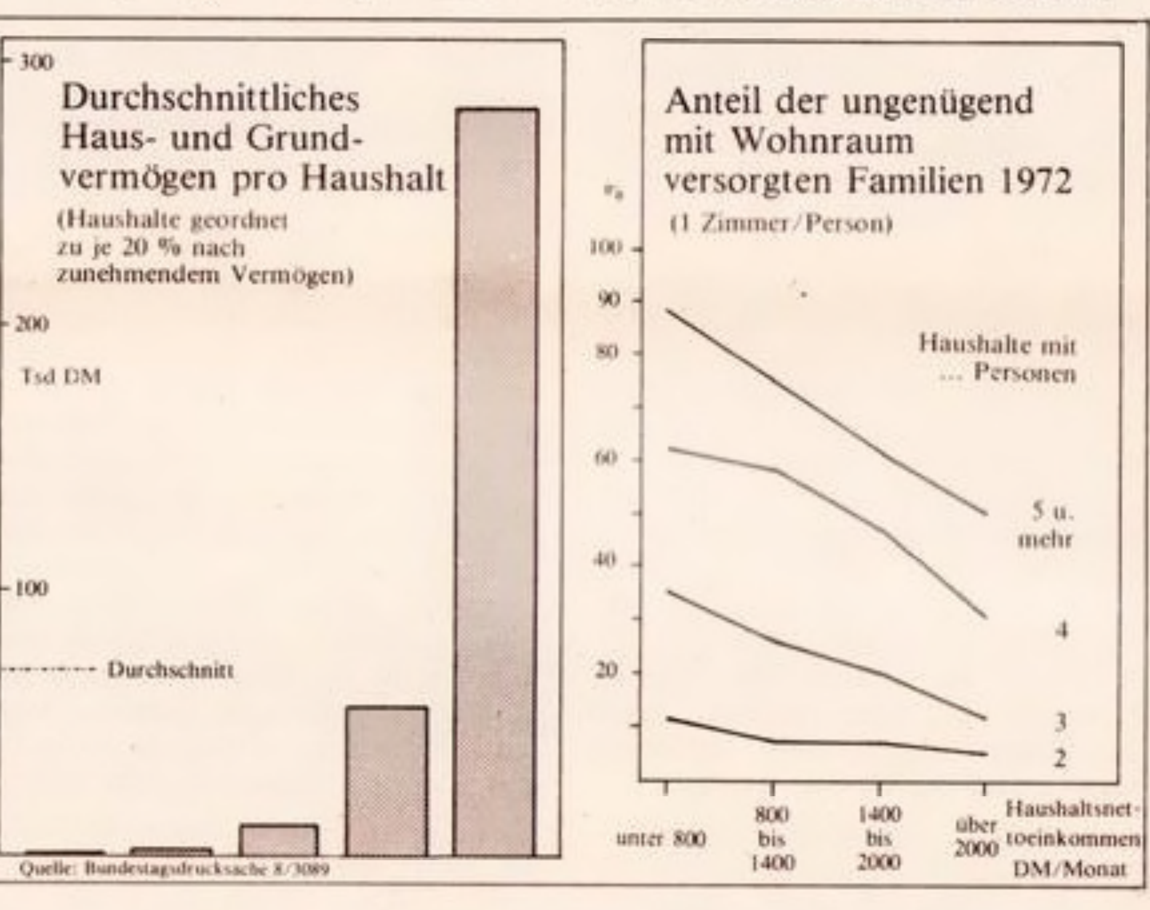
tion sank hier auf 40% des Niveaus von 1973, während sie in ländlichen Gebieten immerhin noch zwischen 60 und 72% erreicht.

Zum Zurückbleiben der Neubauten in Verdichtungsgebieten kommt hinzu die *Vernichtung billigen Wohnraums.* Von den rd. 14 Mio. Mietwohnungen sind heute weniger als 5 Mio. Altbauwohnungen, gegenüber 5,6 Mio. 1972. Hier sind die Mieten noch relativ billig. Auch der Bestand an preisgünstigen älteren Sozialwohnungen geht zurück. Die Zahl jener Sozialwohnungen, die vor 1964 errichtet wurden, hat sich von 1972 bis 1978 von 2,9 auf 2,6 Mio. verringert. Somit sind in diesem Zeitraum mindestens 600000 preiswerte Mietwohnungen der Vermietung entzogen worden. Mieterhöhungen und zusätzliche Fahrkosten, die kein Preisindex ausweist, für den ärmsten Teil der Bevölkerung sind die Folge. Ursache sind die Profitgesetze, die die Kapitalisten, Geschäftsleute usw. in den Städten zusammenballt, Bodenpreise und Mieten in Schwindelhöhen treibt und die arbeitenden Massen vertreibt, vor allem, aber auch die staatliche Wohnpolitik hat kräftig nachgeholfen.

¾ der Fördermittel im Wohnungsbau sind Eigentumsförderung. Dabei handelt es sich um öffentliche Baudarlehen, Bürgschaften, Zuschüsse oder

heimgefallen, sondern wurden in Eigentumswohnungen umgewandelt. Seit 1977 wurde dies noch mehr gefördert. Das Gesetz zur Modernisierung von Wohnungen hat eine ganze Meute von anlagesuchenden Bourgeois in den profitlichen Handel mit Wohnungseigentum gelockt. Beschleunigte Abschreibungen (§82 EStDV), damit er-

rung auch jetzt nicht ab, sondern sie will jetzt einige Hemmnisse für Mieterhöhungen beseitigen. Es ist Tribut an das kapitalistische Eigentum, dem sie verpflichtet ist. Ohne Mieterhöhungen bauen wir nicht, sagen die Versicherungen. Sie sprechen als Kapitalist, für den nie der Gebrauchswert entscheidend ist, sondern immer nur der Wert. und die Verwertung seines Kapitals.



Investitionen steigen noch, Lager schon zu voll

frb. Im ersten Halbjahr sind die Investitionsaufwendungen der Unternehmen für Ausrüstungen und Bauten gegenüber dem entsprechenden Zeitraum 1979 um 13% auf 107 Mrd. gestiegen. Nach Abzug der Preissteigerungen ergibt sich immer noch eine Zunahme von 6,5%. Laut Umfrageergebnissen des Ifo-Institutes vom Frühjahr haben Kapazitätserweiterungen an Bedeutung gewonnen. 37% der befragten Unternehmen nannten Erweiterung der Produktionsanlagen als erstes Ziel ihrer Investitionen in 1980. Dies ist ein Anteil, wie er nur 1969 bis 1971 überschritten war. In der Zeit davor waren noch Rationalisierungsinvestitionen vorherrschend. Die Eigenfinanzierungsquote ist mit 84% immer noch außergewöhnlich hoch: Das Finanzpolster ist dank der Profite in den beiden Jahren zuvor hoch. Scheint so einerseits alles in Blüte, so ist auch von unfreiwilliger Lagerbildung die Rede. Mittelgroße Unternehmen schränken ihre Investitionen ein. Lambsdorff spricht in seinem Nach-Wahl-Bericht von stagnierender Produktion. Sinken die Umsätze, so fehlt das Geld, das für die Rückzahlung der Kredite fest eingeplant war.

Kapitalisten: Keine Kürzung der Forschungsförderung

ulw. Kürzungen im Haushaltsplan für 1980 dürften nicht zu Lasten der Forschungs- und Entwicklungsausgaben gehen, ist der Tenor verschiedener Kommentare und Berichte in ,,Handelsblatt'' und ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung''. Einer Studie des Stiftungsverbandes der Deutschen Wissenschaft zufolge betragen die gesamtwirtschaftlichen Forschungsaufwendungen 1980 32,8 Mrd. DM. 81% der Ausgaben finanzieren die Kapitalisten selber. 10% der Ausgaben würden aus dem Etat des Bundesforschungsministeriums finanziert. Der Anteil der staatlichen Zuschüsse für Forschung und Entwicklung, der an kleinere und mittlere Unternehmen (unter 1000 Beschäftigte) geht, habe sich von 1% 1971 auf 8% 1977 erhöht. Insgesamt haben dadurch die kleineren und mittleren Kapitalisten ihre Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in diesem Zeitraum um 22% jährlich steigern können. Für die gesamte Wirtschaft betrug dieser Prozentsatz 10,7%. Im ,,Blick durch die Wirtschaft'' vom 23.10. wird die Stärkung der indirekten Förderung auch für die großen Monopole gefordert. Indirekte Förderungsmaßnahmen sind z.B. Zuschüsse für Personalkosten für Forschungs- und Entwicklungspersonal und Investitionsförderungen. Bei letzteren beträgt die Förderung für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen 20% für die ersten 500 Tsd. DM, dann 7,5%. Das bedeutet eine überproportionale Förderung kleinerer und mittlererer Kapitalisten. Diese Art der Förderung sollte aber für alle Kapitalisten verstärkt werden, so die Forderung der bürgerlichen Presse. Überhaupt diene die Stärkung der indirekten Förderung der ,,Entbürokratisierung'' der staatlichen Forschungs- und Entwicklungspolitik. Direkte Maßnahmen sind projektgebunden, die Kapitalisten müssen eine genaue Projektbeschreibung einreichen und die Förderung beantragen. Bei indirekten Maßnahmen stehen ihnen für bestimmte Ausgaben aus Forschung und Entwicklung Steuergelder pauschal zu.

1980 dürften nicht zu Lasten der Forschungs- und Entwicklungsausgaben gehen, ist der Tenor verschiedener Kommentare und Berichte in ,,Handelsblatt'' und ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung''. Einer Studie des Stiftungsverbandes der Deutschen Wissenschaft zufolge betragen die gesamtwirtschaftlichen Forschungsaufwendungen 1980 32,8 Mrd. DM. 81% der Ausgaben finanzieren die Kapitalisten selber. 10% der Ausgaben würden aus dem Etat des Bundesforschungsministeriums finanziert. Der Anteil der staatlichen Zuschüsse für Forschung und Entwicklung, der an kleinere und mittlere Unternehmen (unter 1000 Beschäftigte) geht, habe sich von 1% 1971 auf 8% 1977 erhöht. Insgesamt haben dadurch die kleineren und mittleren Kapitalisten ihre Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in diesem Zeitraum um 22% jährlich steigern können. Für die gesamte Wirtschaft betrug dieser Prozentsatz 10,7%. Im ,,Blick durch die Wirtschaft'' vom 23.10. wird die Stärkung der indirekten Förderung auch für die großen Monopole gefordert. Indirekte Förderungsmaßnahmen sind z.B. Zuschüsse für Personalkosten für Forschungs- und Entwicklungspersonal und Investitionsförderungen. Bei letzteren beträgt die Förderung für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen 20% für die ersten 500 Tsd. DM, dann 7,5%. Das bedeutet eine

Kapitalisten planen weiteren Ausbau des Luftfrachtverkehrs

Lärmbelastung wächst ins Unerträgliche / Flughafenausbau soll durchgesetzt werden

dog. Mit den vorhandenen Kapazitäten an Start- und Landebahnen sei der Frankfurter Flughafen nicht in der Lage, Spitzenzeiten im Luftverkehr zu bewältigen. ,,In diesen Zeiten sind Verzögerungen des an- und abfliegenden Verkehrs nicht zu vermeiden. Bei längerer Dauer erreichen sie eine unwirtschaftliche Größe'', klagte die Flughafenleitung des Rhein-Main-Flughafens schon 1979. Seit dem Anfang der 70er Jahre wird sowohl der Ausbau des Frankfurter Flughafens als auch der Flughäfen in München und Hamburg betrieben, ohne daß er bisher in dem für die Kapitalisten notwendigen Umfang durchgesetzt werden konnte. Derweil steigt sowohl der Umfang des Luftverkehrs als auch sein Anteil am gesamten Verkehrsaufkommen.

Nach wie vor ist zwar der Anteil am Verkehrsaufkommen gering, im Personenverkehr liegt er 1979 bei 0,47%, seine Steigerungsrate ist aber stetig. 1975 waren es noch 0,36% der 7,8 Mrd. Personenbeförderungen, die im Luftverkehr abgewickelt wurden. Zugenommen hat insbesondere der Linienverkehr, der zwei Drittel des gesamten Personenverkehrs ausmacht. Um 12% stieg er 1979 auf 15,6 Mio. Beförderungen nach auswärts, um 11% auf 8,8 Mio. in Westdeutschland und Westberlin – Folge der Jagd der Kapitalisten nach Profit im Innern wie auch insbesondere weltweit.

Dagegen nahmen die Gelegenheitsflüge nur um 5,9% auf 11,9 Mio. Beförderungen zu, darunter 9 Mio. Flüge als Pauschalreisen, vor allem nach Spanien. Die Auslastung der Flugzeuge ist nur geringfügig gestiegen wie auch die Flugbewegungen durch den Einsatz von Großraumflugzeugen.

Der Luftfrachtverkehr soll erweitert werden, bestehende Hindernisse beseitigt. Gerade für den Transport hochwertiger oder leichtverderblicher Waren nutzen die Kapitalisten diese schnelle Transportmöglichkeit über große Entfernungen. Seit Jahren liegt der mengenmäßige Anteil der Einfuhren im Luftverkehr bei 0,1% aller Einfuhren, wertmäßig stieg er jedoch von 5,9% 1977 auf 6,8% 1979. Für 3,7 Mrd. DM Maschinenerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse im Wert von 3,2 Mrd. DM, Erzeugnisse der Luftfahrtindustrie für 1,9 Mrd. DM und ebensoviele feinmechanische und optische Erzeugnisse wurden neben Perlen, Edelsteinen und Edelmetallen im Wert von 1,7 Mrd. DM 1979 im Luftverkehr eingeführt.

Um den Warenumschlag zu beschleunigen, sollen nach dem Vorbild des Seeverkehrs Containersysteme eingeführt und die technische Ausrüstung der Flughäfen verbessert werden. Nach einer Studie der IATA (International Air Transport Association, internationaler Luftverkehrsverband, der die Flugpreise festlegt und überwacht) von 1979 beträgt die durchschnittliche Transportzeit einer Luftfrachtsendung sechs Tage und sechs Stunden. Davon entfallen aber lediglich 22% (33 Stunden) auf den tatsächlichen Transport. Während der restlichen Zeit lagert die Fracht an unterschiedlichen Plätzen aus unterschiedlichen Gründen.

Nach dem Ausbau des Frachtzentrums verfügt der Frankfurter Flughafen über eine Jahreskapazität von 1,5 Mio. t. 1979 wurden über Frankfurt 644045 t Frachtgut umgeschlagen, 6,4% mehr als 1978. Weitere 154000 t mußten aber per LKW zu Nachbarflughäfen transportiert werden, damit sie überhaupt an ihren Bestimmungsort kamen. Außerhalb der USA hat der Flughafen in Frankfurt das größte Frachtaufkommen u.a. deswegen, weil die Einschränkungen für Nachtflüge hier weniger streng sind. Von 438 Linienfrachtflügen wurden 1979 232 zwischen 22 und 6 Uhr durchgeführt, pro Stunde im Durchschnitt 19 Starts und Landungen. Tagsüber dagegen 13 in der Stunde. Die auftretenden Lärmbelastungen für die Bevölkerung wurden von der Flughafen AG als unterhalb der gesetzlich festgelegten Grenze angegeben. Die ist aber sowieso so hoch, daß es die Kapitalisten nicht kratzt und die Gesundheit der Bevölkerung ist nichts gegen den Profit, der bei 24stündiger Nutzung der Anlagen realisiert werden kann.

Öffentlicher Personenverkehr

Verkehrszweig	1978 Anzahl	1978 Pers.km	1979 Anzahl	1979 Pers.km	Steigerung in % Anzahl	Steigerung in % Pers.km
Eisenbahn	1049	36798	1088	38344	3,7	4,2
Straßenverkehr (nur Linienverkehr)	5759	37779	5886	38594	2,2	2,2
Luftverkehr	33,2	9898	36,5	10930	9,9	10,4

Anzahl der Personen und der Pers.km in Mio.

Güterverkehr

Verkehrszweig	1978 t	1978 tkm	1979 t	1979 tkm	Steigerung in % t	Steigerung in % tkm
Eisenbahnen	337,1	70863	378,8	81450	12,4	
Fernverkehr LKW	222,2	53894	237,7	57900	7,0	7,4
Binnenschiffahrt	246,3	51489	246,0	50735	–0,1	–1,5
Seeschiffahrt	144,4	–	161,6	–	11,9	–
Luftfahrt	0,596	224	0,630	237	5,8	5,8
Rohrfernleitg.	76,4	13983	87,6	15960	15,7	15,1

t und tkm in Mio. – Die Einheiten tkm (Tonnenkilometer) und Pers.km (Personenkilometer) gelten als Leistungsmesser

Frankreich: Arbeitslosenzahlen erstmals über 1,5 Mio.

pem. Im September '80 sind die Arbeitslosenzahlen in Frankreich zum ersten Mal über 1,5 Mio. angestiegen: 10,8% mehr als im Vormonat und 6,7% mehr als im September '79. Der Arbeitsminister erklärte dazu, daß es sich um einen saisonalen Anstieg handele, da jetzt die Schulabgänger sich arbeitlos melden würden. Tatsächlich macht der Anteil der Schulabgänger an den neu angemeldeten Arbeitslosen nur 96400 aus. Der weitaus größere Teil von 188000 neuen Arbeitslosen setzt sich entweder aus entlassenen Arbeitern oder aus solchen, die nur einen Zeitvertrag hatten, zusammen. Daß es sich nicht um eine saisonale Erscheinung handelt, machen auch folgende Zahlen deutlich: Je 1500 Firmen machten in den vergangenen 3 Monaten pleite, was eine relative Beschleunigung darstellt. Mit 12712 seit dem 1.1.1980 wurde ebenfalls ein neuer Rekord ereicht.

Frankreich: 1968 erkämpfte Rechte über Zentralisierung beseitigt

hth. Die Studenten der Pariser Universität in Vincenne stehen bei ihrer Rückkehr aus den Semesterferien buchstäblich vor einem Trümmerhaufen. Madame Saumier-Segue – Hochschulministerin – hat die meisten Fachbereiche mit Bulldozzern während der Ferien einreißen lassen, die Studenten und Lehrende auf andere Universitäten verteilt, und einige fortschrittliche Hochschullehrer entlassen. Vincenne, gegründet nach dem Mai 1968, war von Revisionisten und linken Sozialdemokraten beherrscht, hat aber auch eine Reihe für die Studenten positiver Projekte entwickelt, insbesondere in der Zusammenarbeit von Lehrenden und Praktikern aus den Industriegewerkschaften.

Der Abbruch hatte symbolischen Charakter. 1968 war den Universitäten erstmals in der französischen Geschichte eine relative Autonomie, insbesondere das Recht auf eigene Universitätsabschlüsse zugestanden worden. Gleichzeitig wurde der Lehrkörper weitgehend der KPF überlassen, die am ehesten noch in der Lage schien, die Studentenbewegung aufzufangen. Die beiden wesentlichen Hebel der Kontrolle: Haushalt und Staatsprüfung – behielt die Regierung freilich in der Hand. Davon ausgehend hat Saumier es ab 1976 verstanden, auch die Lehre zunehmend wieder zu zentralisieren; mit einem neuen Gesetz wurde damals eine ministerielle Genehmigungspflicht für die Kurse der 2. und 3. Studienzeiten eingeführt. Diesen Sommer nun hat Saumier erstmals der Masse der kleinen Provinzuniversitäten die Genehmigung verweigert. Wer dort studiert, kann sein Studium nur noch mit einem D.E.U. (Universitätsdiplom nach zweijährigem Studium) abschließen, nicht mehr mit der licence (nach einem weiteren Studienjahr Maitrise). Betroffen sind vor allem, aber nicht nur, ausländische Studenten, die kaum Chancen haben, nach dem C.E.I. auf eine der großen Universitäten zu wechseln.

Ebenfalls zentralisierend wirkt eine erst wenige Tage vor Semesterbeginn beschlossene Maßnahme der Regierung. Die Finanzierung zusätzlicher Lehrkräfte durch ein spezielles Hilfsprogramm (vergleichbar mit deutschen „Überlastquoten“) wird drastisch beschränkt. Jede Veranstaltung, für die zusätzliche Mittel beantragt werden, muß der Ministerin persönlich mit Titel und Teilnehmerzahlen während der vergangenen Semester gemeldet werden. An der Pariser Sorbonne beispielsweise geht dadurch die Zahl der Zusatzstunden von 46000 auf 32000 zurück, und das während gleichzeitig die Lehrverpflichtung der Assistenten an allen geisteswissenschaftlichen Fakultäten von 5 – 7 auf 15 Wochenstunden gesteigert wurde.

Mitte Juli wurde ein Gesetz beschlossen, das den Professoren in den Fachbereichsräten eine 50prozentige Mehrheit garantiert und sie weitgehend von Verwaltungsarbeiten freistellt. Beides auf Kosten des akademischen Mittelbaus, Reaktion auf dessen zunehmende gewerkschaftliche Organisierung.

Insgesamt geht es der Regierung darum, die Effektivität ihrer Investitionen im Hochschulbereich zu heben. Das französische Hochschulsystem ist von den Abschlüssen her bedeutend differenzierter als das deutsche. Neben den genannten vollwertigen Abschlüssen gibt es noch Kurzstudiengänge, in denen 21% der Abiturienten unterkommen, diverse Doktorabschlüsse sowie die Abschlüsse der Eliteschulen. Regelstudienzeiten gibt es nicht, aber alle Examen darf man seit 1976 nur ein einziges Mal wiederholen. 25% eines Jahrganges machen heute in Frankreich Abitur. Von diesen 25% beginnen 44% ein Hochschulstudium. Dort liegt die Durchfallquote in den Examina bei ca. 50%. In einigen Disziplinen, wie den Geisteswissenschaften, ist es fast die Hälfte der Studenten, die sich zur 1. Staatsprüfung nach 2 Jahren erst gar nicht mehr melden. Schafften 1966 noch 2 von 3 Abiturienten einen Universitätsabschluß, ist es heute nur noch ein Drittel. Diese Zahlen lassen sich zu einem kleineren Teil aus dem Mißverhältnis zwischen Lehre und staatlichen Prüfungen erklären. Hauptursache ist aber zweifellos die miserable Sicherung des Lebensunterhalts der Studenten: Selbst ein dem BAFöG vergleichbares Stipendiemsystem existiert nicht, nur eine Anzahl staatlicher Darlehen, die in der Regel bestenfalls 600 Francs pro Monat einbringen. Der Zwang zur Lohnarbeit ist derart stark, daß der studentische Status praktisch nur noch an einigen Fakultäten in der Wirklichkeit existiert.

Der Vorlesungsbetrieb hat dieses Semester noch nicht begonnen. Eine Demonstration hat bislang in Rennes stattgefunden (600 Teilnehmer). Die in den 60er Jahren starke Studentengewerkschaft UNE renouveau ist mit der Machtübernahme durch die KPF-Studenten zur Bedeutungslosigkeit heruntergewirtschaftet worden. Trotzdem gab es Anfang des Jahres erstmals wieder Universitätsstreiks gegen die Verschärfung der Ausländergesetze. Im November soll über Aktionen gegen das Regierungsprogramm landesweit beraten und beschlossen werden.

Pressekampagne gegen spontane Klinikbesetzung in Göttingen

jam. Die Vorgänge sind bereits in der überregionalen Presse vermeldet worden: In Göttingen ist im Anschluß an das Häuserkämpferfest „Dach überm Kopf“ anläßlich des Jahrestages der Besetzung der ehemaligen Augenklinik am 18.10. die leerstehende Zahnklinik besetzt worden. Noch bevor zusammengezogene Bereitschaftspolizei am Sonntagabend zur Räumung des Gebäudes ansetzte, hatten die auf wenige zusammengeschmolzenen Besetzer einen „taktischen Rückzug“ angetreten. Bei begleitenden spontanen Demonstrationen wurden einige Scheiben von Banken und Kaufhäusern eingeworfen, weil man glaubte, so die Verursacher der Wohnungsnot treffen zu können.

Kein Zweifel besteht, daß diese Aktion schlecht vorbereitet war und wohl auch am falschen Objekt durchgeführt wurde. Das Gebäude war nicht erkundet worden; es ist zum Bewohnen nur begrenzt geeignet. Die Aktion war von der politischen Vorbereitung und praktischen Durchführung her keine Zusammenfassung der Kämpfe gegen die Wohnungsnot, da beim Stand der Dinge nicht alle Faktoren zur Unterstützung des Kampfes mobilisiert werden konnten. Kein Grund besteht allerdings, sich von der Besetzung zu distanzieren. Genau dies meinten allen voran DKP und MSB Spartakus nötig zu haben. Die Besetzung sei eine Provokation und äußerst schädlich, die Besetzer hätten mit den eigentlichen Kräften der Wohnkampfbewegung nichts zu tun. Ins gleiche Horn stießen wenig später die Jusos: Hausbesetzungen hätten „höchstens symbolischen Wert“ – Gewaltfreiheit vorausgesetzt, und der Liberale Hochschulverband: Die „gewaltsamen Ausschreitungen“ seien „aufs schärfste zu verurteilen“, weil sie womöglich die Bevölkerung von der Vermietung an Studenten abhielte. All dies wird von der Presse begierig aufgegriffen und mit in die heftige Kampagne gegen den Wohnungskampf eingewoben.

„Studenten distanzieren sich“, lautete die Überschrift des Göttinger Tageblatts am letzten Donnerstag zu dieser Frage. Kein Tag verging, an dem in der Lokalpresse nicht von verschiedenen Seiten gegen den Wohnungskampf geschossen wurde. Am Dienstag wurde im Göttinger Tageblatt (GT) dem Räumungseinsatzleiter, Polizeidirektor Mogwitz, Gelegenheit gegeben, die Frage zu stellen, „inwieweit man noch Verständnis für die Wohnungsnot der Studenten aufbringen könnte, wenn radikale Elemente Zustände wie in Zürich oder den Niederlanden für Göttingen heraufbeschwören.“ Daraufhin brachte das gleiche Blatt am nächsten Tag gleich eine Untersuchung über das Wohnungsangebot bei der Zimmervermittlung des Studentenwerks. Mit einer Vermieterin wurde festgestellt: „So groß kann die Not nicht sein.“ Wohnungsnot gibt es für diese Herrschaften offenbar erst dann, wenn auch die elendsten Löcher zu den unverschämtesten Mieten reißenden Absatz finden. Doch wie die Verhältnisse auch sind: „Hier sollte der Versuch gemacht werden, die Wohnungsnot umzufunktionieren und einen politischen Kampf in die Universität zu tragen“. So Univizepräsident Söling im GT unter der Überschrift: „Die Universität wird sich in Zukunft nicht mehr erpressen lassen.“

Tatsächlich ist zwischen den Zeilen der Kampagne eine ziemliche Furcht vor größeren politischen Kämpfen um die Wohnungsfrage herauszulesen. Nicht umsonst werden Parallelen zu den „Züricher Verhältnissen“ gezogen. In der Schweiz hat sich eine große Bewegung unter der Jugend, insbesondere unter den Lehrlingen und Schülern herausgebildet, die einen hartnäckigen Kampf gegen die Wohnungsnot und für selbstverwaltete Jugendzentren führt. Auch die Studentenbewegung ist in diesen Kampf hineingezogen worden. Keimformen dieses gemeinsamen Kampfes sind auch in der BRD festzustellen, und mit einiger Überraschung stellt die Presse fest, daß die Hauptbeteiligten auch bei der Göttinger Besetzung Lehrlinge und arbeitslose Jugendliche waren. Die „Franfurter Allgemeine Zeitung“, die den Vorgängen einige Aufmerksamkeit schenkte, spricht am 23.10. in einem Kurzkommentar herablassend von Gymnasiasten, Gammlern und Schlägern.

Die Besetzung in Göttingen hat deutlich gemacht, daß die Lage zu kompliziert ist, um ihr mit einer schnell gemachten Spontanbesetzung beizukommen. Für große Teile der Bevölkerung ist es bereits schwieriger, eine billige Wohnung zu finden als noch vor einem Jahr. Eine tiefgreifende ökonomische Krise zeichnet sich ab, die gerade die Bauwirtschaft schon in ziemlichem Ausmaß ergriffen hat. Die Wohnungspolitik werde mit zum wichtigsten wirtschaftpolitischen Thema der Koalitionsverhandlungen der neuen Bundesregierung gehören, meldet am Freitag die FAZ. Den Prinzipien der freien Marktwirtschaft soll auch auf dem Wohnungsmarkt wieder Geltung verschafft werden. Die FDP spricht von Lockerung des Mieterschutzes, d.h. mit der Absicht, dem Vermieter wieder zu „besserer Rendite“ zu verhelfen. Die Koalition will der „Fehlbelegung“ von Sozialwohnungen mit einer „Fehlbelegungsabgabe“ zu Leibe rücken. Die Lohnabhängigen sollen offenbar zugunsten der Wohnungskapitalisten in noch größerem Ausmaß geschröpft werden. In einer solchen Lage sind selbständige Bewegungen in der Wohnungsfrage für die Bourgeoisie äußerst störend, können jedoch die Unterstützung insbesondere der Lohnabhängigen finden. Der Boden ist günstig für gut vorbereitete Hausbesetzungen.



Göttingen, 18.10.80. Teilnehmer des Festes „Dach überm Kopf“ stellen ein observierendes Polizeifahrzeug auf die Seite. Die herbeigeholte Verstärkung ging mit Hunden gegen die Jugendlichen vor.

lisieren; mit einem neuen Gesetz wurde damals eine ministerielle Genehmigungspflicht für die Kurse der 2. und 3. Studienzeiten eingeführt. Diesen Sommer nun hat Saumier erstmals der Masse der kleinen Provinzuniversitäten die Genehmigung verweigert. Wer dort studiert, kann sein Studium nur noch mit einem D.E.U. (Universitätsdiplom nach zweijährigem Studium) abschließen, nicht mehr mit der licence (nach einem weiteren Studienjahr Maitrise). Betroffen sind vor allem, aber nicht nur, ausländische Studenten, die kaum Chancen haben, nach dem C.E.I. auf eine der großen Universitäten zu wechseln.

Ebenfalls zentralisierend wirkt eine erst wenige Tage vor Semesterbeginn beschlossene Maßnahme der Regierung. Die Finanzierung zusätzlicher Lehrkräfte durch ein spezielles Hilfsprogramm (vergleichbar mit deutschen „Überlastquoten“) wird drastisch beschränkt. Jede Veranstaltung, für die zusätzliche Mittel beantragt werden, muß der Ministerin persönlich mit Titel und Teilnehmerzahlen während der vergangenen Semester gemeldet werden. An der Pariser Sorbonne beispielsweise geht dadurch die Zahl der Zusatzstunden von 46000 auf 32000 zurück, und das während gleich-

gar nicht mehr melden. Schafften 1966 noch 2 von 3 Abiturienten einen Universitätsabschluß, ist es heute nur noch ein Drittel. Diese Zahlen lassen sich zu einem kleineren Teil aus dem Mißverhältnis zwischen Lehre und staatlichen Prüfungen erklären. Hauptursache ist aber zweifellos die miserable Sicherung des Lebensunterhalts der Studenten: Selbst ein dem BAFöG vergleichbares Stipendiemsystem existiert nicht, nur eine Anzahl staatlicher Darlehen, die in der Regel bestenfalls 600 Francs pro Monat einbringen. Der Zwang zur Lohnarbeit ist derart stark, daß der studentische Status praktisch nur noch an einigen Fakultäten in der Wirklichkeit existiert.

Der Vorlesungsbetrieb hat dieses Semester noch nicht begonnen. Eine Demonstration hat bislang in Rennes stattgefunden (600 Teilnehmer). Die in den 60er Jahren starke Studentengewerkschaft UNE renouveau ist mit der Machtübernahme durch die KPF-Studenten zur Bedeutungslosigkeit heruntergewirtschaftet worden. Trotzdem gab es Anfang des Jahres erstmals wieder Universitätsstreiks gegen die Verschärfung der Ausländergesetze. Im November soll über Aktionen gegen das Regierungsprogramm landesweit beraten und beschlossen werden.

voran DKP und MSB Spartakus nötig zu haben. Die Besetzung sei eine Provokation und äußerst schädlich, die Besetzer hätten mit den eigentlichen Kräften der Wohnkampfbewegung nichts zu tun. Ins gleiche Horn stießen wenig später die Jusos: Hausbesetzungen hätten „höchstens symbolischen Wert“ – Gewaltfreiheit vorausgesetzt, und der Liberale Hochschulverband: Die „gewaltsamen Ausschreitungen“ seien „aufs schärfste zu verurteilen“, weil sie womöglich die Bevölkerung von der Vermietung an Studenten abhielte. All dies wird von der Presse begierig aufgegriffen und mit in die heftige Kampagne gegen den Wohnungskampf eingewoben.

„Studenten distanzieren sich“, lautete die Überschrift des Göttinger Tageblatts am letzten Donnerstag zu dieser Frage. Kein Tag verging, an dem in der Lokalpresse nicht von verschiedenen Seiten gegen den Wohnungskampf geschossen wurde. Am Dienstag wurde im Göttinger Tageblatt (GT) dem Räumungseinsatzleiter, Polizeidirektor Mogwitz, Gelegenheit gegeben, die Frage zu stellen, „inwieweit man noch Verständnis für die Wohnungsnot der Studenten aufbringen könnte, wenn radikale Elemente Zustände wie in Zürich oder den Niederlanden für Göttin-

wegung ist in diesen Kampf hineingezogen worden. Keimformen dieses gemeinsamen Kampfes sind auch in der BRD festzustellen, und mit einiger Überraschung stellt die Presse fest, daß die Hauptbeteiligten auch bei der Göttinger Besetzung Lehrlinge und arbeitslose Jugendliche waren. Die „Franfur-

geschröpft werden. In einer solchen Lage sind selbständige Bewegungen in der Wohnungsfrage für die Bourgeoisie äußerst störend, können jedoch die Unterstützung insbesondere der Lohnabhängigen finden. Der Boden ist günstig für gut vorbereitete Hausbesetzungen.



Göttingen, 18.10.80. Teilnehmer des Festes „Dach überm Kopf“ stellen ein observierendes Polizeifahrzeug auf die Seite. Die herbeigeholte Verstärkung ging mit Hunden gegen die Jugendlichen vor.

Rocky Horror Show

Demonstration am 22.11. in Stuttgart
Für gesetzliche Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft

Rocky Horror Show

dos. Noch einmal soll die erfolgreichste Monstershow – 7 Jahre nach der Londoner Uraufführung – erneut ihren Produzenten die Kasse füllen: die „Super-Light-Music-Rock-Pop-Show“ tingelt 11 Wochen und knapp 100 Veranstaltungen lang durch 29 Städte Westdeutschlands und Westberlin. Nach Abflauen der Filmwelle nun wieder als Bühnenshow. 7 Mio. DM brachte die Filmversion dem Verleiher. 300000 LPs wurden abgesetzt.

Die Story des Stücks ist kurz folgende: Eröffnungsszene: eine echt amerikanische Kitschhochzeit. Dann: ein einem Lore-Roman entstiegenes Pärchen – sie blondgelockt, leerer Blick, Zahnpastalächeln; er männlich und voll Verantwortungsbewußtsein – soeben durch den traditionellen Brautstraußwurf zum nächsten Brautpaar gekürt, fährt ganz happy ins Wochenende. Im finsteren Wald verfahren sie sich, das Auto streikt. Nebel, Regen, das Abenteuer bahnt sich an. Auf der Suche nach Hilfe geraten sie in ein altes Schloß und damit mitten ins Fest der Transsylvanier, zu dem Frank'n Furter, Herr dieser Gesellschaft, geladen hat anläßlich der Geburt seines selbstgebastelten Sexspielzeugs Rocky: dumm, blond, ein Muster von männlicher Bodybuildingfigur.

Nach verschiedenen Störungen der Feier durch Eddie, einen Rockstar, der alle mit seiner Musik fesselt, nach Liebeleien zwischen Rocky und Janet, dem Traumpaarmädchen und einem Festmahl, bei dem Frank'n Furter den nichtsahnenden Gästen den von ihm erschlagenen Eddie servieren läßt, stellt sich sein bis dahin getreuer Diener Riff Raff als eigentlicher Herr dieses Transsylvanischen Kongresses heraus – ein Wesen von einem anderen Stern. Er erschlägt Frank'n Furter und entführt die ganze Gesellschaft in die „transsexuelle Galaxie von Transsylvanien“, nur das Pärchen bleibt zurück.

Soweit, so belanglos.

Was die Faszination dieses Films bzw. der Show ausmacht, ist, daß sie von A bis Z eine glänzend gemachte Parodie auf herrschende Moralklischees von Gut und Böse ist. Angefangen vom Heile-Welt-Pärchen, das alle herkömmliche spießige Moral verkörpert und meist im von billigen Schlagern gewohnten Liebesduett ertönt, sie hoher Sopran, er Baß, sentimentale Harmonien à la Lovestory, Geigenschmalz mit schnulzigem Hintergrundchor und das volle Orchester.

Dagegen der „Held“ der Story, Frank'n Furter, Transvestit und dem Namen nach Mischung aus Frankenstein und Frankfurter Würstchen. Er baut sich einen Betthasen nach Maß – sozusagen das Extrem an Outsider-Traumpaar. Mit Transsylvanien kommt der Rock-Rythmus, in die lahme Idylle kommt endlich Schwung. Aus wohlklingenden Geigenläufen werden gehämmerte Klavierakkorde, pfeifende Gitarrensoli. Die Stimmen brüllen und kreischen.

Die Outsiderszene ist selbst durchgängig Parodie herrschender Klischees der Trivialliteratur. Von Frankensteins Monster, das unter Blitzen aus dem Wasser steigt, Science Fiction, verkörpert durch Riff Raff mit Laserpistole und „Transsexueller Galaxie“, Westernschaukämpfen, Rockermilieu und dem Erzähler der E.A. Poe-Stories muß alles ran, was gut und teuer ist.

Musikalisch genauso: Frank'n Furter besingt seine Menschenerschaffung im Rezitativstil barocker Oratorien und endet die Schöpfungsszene mit dem Hochzeitsmarsch aus Mendelsohns Sommernachtstraum. Zum Auftritt des deutschen Wissenschaftlers Dr. Scott gemäßigter Rock, aufbereitet nach Tanzkapellenmanier mit Drehorgelklängen als Einlage. Bläserfanfaren, wie aus Robin-Hood-Filmen bekannt zur Eröffnung von Ritterturnieren, hier als Auftakt zum Höhepunkt des Genußfestivals; Lovestory-Harmonien begleiten den Aufbruch in die „transsexuelle Galaxie“.

Gekonnt gemachte Satire auf sämtliche wichtigen Trivialmythen der herrschenden Moralklischees und ein riesiger Gag – das ist die Rocky Horror Picture Show. Völlig unangebracht ist die Arroganz der „Tip“-Schreiber (Westberliner Programmzeitschrift), die die Show zu einer Sache für geistig Minderbemittelte drehen – Zitat: „Schon die Vorschul-Teenager betrügen ihren Teddybär mittlerweile mit diesem Zwittertyp ... dem schwarzlockigen Transvestiten“. Es macht ganz einfach Spaß, und man kann einen Abend lang lachen über die Popanze der Spießermoral. Insofern kann man gut verstehen, daß viele Jugendliche den Film öden Diskotheken, die im übrigen mindestens so teuer sind, vorziehen – zumal seit Mitspielen üblich ist.

Demonstration am 22.11. in Stuttgart

Für gesetzliche Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft

hue. 1977 demonstrierten an die 30000 Studenten in Stuttgart gegen die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft (VS). Die Streikfront stand damals aber nicht einheitlich im ganzen Land, und es hat deshalb nicht hingereicht, um die Filbinger-Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Anfangs hatte die Studentenbewegung einige Schwierigkeiten, auf die neue Lage mit einer richtigen Taktik zu antworten. Vielerorts wurden zunächst die Wahlen zu den neuen Senatsasten boykottiert. Dadurch konnten rechte Studentengruppen in einigen Senatsasten Mehrheiten gewinnen. Bei den Wahlen im Sommersemester 1980 wurde nun nirgendwo mehr boykottiert und die beiden letzten rechten Senatsasten in Ulm und Heidelberg konnten gekippt werden.

Die Senatsastawahlen 1980 markieren ein Scheitern des Kalküls der CDU, in Gestalt des Senatsasta ein Organ zu präsentieren, das immer noch als demokratisch legitimierte Studentenvertretung *erscheint*, obwohl in Wahrheit sämtliche Vertretungsrechte der Studenten kassiert wurden. Getreu dem Kurs der Mutterpartei versuchten es die CDU-Studenten zunächst überall mit der Argumentation: So schlecht ist das LHG nun auch wieder nicht. Man muß halt damit leben. Wenn man den Rektor nicht ständig öffentlich beleidigt, wird er die Senatsasta-Mitglieder auch nicht allzusehr behindern. Sie sind damit vollständig unglaubwürdig geworden. Politisch in die Defensive geraten, sah sich der RCDS bald zum Umdenken genötigt. Im Sommersemester 1980 brachte er eine Broschüre heraus mit dem Titel: „Für die Verfaßte Studentenschaft“. Sie enthält einen Gesetzentwurf, der eine Mixtur aus dem jetzigen Rechtszustand und dem von vor 1977 darstellt. Auch Wissenschaftsminister Engler denkt jetzt laut darüber nach, ob es nicht besser sei, bei der ohnehin anstehenden LHG-Novelle die VS in eingeschränkter Form wiedereinzuführen. Anders CDU-Franktionschef Erwin Teufel: Ihm gilt die Abschaffung der VS nach wie vor als erfolgreich, da seither an den Universtitäten relative Ruhe eingekehrt sei.

In dieser Lage ist es unbedingt zu begrüßen, daß sich die 24 auf der Landesastenkonferenz am 10.10. anwesenden ASten und USten auf einen gemeinsamen Aufruf zu einer Demonstration der baden-württembergischen Studentenschaften am 22.11., dem 3. Jahrestag der LHG-Verabschiedung, geeinigt haben. Wenn jetzt der nötige Nachdruck dahinter gesetzt wird, bestehen durchaus Aussichten, der Landesregierung und der CDU-Landtagsfraktion einige Zugeständnisse in Hinblick auf die Vertretungsrechte der Studenten abzuringen. Wegen der gemäß Bundesratsbeschluß notwendigen Streichung der Zwangsexmatrikulation, müssen die Landeshochschulgesetze jetzt sowieso novelliert werden.

Im Aufruf der Landesastenkonferenz ist als Hauptlosung vorangestellt: „Ziel für uns ist eine studentische Interessenvertretung durch eine unabhängige Verfaßte Studentenschaft mit politischem und imperativem Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie, deren gesetzliche Verankerung wir anstreben.“ Darum wird es bei der Demonstration auch im wesentlichen gehen.

Nach der Wahl wird zur Kasse gebeten

Preiserhöhungen bei Hamburger Versorgungsunternehmen

cld. Das endgültige amtliche Wahlergebnis war noch nicht veröffentlicht, da kündigten sämtliche Hamburger Versorgungsunternehmen drastische Preiserhöhungen für nächstes Jahr an. Die HEW wollen ihre Preise um 16%, die Wasserwerke um 7.7%, die Gaswerke um 10% und der HVV um ca. 10% erhöhen. Alle Unternehmen hatten ihre Preise in diesem Jahr schon einmal um 5 bis 9% angehoben. Bei diesen Unternehmen handelt es sich um Monopolunternehmen, die mit ihren Waren und Leistungen für Hamburg ohne Konkurrenz sind. Weil es sich um Monopolunternehmen handelt, die, wie z.B. die HEW, das Monopol auf die Stromversorgung in Hamburg staatlich garantiert bekommen haben, unterliegen ihre Preise der staatlichen Kontrolle, und Preiserhöhungen bedürfen der Zustimmung der Bürgerschaft. Diese Sorte der Preiskontrolle führt nicht zu billigem Strom, Gas, Wasser etc. Umgekehrt, die Preise für Strom z.B. sind seit 1974 wesentlich schneller gestiegen als alle anderen. Sie wurden, einschließlich der Preiserhöhung von Juli dieses Jahres, um 57% erhöht. Zum Vergleich: Der Index der industriellen Erzeugerpreise in der BRD weist im gleichen Zeitraum eine Steigerung von ca. 31% aus. Nebenbei bemerkt kann hier jeder an seinem Geldbeutel überprüfen, worauf die Forderung der DKP nach Preisstop und staatlicher Preiskontrolle hinausläuft.

Niedrige Strompreise senken das konstante Kapital und die Profitrate erhöht sich. Das fällt um so mehr ins Gewicht, desto höher die notwendigen Ausgaben für Strom sind, wie z.B. bei HAW und HSW, die gleichzeitig die größten Abnehmer der HEW sind. Ihnen zu niedrigen Strompreisen zu verhelfen, die über hohe Preise bei den Massen finanziert werden, setzt das Finanzkapital den Senat, den es über die Staatsschuld in der Hand hat, und seine Vertreter im Aufsichtsrat in Bewegung. Im Aufsichtsrat der HEW sitzen u.a.: Hans Fahning, Direktor der Hamburgischen Landesbank, die wiederum an HSW beteiligt ist; Dürr, Vorstandsvorsitzender der AEG; Plettner, Vorstandsvorsitzender von Siemens; Reckel, Vorstandsmitglied der Commerzbank.

Die Preise sind aber nicht für alle Verbraucher gleich gestiegen. Die Monopolstellung der HEW ermöglicht ihr eine gewaltige Plünderung der Massen über den Strompreis, um den Kapitalisten mit billigem Strom Konkurrenzvorteile zu verschaffen. Zahlen Normalverbraucher heute für die Kilowattstunde (kWh) einschließlich Grund- und Arbeitspreis etwa 20 Pf. (nach der geplanten Erhöhung ca. 23 Pf.), so bekommen die großen Kapitalisten wie HSW oder HAW den Strom zu einem Spottpreis von 4,9 bzw. 2,1 Pf. Der Durchschnittspreis liegt bei der HEW gegenwärtig bei ca. 9 Pf. Zu diesem Preis beziehen die meisten anderen Sondervertragskunden ihren Strom.

Neben der wachsenden Bezahlung der Stromkosten der Kapitalisten durch die Massen (siehe auch die Tabelle) soll die neuerliche Preiserhöhung bei der HEW der Bezahlung der Kosten für das abenteuerliche Kernkraftwerksprogramm der Bourgeoisie dienen. In der Begründung für die Preiserhöhung machen die Kosten für das nicht in Gang kommende KKW Brunsbüttel an die 50 Mio. DM aus.
In der Beratung in den Gewerkschaften über die Forderungen in der anstehenden Tarifrunde müssen diese Erhöhungen der Versorgungsunternehmen um ca. 10 bis 15% mit einbezogen werden, will man nicht gleich nach Abschluß der neuen Tarife empfindliche Einbußen hinnehmen.

Entwicklung des Umsatzes und des Stromverkaufes bei der HEW

	1977	1978	1979
Umsatz (Mio. DM)	1486	1553 (+4,3%)	1629 (+4,9%)
Stromverk. (Mio. kWh)	11880	12022 (+1,2%)	12568 (+4,5%)
davon u.a. Sondervertr.-kunden	5976	6390 (+6,4%)	6723 (+5,7%)
Tarifkunden	3641	3833 (+5,3%)	3952 (+3,1%)

Umsatz (Mio. DM) 1486 1553 (+4,3%) 1629 (+4,9%)
Stromverk. (Mio. kWh) 11880 12022 (+1,2%) 12568 (+4,5%)
davon u.a. Sondervertr.-kunden 5976 6390 (+6,4%) 6723 (+5,7%)
Tarifkunden 3641 3833 (+5,3%) 3952 (+3,1%)

Hemmungsloser Raubbau am Grundwasser
Industrieansiedlung Brunsbüttel

wiv. Anfang Oktober wurde öffentlich bekannt, daß in den Dörfern rund um das Wasserwerk Wacken (16 km nordöstlich von Brunsbüttel) die Haus- und Weidebrunnen kein Wasser mehr lieferten, daß erste Verkarstungserscheinungen zu beobachten sind und einige Landwirte bereits sinkende Ernteerträge zu verzeichnen hatten. Das Wasserwerk Wacken ist vor gut 3 Jahren eröffnet worden, eigens gebaut für den Wasserbedarf der Chemiekonzerne im Industriegebiet um Brunsbüttel. Die letzten beiden Jahre hatte das Wasserwerk jährlich 5 bis 6 Mio. m³ Grundwasser gefördert.

ein deutliches Absinken des Grundwasserspiegels gemessen wurde, werden nach wie vor über 5 Mio. m³ pro Jahr gefördert. Das geologische Landesamt hatte bei der Planung des Wasserwerkes Wacken eine Entnahme von 2 bis 3 Mio. m³/Jahr ohne Senkungsgefahr für den Grundwasserspiegel veranschlagt, ,,Gutachter'' des Bayer-Konzerns hingegen 5 bis 6. Es ist nicht die Frage, wie Gerd Wasmud im NDR meinte, ,,ob sich die schleswig-holsteinische Landesregierung über die Empfehlungen ihrer eigenen Experten hinweggesetzt hat und lieber den Experten des Hauptabnehmers des Grundwassers geglaubt hat''. Sie hat es getan und

AG (NWK) gegen die Interessen der 5800 Einwender schützen. Damals hatten die Bauern u.a. Grundbrüche, Grundwasserabsenkungen und Grundwasserverschmutzung als Folgen vorhergesagt, weil sie ihr Land kennen. Und sie hatten durch den Vorsitzenden des Steinburger Kreisbauernverbandes Schutzforderungen gegenüber der KKW Brokdorf GmbH aufgestellt. Das Verfahren wurde zugunsten der KKW Brokdorf GmbH entschieden, ebenso wie der Antrag der Bayer AG auf Errichtung einer 100 ha großen und 20 m hohen Chemiemülldeponie bei Ecklak positiv entschieden wurde.

1977 1978 1979
Umsatz (Mio. DM) 1486 1553 (+4,3%) 1629 (+4,9%)
Stromverk. (Mio. kWh) 11880 12022 (+1,2%) 12568 (+4,5%)
davon u.a. Sondervertr.-kunden 5976 6390 (+6,4%) 6723 (+5,7%)
Tarifkunden 3641 3833 (+5,3%) 3952 (+3,1%)

nicht in Gang kommende KKW Brunsbüttel an die 50 Mio. DM aus.
In der Beratung in den Gewerkschaften über die Forderungen in der anstehenden Tarifrunde müssen diese Erhöhungen der Versorgungsunternehmen um ca. 10 bis 15% mit einbezogen werden, will man nicht gleich nach Abschluß der neuen Tarife empfindliche Einbußen hinnehmen.

Hemmungsloser Raubbau am Grundwasser

Industrieansiedlung Brunsbüttel

wiv. Anfang Oktober wurde öffentlich bekannt, daß in den Dörfern rund um das Wasserwerk Wacken (16 km nordöstlich von Brunsbüttel) die Haus- und Weidebrunnen kein Wasser mehr lieferten, daß erste Verkarstungserscheinungen zu beobachten sind und einige Landwirte bereits sinkende Ernteerträge zu verzeichnen hatten. Das Wasserwerk Wacken ist vor gut 3 Jahren eröffnet worden, eigens gebaut für den Wasserbedarf der Chemiekonzerne im Industriegebiet um Brunsbüttel. Die letzten beiden Jahre hatte das Wasserwerk jährlich 5 bis 6 Mio. m³ Grundwasser gefördert.

Der hemmungslose Raubbau am Grundwasser ist von der Landesregierung unter Federführung des Landwirtschaftsministeriums ganz bewußt betrieben worden, um den schnellen Ausbau der Chemieindustrie und damit die Profite der Bayer, VEBA und Schelde-Chemie zu sichern. Während aus Vermerken der Staatskanzlei deutlich wurde, daß bereits seit Mai 1978 ein deutliches Absinken des Grundwasserspiegels gemessen wurde, werden nach wie vor über 5 Mio. m³ pro Jahr gefördert. Das geologische Landesamt hatte bei der Planung des Wasserwerkes Wacken eine Entnahme von 2 bis 3 Mio. m³/Jahr ohne Senkungsgefahr für den Grundwasserspiegel veranschlagt, ,,Gutachter'' des Bayer-Konzerns hingegen 5 bis 6. Es ist nicht die Frage, wie Gerd Wasmud im NDR meinte, ,,ob sich die schleswig-holsteinische Landesregierung über die Empfehlungen ihrer eigenen Experten hinweggesetzt hat und lieber den Experten des Hauptabnehmers des Grundwassers geglaubt hat''. Sie *hat* es getan und das schon immer.

Beim wasserrechtlichen Erörterungstermin zum Bau des geplanten KKW Brokdorf vom 8.-16.3.76, der ebenfalls unter Federführung des Landwirtschaftsministeriums und des Amtes für Land- und Wasserwirtschaft stattfand, mußten 300 Polizisten die Interessen der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK) gegen die Interessen der 5800 Einwender schützen. Damals hatten die Bauern u.a. Grundbrüche, Grundwasserabsenkungen und Grundwasserverschmutzung als Folgen vorhergesagt, weil sie ihr Land kennen. Und sie hatten durch den Vorsitzenden des Steinburger Kreisbauernverbandes Schutzforderungen gegenüber der KKW Brokdorf GmbH aufgestellt. Das Verfahren wurde zugunsten der KKW Brokdorf GmbH entschieden, ebenso wie der Antrag der Bayer AG auf Errichtung einer 100 ha großen und 20 m hohen Chemiemülldeponie bei Ecklak positiv entschieden wurde. Dagegen hatten vor allem die Deich- und Sielverbände der Bauern den Kampf geführt. Es ist klar, daß die Landesregierung auf ihrem Kurs weiterfahren will: Billiges und sauberes Grundwasser und billigen Strom aus dem geplanten KKW Brokdorf für die Profite der Chemiekonzerne. Aber ebenso klar ist verstärkter Kampf gegen diese Maßnahmen und Absichten.



Die Beschäftigten arbeiten – die Prominenz feiert

Neueröffnung von Karstadt-Mönckebergstraße

Auf ganz unterschiedliche Weise begingen die Beschäftigten einerseits und die Konzernspitze samt Anhang und Hamburger Prominenz andererseits die Neueröffnung der Filiale Mönckebergstraße.

Bis einen Tag vor der Eröffnung waren die Arbeiter noch mit der Einrichtung des Ladens beschäftigt. In den Stauräumen, Gängen und Zwischenlagern stand die Ware, so daß man sich kaum bewegen konnte. Fluchtwege und Feuerschutztüren waren zugestellt. Ein schneller Krankentransport wäre in dem großen Haus nicht mehr möglich gewesen. Dienstag war das Haus für den öffentlichen Verkauf geschlossen, die meisten Beschäftigten mußten eine Stunde früher kommen und den Laden für Hamburgs bessere Gesellschaft und den Firmenvorstand zur Besichtigung herrichten. Ab 17 Uhr war dann bis lange nach Ladenschlußzeit Besichtigung, Modenschau und Verkauf für Bürgermeister Hans Ulrich Klose, Bundesbankpräsident Klasen und Konsorten. In der Lebensmittelabteilung war extra für die Besichtigung Brot ausgestellt worden, das nachher kistenweise weggeschmissen wurde.

Um Abendbrot und -trunk brauchten sich die Herren und Damen nicht zu sorgen. Nach den Reden von Vorstand und Bürgermeister dauerte das Festgelage bis weit nach Mitternacht. Um drei Uhr sollen die letzten aus dem Haus gewankt sein. Für diese Feier mußten eine ganze Reihe von Beschäftigten länger arbeiten, zum Teil bis Mitternacht.

Am Mittwoch waren für den Eröffnungsverkauf Kollegen aus anderen Filialen abgezogen worden. Teilzeitkräfte waren gedrängt ganztägig zu arbeiten. Verkäufern, die am Mittwoch frei hatten, wurde nahegelegt, den freien Tag auf November zu verschieben: Eine 47 Stunden-Woche ohne Zuschläge!

Der ganze Eröffnungsrummel hatte nur einen Zweck: Dem Karstadt-Konzern einen gehörigen Extraprofit zu verschaffen. Verdoppelt sich der Umsatz in der Eröffnungswoche, macht Karstadt mehr als den doppelten Profit, denn Löhne und feste Kosten erhöhen sich nur unwesentlich. Für die Beschäftigten war die Eröffnung ein großer Stress. Solch ein Verschleiß der Arbeitskraft läßt sich auch nicht durch ein gratis Mittagessen und ein paar Mark mehr Prämie bei einem Teil der Verkäufer ausgleichen.

Frech berichtet die Morgenpost über die Eröffnung. Der 9½ Stunden Arbeitstag soll für sie ein Feiertag gewesen sein. Auch weiß die Mopo zu berichten, daß Bürgermeister Klose ,,sich mit den Mitarbeitern über das vergrößerte Warenangebot dieses Hauses'' freue. Woher die Morgenpost diese interessante Information hat, blieb den Beschäftigten bisher ein Rätsel.

Die Gewerkschaft HBV hat in Zusammenhang mit der Aktion ,,Kaufabende stehlen Feierabende'' dazu aufgerufen, Ausnahmeregelungen zum Ladenschlußgesetz nur noch in begründeten Ausnahmefällen zuzulassen und die Durchsetzung der 40 Stunden in jeder Woche als Schritt für die weitere Arbeitszeitverkürzung gefordert. Man muß sich überlegen, ob man sich auf Sonderregelungen der Arbeitszeit anläßlich von Jubiläums-, Eröffnungs- und Schlußverkäufen, die über 40 Stunden in einer Woche hinausgehen, überhaupt noch einläßt. Auf ,,Feiertage'' wie den in der vergangenen Woche können die Beschäftigten jedenfalls verzichten!

Bis einen Tag vor der Eröffnung waren die Arbeiter noch mit der Einrichtung des Ladens beschäftigt. In den Stauräumen, Gängen und Zwischenlagern stand die Ware, so daß man sich kaum bewegen konnte. Fluchtwege und Feuerschutztüren waren zugestellt. Ein schneller Krankentransport wäre in dem großen Haus nicht mehr möglich gewesen. Dienstag war das Haus für den öffentlichen Verkauf geschlossen, die meisten Beschäftigten mußten eine Stunde früher kommen und den Laden für Hamburgs bessere Gesellschaft und den Firmenvorstand zur Besichtigung herrichten. Ab 17 Uhr war dann bis lange nach Ladenschlußzeit Besichtigung, Modenschau und Verkauf für Bürgermeister Hans Ulrich Klose, Bundesbankpräsident Klasen und Konsorten. In der Lebensmittelabteilung war extra für die Besichtigung Brot ausgestellt worden, das nachher kistenweise weggeschmissen wurde.

Um Abendbrot und -trunk brauchten sich die Herren und Damen nicht zu sorgen. Nach den Reden von Vorstand und Bürgermeister dauerte das Festgelage bis weit nach Mitternacht.

zu verschaffen. Verdoppelt sich der Umsatz in der Eröffnungswoche, macht Karstadt mehr als den doppelten Profit, denn Löhne und feste Kosten erhöhen sich nur unwesentlich. Für die Beschäftigten war die Eröffnung ein großer Stress. Solch ein Verschleiß der Arbeitskraft läßt sich auch nicht durch ein gratis Mittagessen und ein paar Mark mehr Prämie bei einem Teil der Verkäufer ausgleichen.

Frech berichtet die Morgenpost über die Eröffnung. Der 9½ Stunden Arbeitstag soll für sie ein Feiertag gewesen sein. Auch weiß die Mopo zu berichten, daß Bürgermeister Klose ,,sich mit den Mitarbeitern über das vergrößerte Warenangebot dieses Hauses'' freue. Woher die Morgenpost diese interessante Information hat, blieb den Beschäftigten bisher ein Rätsel.

Die Gewerkschaft HBV hat in Zusammenhang mit der Aktion ,,Kaufabende stehlen Feierabende'' dazu aufgerufen, Ausnahmeregelungen zum Ladenschlußgesetz nur noch in begründeten Ausnahmefällen zuzulassen und die Durchsetzung der 40 Stunden in jeder Woche als Schritt für die wei-

Aktionen gegen Bundeswehrjahrestag

ang. 1000 Rekruten will die Bundeswehrführung am 12.11.80, einen Tag nach dem 25. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr, in Schleswig auf dem Norderfeld vereidigen. Vorbereitet wird der Jahrestag durch Artikel und Interviews in den Kieler Nachrichten, alle unter dem Tenor: Wie kann die Nordflanke der NATO verteidigt werden? NATO und Bundeswehr als Instrumente zum Schutz der Völker gegen die Aggressionsabsichten der Sowjetunion – das ist die Propagandalinie, die eingeschlagen wird. – Ein Aktionsbündnis ruft zu Demonstration und Kundgebung gegen die Vereidigung in Schleswig auf. Geplant ist die Herausgabe einer Dokumentation über die Geschichte des Widerstandes gegen die Remilitarisierung in Schleswig-Holstein. Am 11.11. selber führen Fachschaftsgruppen der Kieler Universität ein ,,Anti-Kriegsseminar'' durch. Behandelt werden die Themen: Was ist Imperialismus? Was sind die Ursachen des imperialistischen Krieges? Die Rolle der beiden Supermächte und der BRD in der Vorbereitung des 3. Weltkrieges. Die Völker der 3. Welt – wesentlicher Faktor zur Verzögerung des Krieges. Was sind die Schwerpunkte im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen? Zur Vorbereitung des Seminars wird ein Materialblatt herausgegeben. Der AStA ist aufgefordert, das Seminar mit zu unterstützen.

Landesverband der Krabbenfischer Schleswig-Holsteins gegründet

jöf. Drei der vier örtlichen Krabbenerzeugergemeinschaften haben sich zusammengeschlossen zu einer Landesvereinigung. Dieser Schritt ist die Frucht der Kampfmaßnahmen vom August gegen ruinös niedrige Abnahmepreise. Die Satzung regelt verbindliche Fangbeschränkungen, Erzeugungs- und Qualitätsregeln. Die Übergangshilfen des Bundes als Ausgleich für Stilliegezeiten müssen jetzt gezahlt werden. Landeszuschüsse können nur noch Mitglieder der Vereinigung erhalten. Aus Preisgarantien hat sich die Landesregierung herausgehalten. Separat mit den Vermarktern wurden 2 DM pro Kilo Mindestpreis festgelegt.

Akademische Senatssitzung: Der Kampf geht weiter

cab. Anläßlich der am Donnerstag stattgefundenen Akademischen Senatssitzung gelang es den anwesenden Studenten, etwa eineinhalb Stunden mit Fischer-Appelt und einigen anderen dringliche Forderungen der Hamburger Studentenbewegung unter dem Thema ,,Zur Lage an der Uni'' zu verhandeln. Erst gegen 16 h konnte der vorgesehene Turnus begonnen werden. Im Mittelpunkt der Debatte standen die Themenkomplexe ,,Studentischer Wohnraum'', ,,Stop der ‚Studienreform' von oben'', und auch die geplante Stellenverlagerung von Hochschulpersonal wurde an einigen Stellen angesprochen. Fischer-Appelt bekundete sein hinlänglich bekanntes ,,Interesse'' an der Lösung vorhandener ,,Mißstände'' und bedauerte, daß Sofortlösungen nicht immer möglich seien. Der AStA beharrte auf seiner Forderung nach sofortiger Einrichtung von 150 Professorenstellen und entsprechenden Assistenten- und Lehrbeauftragtenstellen. Auf der Uni-VV soll eine Resolution zur Überfüllung der Fachbereiche und eine zur Wohnraumnot der Studenten vorgelegt werden. Die Forderungen dazu lauten: Sofortiger Beginn des Neubauprojektes Lohkampstraße! Sofortige Bereitstellung der Gelder für die anderen geplanten Wohnheime! Diese Forderungen können die Unterstützung aller Studenten finden. Überlegenswert wäre es, diesen Kanon zu ergänzen: Kostenlose Wohnungs- und Zimmervermittlung durch die Bezirksämter! Zahlung eines Wohngeldes durch Senat/Studentenwerk!

Unzureichende Schulbusbeförderung wird bekämpft

mas. Mit Empörung reagierte der Vorsitzende des Trittauer Schulverbandes auf die Forderung des Bürgermeisters von Witzhave aus dem Kreis Stormarn, mindestens einen weiteren Schulbus nach Trittau einzusetzen. Der Bürgermeister hatte eine Probefahrt mit dem einzigen Bus gemacht und dabei eine Überbelegung um sieben Schüler und eine dadurch vergrößerte Unfallgefahr festgestellt. Die Schulbehörde entgegnete, daß die Busse im Kreisgebiet kaum überlastet seien, daß es vielmehr wichtiger sei, die Kinder zu sicherem Verhalten zu erziehen. Die Beschwerde des Bürgermeisters von Witzhave stützt sich auf den Widerstand von Eltern und Schülern gegen die oft unzureichende Schulbusbeförderung, den es im ganzen Kreis gibt. Vollkommen überfüllte Busse und lange Fahrzeiten sind keine Seltenheit. Bei vielen Familien führt dies dazu, daß die Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule fahren.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119551, 6000 Frankfurt am Main, Telex 4 13080 kuehl d, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; Verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 - 10, 14 - 16: Bernhard Peters, für die Seiten 11 - 13 Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltung GmbH & Co Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Erscheint wöchentlich. Zu beziehen über die Geschäftsstelle des Regionalverbandes, Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, gegen Einzahlung des Abonnementpreises von 11 DM pro Vierteljahr oder 44 DM pro Jahr; Commerzbank 403679, BLZ 20050550.



Karstadt: Neueröffnung in Hamburg, Mönckebergstraße: Ab 17 Uhr bis lange nach Labenschluß Besichtigung, Modenschau und Verkauf für die Prominenz – Überstunden für die Kollegen.

Politische Fortschritte in der Hamburger Gewerkschaftsjugend

edd. Die Hamburger DGB-Jugend führte am 19. Oktober ihre 17. Kreisjugendkonferenz durch. Die Delegierten vertraten die ca. 30000 jugendlichen Mitglieder (unter 25 Jahren) aller DGB-Gewerkschaften in Hamburg. Aus der Dokumentierung wichtiger Beschlüsse kann man den leichten politischen Fortschritt der Arbeiterjugendbewegung ersehen.

Gegen die Verkürzung der Ausbildung durch das BGJ wandte sich ein zentraler Beschluß, der die flächendeckende Einführung des BGJ in Hamburg ablehnt. Das BGJ sei ,,*einseitig zum Instrument der Unternehmer deformiert worden*''. Der Antrag der IGM-Jugend zum BGJ wurde beschlossen in einer Kampfabstimmung, der eine breite umfassende Grundbildung in enger Verbindung von Theorie und Praxis fordert. Die dazu nowendigen Mittel sollen die Kapitalisten tragen. Zum **1.Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse** wurde eine Demonstration des DGB gefordert unter der Hauptstoßrichtung *Kampf gegen Kriegsgefahr und für den Frieden* und *35 Std.-Woche, 7 Stunden Normalarbeitstag bei vollem Lohn.* Im **Kampf gegen den imperialistischen Krieg** wurde zwar *keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD und Europa* und eine Demonstration zum Antikriegstag gefordert, der Kampf aber nur gegen eine Supermacht und nicht gegen beide und ihre Militärbündnisse gerichtet. Dafür gab es z.B. in der IGM-Jugend und der IG Druck breite Diskussionen zum 1.9. mit Forderungen nach Austritt aus der NATO, die nicht zum Ausdruck kamen.

Einstimmig, nach längerer Diskussion, wurde mit den Stimmen der Jungen Gruppe der GdP gefordert **Uneingeschränkte Demonstrationsfreiheit – vollständige Aufklärung des Todes von Olaf Ritzmann!** (dieser wurde in Folge des Polizeieinsatzes nach der Demonstration gegen Strauß am 25.9. getötet). Die Forderung von einigen Reformisten nach ,,*Distanzierung von jeglicher Gewalt bei Durchsetzung von Interessen*'' wurde nicht beschlossen, unter dem Hinweis vieler Delegierter auf gerechte Befreiungskriege, Kampf gegen Reaktion und Faschismus oder z.B. der Verhinderung von Streikbruch. So wurde einstimmig gefordert **Einstellung der Strafverfahren gegen die IG Druck wegen Times-Solidarität! Uneingeschränktes Streik-und Koalitionsrecht!** Der Kreisjugendausschuß wurde beauftragt, für die Landesbezirks- und Bundesjugendkonferenz einen Antrag **Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung** zu formulieren. Zur inhaltlichen Diskussion dieser Frage wurde ein Vertreter der PLO in Westdeutschland zu einer Diskussion in den DGB-Jugendclub ,,Takelboden'' eingeladen. Auf der Konferenz berichtete ein Soldat aus der Böhn-Kaserne im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrpflichtige im DGB über deren Kampf für politische und soziale Forderungen. Mit dem Beschluß, den Soldaten sprechen zu lassen, demonstrierte die Konferenz praktisch die Verbundenheit von Arbeiterjugend- und Soldatenbewegung.

Anläßlich des 25. Jahrestages der Bundeswehr fordert die DGB-Jugend Hamburg **Keine öffentlichen Gelöbnisse!** und will Aktionen dagegen organisieren. Für die Wehrpflichtigen wurde freie politische und gewerkschaftliche Betätigung gefordert. Die Konferenz wurde um inhaltliche Punkte, für eine Gewerkschaftsarbeit auf dem Boden des Klassenkampfes, hart geführt. Wie die Beschlüsse sich umsetzen, wird die Arbeit der Jugendgruppen der Einzelgewerkschaften in Betrieben und Verwaltungen zeigen. Eine nützliche Grundlage sind sie schon.

Gegen Ausbildungsverschulung

Veranstaltung der ÖTV-Jugend Hamburg

suk. 80 Teilnehmer besuchten am 23.10. die Veranstaltung der ÖTV Jugend im Gesundheitswesen zu dem Thema: Verschulung der Krankenpflegeausbildung. Der Einleitungsbeitrag stellte dar, daß die Verschulungsabsichten im Zusammenhang mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 gesehen werden müssen, welches besagt, daß ab 1.1.82 die Ausbildungskosten nicht mehr über die Pflegesätze abgerechnet werden können. Es handelt sich bundesweit um 35 Mio. Investitionskosten, 135 Mio. Kosten für theoretische Ausbildung und 800 Mio. Ausbildungsvergütungen. Fordern muß man, daß der Arbeitgeber und nicht die Krankenkassen die Ausbildungskosten zahlen. Die Landesregierungen müssen gezwungen werden, die vollständigen Ausbildungsvergütungen zu zahlen und nicht etwa BAFöG. Eine Kollegin nahm Stellung zur Auswirkung einer BAFöG-Regelung. Schon 1970 wurden in einer Verordnung zum BAFöG die Krankenpflegeschulen mit aufgeführt. Nach dieser Verordnung bekommen die Auszubildenden 260 DM Höchstsatz, wenn ihr erster Wohnsitz am Schulort ist und 510 DM, wenn sie zum Schulort ziehen mußten. Bekam ein Auszubildender, wenn er von August 1977 bis 1980 Krankenpflege gelernt hat, 29237 DM an Ausbildungsvergütung, hätte er für die Zeit nur 9360 DM BAFöG bekommen beim Höchstsatz von 260 DM. 40% der Krankenpflegeschüler würden aber überhaupt nur BAFöG (d.h. nicht Höchstsatz) erhalten, alle anderen gar nichts. Bei der BAFöG-Regelung gibt es kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld, keine Bezahlung von Überstunden, Nachtarbeit usw. und keine Sozialversicherungspflicht, d.h. wegfallen würden 3 Jahre Rentenanrechnungszeit und bei Arbeitslosigkeit nach der Ausbildung Arbeitslosengeld. Krankenversichert wären die Schüler bei den Eltern. Verschiedene Punkte in der Debatte wiesen darauf hin, daß die Hamburger Gesundheitsbehörde Vorbereitungen trifft für eine Veränderung der Ausbildung.

1. Die Krankenpflegeschulen sollen zentralisiert werden. 2. In der Gesundheitsbehörde wurden die Krankenpflegeschulen schon aus den einzelnen Häusern ausgegliedert und ein zentrales Amt eingerichtet. 3. In Wilhelmsburg ist eine *Berufsfachschule* für Krankenpflege eingerichtet worden. Zur Zeit finden dort Umschulungen des Arbeitsamtes für Krankenpflegehelfer statt. 4. Die Barmbeker Krankenpflegeschule wird aus Platzmangel räumlich an eine Volks- und Realschule angegliedert. Es sollte im Barmbeker Gelände eine neue Schule gebaut werden. Jetzt ist sie nicht mehr geplant.

Zum weiteren Vorgehen schlugen die Veranstaltungsteilnehmer vor, diese Punkte genauer zu untersuchen und: 1. eine Beteiligung der ÖTV-Jugend an der Gesundheitswoche der ÖTV vom 7. bis 14.11. mit eigenem Flugblatt sowie 2. die Abgabe einer Unterschriftenliste am 14.11. auf der Podiumsdiskussion in St. Georg mit Helga Elstner. Wenn möglich, sollen betriebliche Aktionen von den Jugendgruppen stattfinden. 3. Beteiligung an der Demonstration des Landesjugendringes am 15.11. 4. Erstellung einer Broschüre.

,,Gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Arbeitskraft dürfen nicht länger Papier bleiben''

reb. Am 18.10.80 fand auf Einladung der IG Bau Steine Erden, Bezirksverband Lübeck, eine Veranstaltung zum Thema ,,zumutbare Winterarbeit'' statt. Ca. 150 Gewerkschaftsmitglieder, darunter viele Betriebsräte, waren der Einladung gefolgt. Durch zwei Vorträge von Vertretern des Gewerbeaufsichtsamtes und der Bauberufsgenossenschaft sollte über gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Arbeitskraft der Bauarbeiter insbesondere im Winter informiert werden, gleichzeitig fand ein Erfahrungsaustausch statt. Dabei wurde übereinstimmend festgestellt, daß die ,Arbeitsstättenverordnung', die Verordnung über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeit im Freien sowie die ,Unfallverhütungsvorschriften (VBG 1)' praktisch nicht durchgesetzt sind. Bereits 1978 hatte die IG BSE festgestellt, daß in 7 Bundesländern fast 45000 Verstöße gegen die Arbeitsstättenverordnung verzeichnet wurden. Im Juli dieses Jahres kündigte das Bundesvorstandsmitglied Kastleiner vor 400 Funktionären des Landesverbandes Nordmark den Bauunternehmern, die den Gesundheitsschutz nicht ernst nehmen, harte Auseinandersetzungen an. Gegen den frühzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft wurde ,,für die Bauschaffenden die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre'' gefordert. Zur Zeit veröffentlicht die IG Bau Steine Erden eine Plakatserie, mit der wichtige Arbeitsschutzbestimmungen propagiert werden und die Verletzungen dieser Bestimmungen auf den Baustellen angegriffen werden.

Die Gewerkschaft führt den Kampf um die Einhaltung dieser Schutzbestimmungen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die staatlichen Gewerbeaufsichtsämter gegenwärtig wenig Garantie dafür bieten, daß dies auch geschieht. So wurden beispielsweise 1971 in Schlewig-Holstein 4329 Baustellen von diesen Ämtern kontrolliert. 1977 waren es noch ganze 1952 Baustellen. Die Bußgelder, die bei Verstößen in der Regel gegen die Kapitalisten verhängt werden, sind zudem so niedrig, daß dadurch kaum Schranken gesetzt werden. Ein Problem besteht darin, daß es von Seiten der Betriebsräte kaum Möglichkeiten gibt, gegen Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen unmittelbar einzuschreiten. Sie haben lediglich die Pflicht, die Arbeit der zuständigen Behörden zu unterstützen. Die scheinbare Neutralität der Gewerbeaufsichtsämter entpuppte sich auch auf der Veranstaltung als Farce. So wurde von ihrem Vertreter verschiedentlich versucht, die Bauarbeiter für die Nichteinhaltung der Schutzbestimmungen verantwortlich zu machen. Diese tatsächlich auftretende Erscheinung ist aber selbst Resultat der enormen körperlichen Beanspruchung, wie der Arbeitshetze. Des weiteren wurde versucht, Verständnis für die Kostenbelastung der Kapitalisten bei Einhaltung der Schutzbestimmungen zu wecken. Tatsächlich verhält es sich jedoch anders. Über die Verdingungsordnung fürs Baugewerbe gehen diese Kosten in den Preis des Produktes ein. Bei Nichteinhaltung der Schutzbestimmungen erzielen die Baukapitalisten auf diesem Weg einen Extraprofit. Sorge um die Existenz der Kapitalisten und damit, so soll man glauben, auch der Arbeitsplätze, ist daher fehl am Platz und behindert nur den Kampf für die vollständige Durchsetzung der gesetzlichen Arbeitsschutzbestimmungen.

Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 gesehen werden müssen, welches besagt, daß ab 1.1.82 die Ausbildungskosten nicht mehr über die Pflegesätze abgerechnet werden können. Es handelt sich bundesweit um 35 Mio. Investitionskosten, 135 Mio. Kosten für theoretische Ausbildung und 800 Mio. Ausbildungsvergütungen. Fordern muß man, daß der Arbeitgeber und nicht die Krankenkassen die Ausbildungskosten zahlen. Die Landesregierungen müssen gezwungen werden, die vollständigen Ausbildungsvergütungen zu zahlen und nicht etwa BAFöG. Eine Kollegin nahm Stellung zur Auswirkung einer BAFöG-Regelung. Schon 1970 wurden in einer Verordnung zum BAFöG die Krankenpflegeschulen mit aufgeführt. Nach dieser Verordnung bekommen die Auszubildenden 260 DM Höchstsatz, wenn ihr erster Wohnsitz am Schulort ist und 510 DM, wenn sie zum Schulort ziehen mußten. Bekam ein Auszubildender, wenn er von August 1977 bis 1980 Krankenpflege gelernt hat, 29237 DM an Ausbildungsvergütung, hätte er für die Zeit nur 9360 DM BAFöG bekommen beim Höchstsatz von 260 DM. 40% der Krankenpflegeschüler würden aber überhaupt nur BAFöG (d.h. nicht Höchstsatz) erhalten, alle anderen gar nichts. Bei der BAFöG-Regelung gibt es kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld, keine Bezahlung von Überstunden,

batte wiesen darauf hin, daß die Hamburger Gesundheitsbehörde Vorbereitungen trifft für eine Veränderung der Ausbildung.

1. Die Krankenpflegeschulen sollen zentralisiert werden. 2. In der Gesundheitsbehörde wurden die Krankenpflegeschulen schon aus den einzelnen Häusern ausgegliedert und ein zentrales Amt eingerichtet. 3. In Wilhelmsburg ist eine *Berufsfachschule* für Krankenpflege eingerichtet worden. Zur Zeit finden dort Umschulungen des Arbeitsamtes für Krankenpflegehelfer statt. 4. Die Barmbeker Krankenpflegeschule wird aus Platzmangel räumlich an eine Volks- und Realschule angegliedert. Es sollte im Barmbeker Gelände eine neue Schule gebaut werden. Jetzt ist sie nicht mehr geplant.

Zum weiteren Vorgehen schlugen die Veranstaltungsteilnehmer vor, diese Punkte genauer zu untersuchen und: 1. eine Beteiligung der ÖTV-Jugend an der Gesundheitswoche der ÖTV vom 7. bis 14.11. mit eigenem Flugblatt sowie 2. die Abgabe einer Unterschriftenliste am 14.11. auf der Podiumsdiskussion in St. Georg mit Helga Elstner. Wenn möglich, sollen betriebliche Aktionen von den Jugendgruppen stattfinden. 3. Beteiligung an der Demonstration des Landesjugendringes am 15.11. 4. Erstellung einer Broschüre.

,,Gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Arbeitskraft dürfen nicht länger Papier bleiben''

reb. Am 18.10.80 fand auf Einladung der IG Bau Steine Erden, Bezirksverband Lübeck, eine Veranstaltung zum Thema ,,zumutbare Winterarbeit'' statt. Ca. 150 Gewerkschaftsmitglieder, darunter viele Betriebsräte, waren der Einladung gefolgt. Durch zwei Vorträge von Vertretern des Gewerbeaufsichtsamtes und der Bauberufsgenossenschaft sollte über gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Arbeitskraft der Bauarbeiter insbesondere im Winter informiert werden, gleichzeitig fand ein Erfahrungsaustausch statt. Dabei wurde übereinstimmend festgestellt, daß die ,Arbeitsstättenverordnung', die Verordnung über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeit im Freien sowie die ,Unfallverhütungsvorschriften (VBG 1)' praktisch nicht durchgesetzt sind. Bereits 1978 hatte die IG BSE festgestellt, daß in 7 Bundesländern fast 45000 Verstöße gegen die Arbeitsstättenverordnung verzeichnet wurden. Im Juli dieses Jahres kündigte das Bundesvorstandsmitglied Kastleiner vor 400 Funktionären des Landesverbandes Nordmark den Bauunternehmern, die den Gesundheitsschutz nicht ernst nehmen, harte Auseinandersetzungen an. Gegen den frühzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft wurde ,,für die Bauschaffenden die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre'' gefordert. Zur Zeit veröffentlicht die IG Bau Steine Erden eine Plakatserie, mit der wichtige Arbeitsschutzbestimmungen propagiert werden und die Verletzungen dieser Bestimmungen auf den Baustellen angegriffen werden.

Die Gewerkschaft führt den Kampf um die Einhaltung dieser Schutzbestimmungen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die staatlichen Gewerbeaufsichtsämter gegenwärtig wenig Garantie dafür bieten, daß dies auch geschieht. So wurden beispielsweise 1971 in Schlewig-Holstein 4329 Baustellen von diesen Ämtern kontrolliert. 1977 waren es noch ganze 1952 Baustellen. Die Bußgelder, die bei Verstößen in der Regel gegen die Kapitalisten verhängt werden, sind zudem so niedrig, daß dadurch kaum Schranken gesetzt werden. Ein Problem besteht darin, daß es von Seiten der Betriebsräte kaum Möglichkeiten gibt, gegen Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen unmittelbar einzuschreiten. Sie haben lediglich die Pflicht, die Arbeit der zuständigen Behörden zu unterstützen. Die scheinbare Neutralität der Gewerbeaufsichtsämter entpuppte sich auch auf der Veranstaltung als Farce. So wurde von ihrem Vertreter verschiedentlich versucht, die Bauarbeiter für die Nichteinhaltung der Schutzbestimmungen verantwortlich zu machen. Diese tatsächlich auftretende Erscheinung ist aber selbst Resultat der enormen körperlichen Beanspruchung, wie der Arbeitshetze. Des weiteren wurde versucht, Verständnis für die Kostenbelastung der Kapitalisten bei Einhaltung der Schutzbestimmungen zu wecken. Tatsächlich verhält es sich jedoch anders. Über die Verdingungsordnung fürs Baugewerbe gehen diese Kosten in den Preis des Produktes ein. Bei Nichteinhaltung der Schutzbestimmungen erzielen die Baukapitalisten auf diesem Weg einen Extraprofit. Sorge um die Existenz der Kapitalisten und damit, so soll man glauben, auch der Arbeitsplätze, ist daher fehl am Platz und behindert nur den Kampf für die vollständige Durchsetzung der gesetzlichen Arbeitsschutzbestimmungen.

Bademeister kündigen Kampfmaßnahmen an

reh. Obgleich es seit 1971 eine Verordnung zum Schwimmeister und -gehilfen gibt, hintertreiben die Dienstherren auf Länder- und Kommunalebene den Abschluß von Tarifverträgen. Die Anforderungen an die Schwimmeister/-gehilfen sind ständig gestiegen. Neben Beaufsichtigung des Badebetriebes gehören dazu die Bedienung und Wartung der Lüftungs-, Heizungs- und Sanitärtechnik, sowie der komplizierten Wasseraufbereitungsanlagen. Am 21.10. wurden erneut Tarifvertragsverhandlungen zwischen ÖTV und den Dienstherren aufgenommen. In Kiel ist eine ÖTV-Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Eingruppierungskriterien gebildet worden. Der Vorstand der Fachgruppe ,,Schwimmeister'' in der ÖTV Stormarn/Lauenburg hat Kampfmaßnahmen angekündigt. Daß es höchste Zeit ist, die Bedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft tarifvertraglich abzusichern, wird aus Ankündigungen des Hamburger Senats deutlich: Neben der Schließung der Medizinalbäder und von Teilen der unbeheizten Freibäder sollen alle Bäder maximal durchrationalisiert werden. Kampfmaßnahmen dagegen würden ohne Tarifvertrag zusätzlich erschwert.

Warnstreiks in Hamburg gegen Schichtarbeit bei der Post

edd. Um die Forderung nach 1½facher Bezahlung für Schichtarbeiter der deutschen Postgewerkschaft (DPG) zu unterstützen, führten mehrere hundert Beschäftigte des Postamts 3 (Briefumschlagamt) und der Postverteilung auf dem Hamburger Flughafen in der letzten Woche spontane Arbeitsniederlegungen durch, auf denen sie sich bei Personalräten und Vertretern der DPG nach dem Stand der Verhandlungen mit Postminister Gscheidle erkundigten. Diese Postämter sind besonders vom Schichtdienst betroffen. Gegen die Hetze der bürgerlichen Zeitungen, daß wir zu Weihnachten keine Pakete kriegen, wenn die Postler streiken, sandte die DGB-Jugend, so wurde in den Betrieben berichtet, über ihren Kreisjugendausschuß eine Solidaritätserklärung an die DPG. Darin wird der Kampf gegen die Ruinierung der Arbeitskraft durch Schichtarbeit durch die DPG und deren Forderungen unterstützt. (Deutsche Postgewerkschaft, Ortsverwaltung Hamburg, Besenbinderhof 57/59, 2 Hamburg 1).

Handelskammer Hamburg gegen Wirtschaftsboykott Südafrikas

lup. Während eines ,,Jahresessens'' der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer in Johannisburg erklärte der Präses der Handelskammer Hamburg, Rudolf Schlenker, die Handelskammer Hamburg lehne einen Wirtschaftsboykott Südafrikas ab. Die Handelskammer ginge davon aus, daß durch ,,verstärktes Wirtschaftswachstum auch Veränderungen hervorgerufen werden könnten''. Schlenker weiter: ,,Unsere Hoffnung auf langfristigen Fortschritt und friedlichen Wandel gründet sich auf die von der Regierung vorbereiteten Reformen.'' – Die BRD ist mit ca. 10% an den Exporten und 5% an den Importen des südafrikanischen Kolonialregimes beteiligt. An dem Außenhandel des BRD-Imperialismus mit der südafrikanischen Kolonie ist die Hamburger Bourgeoisie in großem Umfang beteiligt. Einen Wirtschaftsboykott Südafrikas haben die Länder der 3. Welt wiederholt gefordert, er wurde von der UNO-Generalversammlung wiederholt beschlossen.

Solidarität mit den Times-Druckern

edd. Die Kreisjugendkonferenz des DGB Hamburg hat die Forderungen ,,Einstellung der Strafverfahren gegen IG Druck und Papier, uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht'' einhellig beschlossen. Nach der Versammlung der VK-Leitungen der Hamburger IGM ein weiterer Beschluss in der Times Solidarität. Auf der Delegiertenversammlung des Ortsvereins der IG Druck und Papier wurde ein Initiativantrag auf eine Solidaritätsveranstaltung nicht befaßt, ,,weil sein Charakter nicht initiativ war''. Der DKP-majorisierte Ortvereinsvorstand täte allerdings gut daran, die Unterstützung der Times Drucker zu organisieren, was auch auf der Delegiertenversammlung mehrfach von ihm gefordert wurde. Nützlich ist der Beschluss der DGB Jugend, diese Veranstaltung mit zu organisieren und zu tragen. Übt Solidarität mit den angeklagten Druckern im Times-Prozeß! (Solidaritätsadressen: IG Druck und Papier, Landesbezirk Hessen, Bezirk Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 67, 6000 Frankfurt, Ortsverein Hamburg, Besenbinderhof 57, HH 1, Tel. 2858-508).

Veranstaltungskalender

Montag, 27.10.1980

Buxtehude: Prozeß wegen der Antikriegsaustellung der ,,Selbstorganisation der Zivildienstleistenden'', Amtsgericht, Zimmer 20

Kiel: Öffentliche Debatte des ,,Programms der Patriotischen und Demokratischen Front der großen nationalen Eintracht von Kampuchea''. Veranstalter: Kampuchea-Komitee, Gaststätte ,,Zum Fürsten'' Wilhelmsplatz, 18 Uhr.

Mittwoch, 29.10.1980

Hamburg: ,,Der Sieg des Volkes von Zimbabwe hat die imperialistische Kolonialherrschaft in Südafrika geschwächt.

Unterstützt den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Azania!

Es spricht der Vorsitzende des Pan Africanist Congress of Azania (PAC) Genosse V.L.Make. Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Str. 19.30 Uhr.

Donnerstag, 30.10.1980

Kiel: Fortsetzung der Debatte über den Politischen Bericht der 5.o. DK des KBW. Vereinigung für revolutionäre Volksbildung Holstein. 20 Uhr, Gaststätte ,,Kaiser Friedrich'', Wilhelmsplatz.

Hamburg: Gerichtsverhandlung gegen Andreas A., Max G., Rainer H. und Holger S. wegen des Studentenstreiks im Mai 1977. Amtgericht, Sievekingsplatz 9 Uhr.

Hamburg: ,,Für die Rechte der Indianer'', Veranstaltung der Gesellschaft für bedrohte Völker, Audi Max 19 Uhr.

Hamburg: Kunstkollektiv. Thema: Francesco Goya. 19.30 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfragen.

Sonntag, 2.11.1980

Kiel: Öffentliche Schulung ,,Manifest der Kommunistischen Partei'' von K.Marx und F.Engels, Universität, Alte Mensa Westring/Ecke Olshausenstr., 9 bis 18 Uhr

Kiel: Öffentliche Schulung ,,Bürgerkrieg in Frankreich'' von K.Marx, Universität Alte Mensa Westring/Ecke Olshausenstr. , 9 bis 17 Uhr.

Hamburg: Öffentliche Schulung ,,Manifest der Kommunistischen Partei'' von K.Marx und F.Engels, Gaststätte Herschel, Hammer Landstr. 244, 9 bis 12 Uhr und 14 bis 19 Uhr.

Mittwoch, 5.11.1980

Kiel: Öffentliche Diskussion von Kommunismus und Klassenkampf 10/80, Artikel zur Hochschulreform. Veranstalter KSB, Universität, Alte Mensa Westring/Ecke Olshausenstr.

Sonntag, 9.11.1980

Hamburg: Öffentliche Schulung ,,Bürgerkrieg in Frankreich'' von K.Marx, Gaststätte Herschel, Hammer Landstr. 244 9 bis 12 und 14 bis 19 Uhr.

Die Betriebsärzte müssen unter die Kontrolle der Betriebsräte

rus. Im Verlauf der diesjährigen Kieler Woche führte der DGB-Landesbezirk Nordmark eine Veranstaltung zur Arbeitsmedizin durch, an der mehr als 400 Betriebs- und Personalräte teilnahmen. Die betriebsärztliche Versorgung der Lohnabhängigen wurde gegenüber 1970 zwar als besser eingeschätzt, aber sowohl die Anzahl der Betriebsärzte als auch die Qualität der Arbeit müsse noch erheblich erhöht werden.

1970 gab es in der BRD ca. 1300 Betriebsärzte, davon 380 hauptberuflich. Heute sind es schätzungsweise 10000 insgesamt, davon 2400 hauptberuflich. Einem einzigen überbetrieblichen arbeitsmedizinischen Zentrum 1970 stehen 240 Zentren sowie 21 mobile Zentren 1980 gegenüber. Von diesen 240 arbeitsmedizinischen Zentren unterstehen 98 Zentren einzelnen Zusammenschlüssen von Kapitalisten und 93 Zentren unterstehen den jeweiligen Berufsgenossenschaften.

In Hamburg gab es Ende 1978 ca. 250 Betriebsärzte. Von der Ärztekammer werden all die Ärzte erfaßt, die irgendeinen Vertrag mit einem Unternehmen haben. Also auch Ärzte, die z.B. alle 14 Tage mal für 2 Stunden in einem Betrieb sind. Erfaßt man nur die Betriebsärzte, die täglich mindestens 3 Stunden in einem Betrieb sind, so trifft das nur für 16 Betriebe in Hamburg zu, nämlich Allianz, Asche AG, Beiersdorf, Merkel, Blohm & Voß, Daimler-Benz, Lufthansa, Esso, MBB, HHLA, HHA, Israelitisches Krankenhaus, Mobil Oil, NDR, Siemens und Springer. Es gibt aber in Hamburg ca. 200 Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten. Arbeitsmedizinische Zentren gibt es in Hamburg: 3 von den Berufsgenossenschaften und 1 von den Kapitalisten. In Schleswig-Holstein gibt es 4 arbeitsmedizinische Zentren der Berufsgenossenschaften und 7 von den Kapitalisten.

Zu den Erfahrungen mit Betriebsärzten stellt ein Forschungsbericht für das Arbeits- und Sozialministerium 1977 fest: „Insgesamt zeichnet sich in den kritischen Stellungnahmen sowohl der Betriebe mit Vertragsärzten als auch mit Betriebsärzten die Situation einer betriebsärztlichen Versorgung ab, die durch Überbelastung der Ärzte, durch personenbezogene Untersuchungen, vor allem Einstellungs- und Tauglichkeitsuntersuchungen, gekennzeichnet ist... der arbeitsmedizinischen Einflußnahme auf die Arbeitsgestaltung (kommt) eine untergeordnete Bedeutung zu." Betriebsärzte als Instrument der Personalpolitik der Kapitalisten, Einstellungs- und ev. spätere weitere Untersuchungen sollen die Entscheidungen der Personalchefs erleichtern. Der Betriebsarzt soll den Kapitalisten ermöglichen, daß bereits kranke Arbeiter und Angestellte vor dem Werkstor bleiben und diejenigen, die sich im Laufe der Zeit eine Krankheit zuziehen, die ihre „Fehlzeit" ansteigen läßt, aus „medizinischen Gründen" entlassen werden können. Von einer solchen Arbeit der Betriebsärzte können sich die Kapitalisten einiges versprechen: Sinkende Arbeitsfluktuationskosten, reduzierter Krankenstand, geringere Unfallkosten und höhere Arbeitsleistung. Die Ford-Kapitalisten haben in einer Studie schon 1967 am Werk Köln nachweisen lassen, daß einem Werksarztaufwand von 1,5 Mio. DM Kostenersparnisse in Höhe von 3,2 Mio. DM gegenüberstehen.

Das reibungslose Funktionieren des Produktionsablaufs wird denn auch den Arbeitsmedizinern in ihren Ausbildungskursen ans Herz gelegt. Kein Wunder, wenn man z.B. in einer chemischen Fabrik auf die Frage nach gesundheitsschädlichen Stoffen in der Produktion von einem Betriebsarzt zu hören bekommt: „In der Chemie stinkt das nun mal." Der oberste BASF-Werksarzt Prof. Thiess hatte sich 1977 Gedanken über Arbeitsplätze gemacht, an denen mit krebserregenden Stoffen gearbeitet wird. Sein Vorschlag: Nur Arbeiter über 40 sollten dort arbeiten, denn die Latenzzeit des Krebses betrage meist über 20 Jahre.

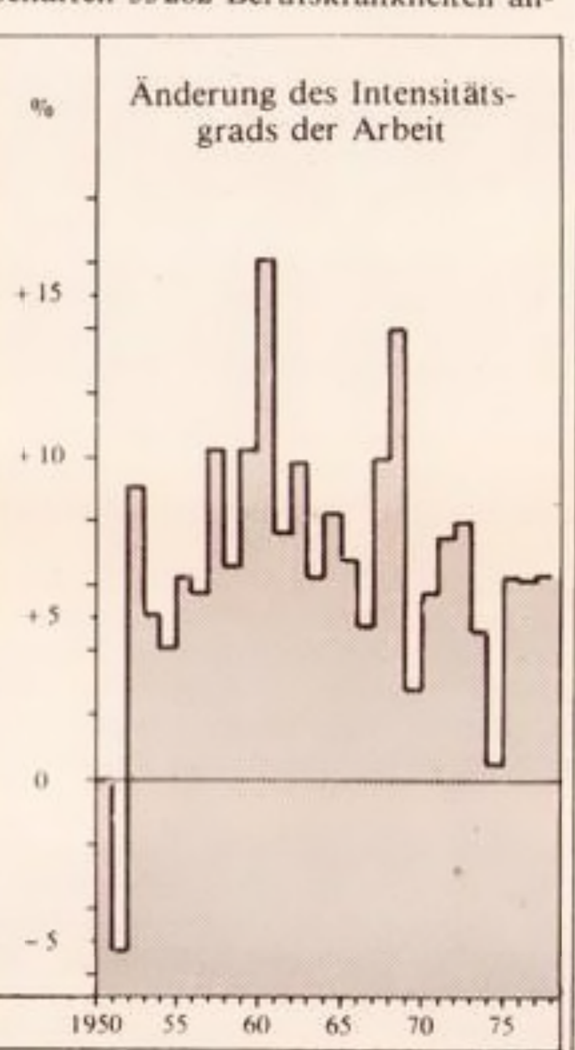
Natürlich gibt es kein aus der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten abzuleitendes Interesse der Kapitalistenklasse an Gesunderhaltung der Arbeiter. Vielmehr führt das Interesse an Ausdehnung der Profitproduktion zu den ständigen Versuchen der Kapitalisten, die Schranken der Ausbeutung niederzureißen, die die Arbeiterklasse gesetzlich oder tariflich erkämpft hat. Auf der Grundlage dieser Schranken, z.B. der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, stellen die Kapitalisten dann Überlegungen nach z.B. der Wirtschaftlichkeit von Betriebsärzten an. Das Interesse der Arbeiterklasse ist diesem Interesse nach Ausdehnung der Ausbeutung gerade entgegengesetzt und zielt auf vollständigen Erhalt der Arbeitsfähigkeit und Schutz vor jeglicher Minderung der Arbeitsfähigkeit durch Krankheit, Unfall und Invalidität. Gerade in den letzten Jahren hat sich der Kampf um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und verbesserten Schutz vor den Folgen der Ausbeutung verstärkt. Der Ausbau des Betriebsgesundheitswesens ist eine Folge dieses Kampfes. Die Grundlage dafür ist, daß die Intensität der Arbeit, die von allen Faktoren der Ausbeutung in den Jahren nach 1950 am meisten gesteigert worden ist, sich der Naturschranke nähert. Die immer größere Verausgabung von Arbeitskraft durch Ausdehnung der Schichtarbeit hat ein Maß erreicht, wo es zu offenen Kämpfen gegen die Schichtarbeit kommt. In den tarifpolitischen Programmen der Gewerkschaften tritt der Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen immer mehr in den Vordergrund (Humanisierung der Arbeitswelt, Qualitative Tarifpolitik).

Ergebnis der erhöhten Ausbeutung sind die in den 70er Jahren wieder stark ansteigenden Berufskrankheiten. Wurden 1950 bei allen Berufsgenossenschaften 35262 Berufskrankheiten angezeigt, waren es 1970 nur 22823 und 1976 wieder 36552. Wobei das Ausmaß der zunehmenden Ruinierung der Arbeitskraft durch die Berufsgenossenschaften beschönigt wird. So werden z.B. weniger als 1% aller Krebserkrankungen als berufsbedingt anerkannt, während sich die Wissenschaftler heute schon einig sind, daß mindestens die Hälfte aller Krebserkrankungen berufsbedingt sind. Der DGB-Landesbezirksvorsitzende Jan Sierks wies auf der Veranstaltung auf den Tatbestand hin, daß „jeder zweite Arbeitnehmer wegen Frühinvalidität bereits vor Erreichen der Altersgrenze aus dem Arbeitsleben ausscheiden muß."

Dem Betriebsgesundheitswesen kommt beim Kampf der Arbeiterklasse um Erhaltung der Arbeitsfähigkeit eine wichtige Rolle zu. Aber ebenso wie die Interessen der Lohnabhängigen in einer einheitlichen Sozialversicherung nur über die Selbstverwaltung der Versicherten durchgesetzt werden können, können die Betriebsärzte nur in dem Maße für die Belegschaften arbeiten, wie sie der Kontrolle der Betriebsräte unterstehen. In der Unterstellung der Betriebsärzte unter die Betriebsleitung liegt gerade das Hauptproblem des 1973 verabschiedeten Arbeitssicherheitsgesetzes.



In einer Entschließung zum Arbeitsschutz hat der IG-Metall Gewerkschaftstag u.a. folgende Forderungen aufgestellt:
- allgemein geltende Regeln zur menschengerechten Gestaltung der Arbeitsbedingungen;
- konkrete Beschreibung der Schutzmaßnahmen in Arbeitsschutzvorschrifteno
- generelles Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei der Bestellung von Betriebsärzten, Sicherheitsfachkräften;
- gleichberechtigte Mitwirkung und Mitbestimmung des Betriebsrates bei der Verwaltung überbetrieblicher arbeitsmedizinischer oder sicherheitstechnischer Dienste



Stunden in einem Betrieb sind, so trifft das nur für 16 Betriebe in Hamburg zu, nämlich Allianz, Asche AG, Beiersdorf, Merkel, Blohm & Voß, Daimler-Benz, Lufthansa, Esso, MBB, HHLA, HHA, Israelitisches Krankenhaus, Mobil Oil, NDR, Siemens und Springer. Es gibt aber in Hamburg ca. 200 Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten. Arbeitsmedizinische Zentren gibt es in Hamburg: 3 von den Berufsgenossenschaften und 1 von den Kapitalisten. In Schleswig-Holstein gibt es 4 arbeitsmedizinische Zentren der Berufsgenossenschaften und 7 von den Kapitalisten.

Zu den Erfahrungen mit Betriebsärzten stellt ein Forschungsbericht für das Arbeits- und Sozialministerium 1977 fest: „Insgesamt zeichnet sich in den kritischen Stellungnahmen sowohl der Betriebe mit Vertragsärzten als auch mit Betriebsärzten die Situation einer betriebsärztlichen Versorgung ab, die durch Überbelastung der Ärzte, durch personenbezogene Untersuchungen, vor allem Einstellungs- und Tau-

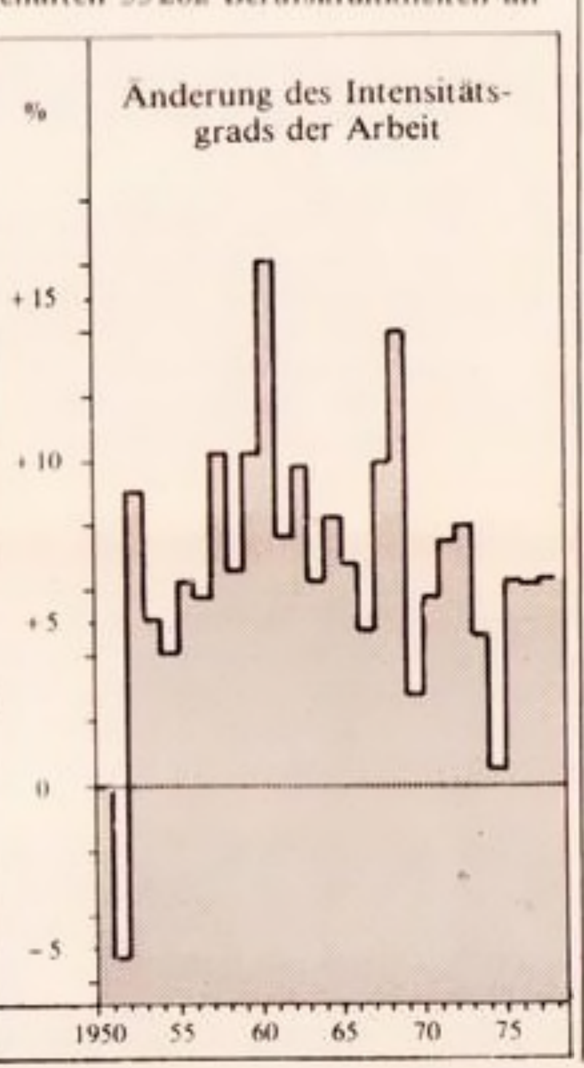
„Die Hexenjagd"

den Arbeitsmedizinern in ihren Ausbildungskursen ans Herz gelegt. Kein Wunder, wenn man z.B. in einer chemischen Fabrik auf die Frage nach gesundheitsschädlichen Stoffen in der Produktion von einem Betriebsarzt zu hören bekommt: „In der Chemie stinkt das nun mal." Der oberste BASF-Werksarzt Prof. Thiess hatte sich 1977 Gedanken über Arbeitsplätze gemacht, an denen mit krebserregenden Stoffen gearbeitet wird. Sein Vorschlag: Nur Arbeiter über 40 sollten dort arbeiten, denn die Latenzzeit des Krebses betrage meist über 20 Jahre.

Natürlich gibt es kein aus der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten abzuleitendes Interesse der Kapitalistenklasse an Gesunderhaltung der Arbeiter. Vielmehr führt das Interesse an Ausdehnung der Profitproduktion zu den ständigen Versuchen der Kapitalisten, die Schranken der Ausbeutung niederzureißen, die die Arbeiterklasse gesetzlich oder tariflich erkämpft hat. Auf der Grundlage dieser Schranken, z.B. der Lohnfortzahlung

diesem Interesse nach Ausdehnung der Ausbeutung gerade entgegengesetzt und zielt auf vollständigen Erhalt der Arbeitsfähigkeit und Schutz vor jeglicher Minderung der Arbeitsfähigkeit durch Krankheit, Unfall und Invalidität. Gerade in den letzten Jahren hat sich der Kampf um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und verbesserten Schutz vor den Folgen der Ausbeutung verstärkt. Der Ausbau des Betriebsgesundheitswesens ist eine Folge dieses Kampfes. Die Grundlage dafür ist, daß die Intensität der Arbeit, die von allen Faktoren der Ausbeutung in den Jahren nach 1950 am meisten gesteigert worden ist, sich der Naturschranke nähert. Die immer größere Verausgabung von Arbeitskraft durch Ausdehnung der Schichtarbeit hat ein Maß erreicht, wo es zu offenen Kämpfen gegen die Schichtarbeit kommt. In den tarifpolitischen Programmen der Gewerkschaften tritt der Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen immer mehr in den Vordergrund (Humanisierung der Arbeitswelt, Qualitative Tarifpolitik).
Ergebnis der erhöhten Ausbeutung

Einschneidende Maßnahmen im Bereich



senschaften beschönigt wird. So werden z.B. weniger als 1% aller Krebserkrankungen als berufsbedingt anerkannt, während sich die Wissenschaftler heute schon einig sind, daß mindestens die Hälfte aller Krebserkrankungen berufsbedingt sind. Der DGB-Landesbezirksvorsitzende Jan Sierks wies auf der Veranstaltung auf den Tatbestand hin, daß „jeder zweite Arbeitnehmer wegen Frühinvalidität bereits vor Erreichen der Altersgrenze aus dem Arbeitsleben ausscheiden muß."

Dem Betriebsgesundheitswesen kommt beim Kampf der Arbeiterklasse um Erhaltung der Arbeitsfähigkeit eine wichtige Rolle zu. Aber ebenso wie die Interessen der Lohnabhängigen in einer einheitlichen Sozialversicherung nur über die Selbstverwaltung der Versicherten durchgesetzt werden können, können die Betriebsärzte nur in dem Maße für die Belegschaften arbeiten, wie sie der Kontrolle der Betriebsräte unterstehen. In der Unterstellung der Betriebsärzte unter die Betriebsleitung liegt gerade das Hauptproblem des 1973 verabschiedeten Arbeitssicherheitsgesetzes.

„Die Hexenjagd"

Besprechung des Berufsverbotsroman von H.P. de Lorent

ulh. An den Roman „Die Hexenjagd" von Hans Peter de Lorent hat sich die Auseinandersetzung um die Berufsverbote erneut zugespitzt. Schulsenator Grolle hat seinen Vorschlag, Lorent ins Beamtenverhältnis zu übernehmen, zurückgezogen. Das Buch stelle eine Verletzung Lorents dienstlicher Pflicht dar, bei weiterer Dienstverletzung folge Kündigung seines Angestelltenvertrages; sowieso hat die Behörde Schulversetzung wegen Störung des Betriebsfriedens angekündigt. Der Senator stört, daß in dem Buch 5 Beamte der Hamburger Verwaltung mit Vokabeln wie „alte Ratte; Mischung aus Unverschämtheit und Dummheit; schmieriger Gesichtsausdruck; Mafia;" in ihrer persönlichen Ehre schwer gekränkt worden seien. Er findet das rücksichtslos und unkollegial, unser Kollege Grolle.

Die Hexenjagd (127 Seiten, Taschenbuch, 7,80 DM) ist eine Schilderung der Erfahrungen und Erlebnisse Lorents, dem seit 1974 das Berufsverbotsverfahren gemacht wird. Der Alltag eines jungen, politisch engagierten Lehrers: Schwierigkeiten mit dem Unterrichten, Bespitzelung und Diffamierung durch Schulleiter und einige wenige CDU-Eltern, Entwicklung einer breiten Solidarität im Kollegium, Anhörung bei der Behörde und Gerichtsverhandlung. Anschauungsmaterial zur Politik des Hamburger Senats, der sich mit dem Radikalenerlaß an die Spitze zur Entrechtung und Unterdrückung der Bewegung im Öffentlichen Dienst stellte, und als der Widerstand dagegen zunahm, die ‚Liberalisierung' durch Klose verkünden ließ.

Die Haltung zahlreicher Schulleiter zur Zeit des Radikalenerlasses verkörpert im Roman Herr Kurzmann: „Inzwischen sind alle Neuen da. Auch sie hat Kurzmann vorgewarnt. Erst hat er sie gefragt, ob sie in der Gewerkschaft seien. Dann jeden auf zwei Leute aufmerksam gemacht. ‚Der eine ist Funktionär in der GEW. Der erzählt nur Schwachsinn. Gerd ist gemeint. ‚Und der andere wird sie sicher bald ansprechen. Der hat wegen politischer Sachen ein Verfahren am Hals.' Bei Kurzmann verwundert mich immer wieder die Paarung von Unverschämtheit und Dummheit. Hätte man sich nicht denken können, daß die Neuen zu uns besseren Kontakt bekommen, als zu ihm als Schulleiter."

Geschildert werden die Schwierigkeiten der Bewegung in der Frage der richtigen Taktik im Kampf gegen die Berufsverbote. „Warum trittst du denn nicht einfach aus der DKP aus, wenn die mehr nicht wollen, läßt dich verbeamten. Zur Not kannst du ja wieder eintreten.' Wie oft habe ich diesen ‚Tip' schon bekommen. Meist von Kollegen, die sich ernsthaft Gedanken machen, wie wir zu helfen ist. Anfangs hatte ich Schwierigkeiten, darauf schlüssig zu antworten. (...) Ich versuche ihnen zu erklären, daß es ein Unterschied ist, ob man in die DKP oder in einen Fußballverein eintritt. ... Die Parteimitgliedschaft ist ... Teil der Persönlichkeit. Wie soll man da austreten. Wie kann man weiterleben, nachdem man sich selbst amputiert hat."

Die Überwachung durch den Verfassungsschutz wird enthüllt: ‚Ich hab' in meine Personalakte reingesehen. Nichts zu finden, was die angekündigte Entlassung begründen könnte. Damit war für mich klar, daß bei der Behörde Geheimakten mit Verfassungsschutzdossier existieren. (...) Mit genauen Angaben haben sie aufgeschrieben, auf welchen Veranstaltungen und Demonstrationen ich war, wo ich Beiträge gehalten habe. Und das stärkste: Herr Schäfer wohnt seit 1973 zur Untermiete bei Frau B., die wegen Mitgliedschaft im KB 1974 nicht in den Schuldienst eingestellt worden ist."

Und dann kommt Kloses Reform: „Die V-Leute werden nicht mehr bei jeder Bewerbung gefragt. Nur noch bei beabsichtigter Einstellung. Also nicht alle am Anfang überprüfen, sondern die Entscheidenden am Ende. Eine echt kostensparende Reform." Schulleiter Kurzmann läuft danach über vor Verständnis und Wohlwollen, nachdem er es vorher geschafft hatte, das gesamte Kollegium gegen sich aufzubringen.

Das Buch endet mit der Einschätzung: „Wir sind raus aus der Defensive. Protest und Widerstand gegen die Berufsverbote sind unüberhörbar geworden." Trotzdem, ungelöste Schwierigkeiten hat die Bewegung nach wie vor. Lorent (im Roman Christian Günther) hat immer versucht, mit dem Grundgesetz gegen sein Berufsverbot zu argumentieren. Genützt hat ihm das nichts, weil sich die Behördenseite stets auf Beamten- und besonderes Dienstrecht berufen konnte.

Einschneidende Maßnahmen im Bereich der Badebetriebe geplant

zöd. Auf der Betriebsversammlung der Abteilung Badebetriebe der Hamburger Wasserwerke (HWW) am 9.10.80 diskutierte die Belegschaft über die Lage in der Abteilung. Seit Jahren werden die Bäder mit einem Stellenplan gefahren, der keine Reserven für Urlaub und Krankheit enthält. Nur zu einem geringen Teil werden hierfür Aushilfen eingestellt.

Die Eintrittspreise für die Freibäder wurden zuletzt im Mai 79 um 30% erhöht, für die Saunen zum Oktober 80 um 10%. Erhöhungen für die Hallenbäderpreise sind für 81 vorgesehen.

Der Hamburger Haus- und Grundeigentümerverband hat erfolgreich über eine Klage beim Bundeskartellamt durchgesetzt, daß die Hamburger Wasserwerke ihre Bäderdefizite (1980 voraussichtlich 48 Mio. DM) nicht mehr mit den Gewinnen aus der Wasserabgabe verrechnen dürfen.

Vor diesem Hintergrund berät der Hamburger Senat, der HWW-Aufsichtsrat (Vorsitzender Finanzsenator Nölling) und die Abteilungsleitung folgende Pläne (haben sie zum Teil schon beschlossen):
- alle medizinischen Abteilungen werden geschlossen (Bremer Strasse 1981, Holthusenbad 1982, Bismarckbad 1983);
- Die Sauna Harburg wird geschlossen
- das Freibad Ölmühlenweg (FKK) wird geschlossen und das Freibad Volksdorf wird an den FKK verpachtet;
- die neue Halle Bartholomäusstraße im Barmbek wird an die Universität verkauft (die Schulen baden dann in der alten Halle gleichzeitig mit dem öffentlichen Badebetrieb);
- die Öffnungszeiten der Reinigungsbäder sollen gekürzt werden;
- ein Teil der unbeheizten Freibäder (Ostende, Farmsen, Sasel, Horner, Moor Langenhorn, Billstedt, Duvenstedt, Neugraben, Stadtparksee) sollen geschlossen werden.
- Alle Bäder werden maximal durchrationalisiert (Kassen und Türschließsysteme).

Zweifellos werden durch die Maßnahmen Arbeitsplätze frei. Die Geschäftsführung und der Abteilungsleiter waren der Betriebsversammlung ferngeblieben. Sie konnten deshalb nicht zur Rede gestellt werden. Der stellvertretende Abteilungsleiter redete sich damit heraus, es sei noch nichts beschlossen, man „denke lediglich nach". Kollegen wiesen aber nach, daß einzelne Maßnahmen bereits eingeleitet sind. Der Betriebsrat erklärte, daß er keinen Entlassungen zustimmen wird und verlangte, daß die Pläne des Aufsichtsrates offengelegt werden, bevor sie beschlossen worden sind.

Carter oder Reagan: Weiter moralische Aufrüstung oder offene Reaktion?

gkr. Wenn am 4. November der neue Präsident der USA gewählt wird, dann stehen, abgesehen von dem krassen Außenseiter Anderson und Kandidaten kleiner Gruppierungen, zwei Kandidaten zur Wahl, die, so der Eindruck, von niemandem so recht gewollt werden: Jimmy Carter, Demokrat und seit 4 Jahren schon Präsident, und Ronald Reagan, der Kandidat der republikanischen Partei, vor vier Jahren gegen Ford bei der Nominierung nur knapp unterlegen.

Carter war vor 4 Jahren angetreten als moralischer Saubermann, mit tiefer christlicher Überzeugung. Die US-Bourgeoisie brauchte eine derartige Gallionsfigur: Um unter die in der Watergate-Affaire ans Licht gespülte Korruption einen Strich zu ziehen, um den gegenüber den Ländern der 3. Welt verspielten moralischen Kredit, durch die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt zerstört, wiederzugewinnen und schließlich, um eine ideologische Offensive gegenüber dem Abrüstungsgerede der Sozialimperialisten starten zu können. Mittels Chauvinismus sollte die Arbeiterklasse im Innern gespalten werden. Carter legte die Linie in seiner Antrittsrede fest: „Diese Amtseinführung stellt einen neuen Beginn dar, eine neue Hingabe in unserer Regierung und einen neuen Geist unter uns allen ... Weil wir frei sind, kann uns das Schicksal der Freiheit anderswo niemals gleichgültig sein. Unser Moralgefühl diktiert eine eindeutige Bevorzugung jener Gesellschaften, die mit uns einen dauerhaften Respekt für individuelle Menschenrechte teilen."

Den schwersten Schlag für diese Carter-Linie stellte der Sturz des Schah-Regimes im Iran dar. Innenpolitisch drohte Carter den Einfluß auf die Arbeiterklasse, in erster Linie über die Führung des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO hergestellt, zu verlieren, wie auch den Einfluß auf die Minderheiten, vor allem die Schwarzen. Edward Kennedy wurde als Auffangposition aufgebaut. Die AFL-CIO setzte auf ihn. Bis zum Nominierungskonvent der Demokraten hielt er seine Kandidatur aufrecht, obwohl schon längst praktisch aussichtslos, und setzte einige Forderungen, derentwegen er die Gewerkschaften an sich hatte binden können, noch für das Programm der Demokraten durch: Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 12 Mrd. Dollar; alle fiskalischen und monetären Maßnahmen zu unterlassen, die die Arbeitslosigkeit erhöhen und hohe Zinsen und Arbeitslosigkeit nicht als Mittel der Inflationsbekämpfung einzusetzen. Gleichzeitig legten die Demokraten in ihrem Programm verstärkte Ausgaben für Energieforschung wie auch für weitere staatliche Subventionen in verschiedenen anderen Bereichen fest. Die Gewerkschaften gingen so letzten Endes, wenn auch widerwillig, ins Lager derer, die die Kandidatur Carters unterstützten.

Anders die Schwerpunkte der Republikanischen Partei: Für die Innenpolitik beinhaltet das Programm die Kürzung der Staatsausgaben mit Schwerpunkt Sozialausgaben um 30% bei gleichzeitiger Einkommensteuersenkung für mittlere Einkommen zwecks „forcierter Bildung von Sparkapital". Zugleich umfaßt dieses Programm einen ganzen Treibsatz zur Kapitalakkumulation: Streichung jeglicher staatlicher Wirtschaftsvorschriften; Bau von Kernkraftwerken; keine Zusatzbesteuerung der Ölgesellschaften. Das Programm zielt in erster Linie auf die Mittelklassen wie auf die Arbeiteraristokratie. Mit Reagan haben die Republikaner einen Mann der offenen Reaktion in den Wahlkampf geschickt. Das Programm ist danach. Hieß es noch 1976 im Wahlprogramm unter dem Passus „Verteidigung": „Das amerikanische Volk erwartet, daß seine Führer eine nationale Verteidigungsposition garantieren, die keiner anderen unterlegen ist", so steht 1980 an entsprechender Stelle: „Wir werden auf anhaltende Verteidigungsausgaben hinarbeiten, die ausreichend sind, um die Lücke zwischen uns und den Sowjets zu schließen und um schließlich die Position militärischer Überlegenheit zu erreichen, die das amerikanische Volk wünscht." Die Demokraten betonen demgegenüber: „Amerikas militärische Stärke ist unübertroffen und muß es bleiben. Die demokratische Regierung ist darangegangen, den drohenden Abstieg der amerikanischen Position in der Welt umzukehren. Während die Nixon-Administration zwar vorgab, um die Verteidigungsbereitschaft unserer Nation besorgt zu sein, hat sie doch zugelassen, daß die amerikanischen Verteidigungsausgaben zwischen den Jahren 1968 und 1976 um real 33 Prozent zurückgingen." Abgesehen von unterschiedlicher Wortwahl, mit der das Programm der Finanzbourgeoisie durchgesetzt werden soll, sind die tatsächlichen Unterschiede der beiden Parteien in dieser Frage eher gering. Carter hat in den letzten Monaten Rüstungsentscheidungen getroffen, wie sie als konkrete Maßnahmen die Republikaner heute fordern.

Verfolgen im Kern beide Kandidaten eine Politik der militärischen Stärkung der USA, so sind die Unterschiede im Verhältnis zu den Staaten der 3. Welt deutlich: Carter setzt auf ökonomischen Druck und ideologische Beeinflussung, Reagan will den politischen Druck verschärfen und notfalls militärisch eingreifen. „The Economist", eine angesehene britische Wochenzeitschrift, sprach sich in einem Artikel für einen Wechsel im Weißen Haus, also für Reagan, aus. Gleichzeitig wies der Schreiber auch darauf hin, daß gerade in der Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt Reagan seine Auffassung noch am stärksten umgestalten

Anders die Schwerpunkte der Republikanischen Partei: Für die Innenpolitik beinhaltet das Programm die Kürzung der Staatsausgaben mit Schwerpunkt Sozialausgaben um 30% bei gleichzeitiger Einkommensteuersenkung für mittlere Einkommen zwecks „forcierter Bildung von Sparkapital". Zugleich umfaßt dieses Programm einen ganzen Treibsatz zur Kapitalakkumulation: Streichung jeglicher staatlicher Wirtschaftsvorschriften; Bau von Kernkraftwerken; keine Zusatzbesteuerung der Ölgesellschaften. Das Programm zielt in erster Linie auf die Mittelklassen wie auf die Arbeiteraristokratie. Mit Reagan haben die Republikaner einen Mann der offenen Reaktion in den Wahlkampf geschickt. Das Programm ist danach. Hieß es noch 1976 im Wahlprogramm unter dem Passus „Verteidigung": „Das amerikanische Volk erwartet, daß seine Führer eine nationale Verteidigungsposition garantieren, die keiner anderen unterlegen ist", so steht 1980 an entsprechender Stelle: „Wir werden auf anhaltende Verteidigungsausgaben hinarbeiten, die ausreichend sind, um die Lücke zwischen uns und den Sowjets zu schließen und um schließlich die Position militärischer Überlegenheit zu erreichen, die das amerikanische Volk wünscht." Die Demokraten betonen demgegenüber: „Amerikas militärische Stärke ist unübertroffen und muß es bleiben. Die demokratische Regierung ist darangegangen, den drohenden Abstieg der amerikanischen Position in der Welt umzukehren. Während die Nixon-Administration zwar vorgab, um die Verteidigungsbereitschaft unserer Nation besorgt zu sein, hat sie doch zugelassen, daß die amerikanischen Verteidigungsausgaben zwischen den Jahren 1968 und 1976 um real 33 Prozent zurückgingen." Abgesehen von unterschiedlicher Wortwahl, mit der das Programm der Finanzbourgeoisie durchgesetzt werden soll, sind die tatsächlichen Unterschiede der beiden Parteien in dieser Frage eher gering. Carter hat in den letzten Monaten Rüstungsentscheidungen getroffen, wie sie als konkrete Maßnahmen die Republikaner heute fordern.

Verfolgen im Kern beide Kandidaten eine Politik der militärischen Stärkung der USA, so sind die Unterschiede im Verhältnis zu den Staaten der 3. Welt deutlich: Carter setzt auf ökonomischen Druck und ideologische Beeinflussung, Reagan will den politischen Druck verschärfen und notfalls militärisch eingreifen. „The Economist", eine angesehene britische Wochenzeitschrift, sprach sich in einem Artikel für einen Wechsel im Weißen Haus, also für Reagan, aus. Gleichzeitig wies der Schreiber auch darauf hin, daß gerade in der Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt Reagan seine Auffassung noch am stärksten umgestalten
muß. Immerhin war es der Carter-Riege gelungen, in den vergangenen Jahren einige offene Widersprüche von Ländern der Dritten Welt gegenüber dem US-Imperialismus einzuschränken durch Verzicht auf direkte Interventionsdrohungen, was die ökonomischen Interessen der US-Bourgeoisie keineswegs behindert hat.

Die US-Bourgeoisie will in diesen Wahlen mit der Kandidatur Reagans auch ausloten, wie weit sie in der offenen Reaktion gehen kann. Sie muß das mit einem derzeit wohl am schlechtesten funktionierenden parlamentarischen System, denn eine Wahlbeteiligung unter 50% gibt keine glanzvolle Legitimation. Die Fesselung der Arbeiterbewegung durch die Gewerkschaftsführung erlaubt ihr dies. Deren Schwäche, die keine eigenständige Position zu den Wahlen formulierte, kommt auch in dem Anteil von 20–30% unentschlossener Wähler wie auch in den bis zu 50% Carter-Wählern, die ihn nur wählen, weil sie Reagan nicht wollen, oder aber auch umgekehrt, zum Ausdruck.

Demokraten, Republikaner und die Arbeiterbewegung der USA

gek. Das politische System der USA hat sich in den 200 Jahren seines Bestehens als ganz beachtlich stabil erwiesen. Selbst das Zwei-Parteien-System mit seinen beiden Flügeln, den „Demokraten" und „Republikanern", besteht schon seit 120 Jahren.

Was sind die Grundzüge dieses politischen Systems? Die USA sind einmal ein *Bundesstaat* mit einer mächtigen Zentralexekutive, die sich in der Ausführung aller Gesetze und Maßnahmen stets auf die Behörden der einzelnen Bundesstaaten stützen muß und kann. Der Föderalismus ermöglicht es den verschiedenen Monopolgruppen, die jeweils bestimmte Bundesstaaten als ihre unmittelbare Machtbasis haben, ihre Interessen als „regionale Interessen" zu verkleiden und durchzusetzen; wie der Föderalismus vor allem auch ein wirksames Mittel gegen jedes einheitliche Auftreten der Arbeiterklasse und der Volksmassen ist. – Das *Zweiparteiensystem* der USA ist gesichert durch die verfügbaren Gelder und die enge Verbindung mit dem Staatsapparat; wobei jede der beiden großen Parteien als eine Art Dachverband wirkt, unter dem die Interessen verschiedener Klassen und Schichten, Nationalitäten und Regionen zum jeweiligen Kompromiß gebracht werden. Die Republikaner binden die Kleinbourgeoisie, große Teile der Farmer, das ganze, mehr in der Einbildung als real noch vorhandene „middle America" an die herrschende Monopolbourgeoisie. Die Demokratische Partei hat vor allem die Aufgabe, die bürgerlichen Führer der Gewerkschaften und der unterdrückten Nationalitäten auf möglichst billige Kompromisse zu verpflichten und so ein selbständiges politisches Auftreten zu verhindern. – Drittens sind die USA eine *Präsidialdemokratie:* auf die Wahlen der Präsidenten sind die Massenaktivitäten der Parteien weitgehend zugeschnitten; die Kongreß-Wahlen sind demgegenüber relativ bedeutungslos. Die Präsidenten haben gegenüber dem (aus Senat, d.h. Länderkammer und Repräsentantenhaus bestehenden) Kongreß weitgehende Befugnisse und Möglichkeiten, Gesetze einzubringen und durchzusetzen oder auch zu blockieren. Sie ernennen und entlassen die Minister. Während sich die kleine Bourgeoisie, die diversen Interessengruppen, die Gewerkschaften etc. als Lobby im Kongress die Hacken abrennen, hat die große Bourgeoisie direkten Draht zum Präsidialamt. Seit Menschengedenken kommen die Präsidenten denn auch aus den Stäben, Kanzleien, dem Management der Monopole und Banken, ebenso wie die Mehrzahl ihrer Minister und Berater.

Fast den Rang von Verfassungsinstitutionen haben inzwischen die internen Diskussions- und Abstimmungs-Organe der herrschenden Finanzbourgeoisie. Zum Beispiel der 1921 von der damals führenden Finanzdynastie, den Morgans, gegründete „Council of Foreign Relations", worin die Außenpolitik erörtert wird. 1973 gehörten dem (inzwischen von Rockefeller, als jetzt größtem Finanzclan geleiteten) Gremium an: 468 Großbourgeois und Top-Manager, sowie 187 Verwalter von durch Großunternehmen ausgehaltenen Stiftungen, Institutionen etc. Weiter 195 hohe Regierungsbeamte, 127 Juristen (meist Wirtschaftsanwälte), 373 Universitätspräsidenten, Professoren, etc., 135 Spitzenleute der Massenmedien, sowie 66 Angehörige anderer Berufsgruppen. Vor dem schweigend zuhörenden Publikum dieses Auswärtigen Ausschusses der Finanzbourgeoisie müssen die führenden Politiker der USA ebenso wie die Politiker der von den USA abhängigen Staaten regelmäßig vortragen, ob Helmut Schmidt oder König Hussein.

Die Bourgeoisie der USA ist eine verschwindendere Minderheit, als je die Sklavenhalter und Feudalen waren; aber doch groß und uneinheitlich genug, um sich auf solche Weise abstimmen zu müssen. Nach den offiziellen Vermögensstatistiken besitzen 4,4% aller Haushalte 65% des Produktivvermögens der Gesellschaft, aber 0,4% besitzen allein 32%, d.h. 200000 Familien, die über diesen Anteil mehr oder weniger die ganze Wirtschaft kontrollieren. Unter diesen wieder ragen eine Handvoll altreicher Finanz-Dynastien weit hervor; ihren Charakter als Dynastien unterstreichen sie durch ihre Namen: John D. Rockefeller IV, Pierre du Pont III, Marshal Field V, John Jacob Astor VII, usw. Auf die Höhe des Reichtums dieser alten Familien, die ihre Vermögen durchweg vor und um die Jahrhundertwende begründet haben, sind nur relativ wenige Neureiche vorgestoßen: die Fords, die Gettys; die Hunts in Texas, die die Hauptmäzene der US-Faschisten und des KuKluxKlan sind, oder eben die Kennedys, die ihre Söhne als Exponenten des liberalen Reformflügels der Demokraten ins Rennen schicken.

Das heutige Zweiparteiensystem der USA entstand am Vorabend des Bürgerkrieges zwischen den sklavenhaltenden Südstaaten und dem kapitalistischen Norden. Die Demokratische Partei, ursprünglich ein Produkt der ersten amerikanischen Revolution, war ganz zu einer Partei der Sklavenhalter degeneriert, die ihrerseits die Unionsregierung kontrollierten. 1854 entstand die Republikanische Partei als eine große, bürgerlich-demokratische Koalition gegen die Anmaßungen der Sklavenhalter. Der knappe Wahlsieg Lincolns treibt diese zum Sezessionskrieg der Südstaaten; dieser Putschversuch wieder treibt die Republikaner dazu, die völlige Aufhebung der Sklaverei zu proklamieren und einen mit nahezu revolutionären Mitteln geführten Krieg zu liefern. Die noch junge, von europäischen Emigranten geführte Arbeiterbewegung der USA unterstützt den Krieg nach Kräften, und deutsche Kommunisten wie Joseph Weydemeyer und Fritz Jacobi, die mit Marx und En-





Teile der Farmer, das ganze, mehr in der Einbildung als real noch vorhandene „middle America" an die herrschende Monopolbourgeoisie. Die Demokratische Partei hat vor allem die Aufgabe, die bürgerlichen Führer der Gewerkschaften und der unterdrückten Nationalitäten auf möglichst billige Kompromisse zu verpflichten und so ein selbständiges politisches Auftreten zu verhindern. – Drittens sind die USA eine *Präsidialdemokratie:* auf die Wahlen der Präsidenten sind die Massenaktivitäten der Parteien weitgehend zugeschnitten; die Kongreß-Wahlen sind demgegenüber relativ bedeutungslos. Die Präsidenten haben gegenüber

373 Universitätspräsidenten, Professoren, etc., 135 Spitzenleute der Massenmedien, sowie 66 Angehörige anderer Berufsgruppen. Vor dem schweigend zuhörenden Publikum dieses Auswärtigen Ausschusses der Finanzbourgeoisie müssen die führenden Politiker der USA ebenso wie die Politiker der von den USA abhängigen Staaten regelmäßig vortragen, ob Helmut Schmidt oder König Hussein.

Die Bourgeoisie der USA ist eine verschwindendere Minderheit, als je die Sklavenhalter und Feudalen waren; aber doch groß und uneinheitlich genug, um sich auf solche Weise abstim-

gierung kontrollierten. 1854 entstand die Republikanische Partei als eine große, bürgerlich-demokratische Koalition gegen die Anmaßungen der Sklavenhalter. Der knappe Wahlsieg Lincolns treibt diese zum Sezessionskrieg der Südstaaten; dieser Putschversuch wieder treibt die Republikaner dazu, die völlige Aufhebung der Sklaverei zu proklamieren und einen mit nahezu revolutionären Mitteln geführten Krieg zu liefern. Die noch junge, von europäischen Emigranten geführte Arbeiterbewegung der USA unterstützt den Krieg nach Kräften, und deutsche Kommunisten wie Joseph Weydemeyer und Fritz Jacobi, die mit Marx und En-





Carter und Reagan treffen sich zum ersten Mal nach ihrer Nominierung auf dem „Smith Memorial Dinner" in New York. Rechts: Carters Vorgänger Gerald Ford mit seinem Auftraggeber und Vizepräsidenten Nelson Rockefeller.

Auszüge aus den Parteiprogrammen zur Präsidentenwahl 1980

Demokratische Partei

I. Wirtschaft

Die Demokratische Partei wird keine Maßnahmen ergreifen, deren Auswirkungen zu einer fühlbaren Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen würde – keine fiskalische Maßnahme, keine geldpolitische Maßnahme, keine haushaltsmäßige Maßnahme ...

Hohe Zinssätze legen unfaire Lasten auf – auf Farmer, kleine Geschäftsleute, und jüngere Familien, die ein Heim kaufen. Die Rezession legt denen eine unfaire Last auf, die sie am wenigsten tragen können. Demokratische Wirtschaftspolitk muß Fairness gegenüber den Arbeitern, den älteren Menschen, den Frauen, den Armen, den Minderheiten und der Mehrheit jener Amerikaner mit einem mittleren Einkommen garantieren. Wir versprechen 1980 eine echte demokratische Wirtschaftspolitik, um eine blühende wirtschaftliche Zukunft zu sichern.

Antirezessionshilfe

Wir müssen sofort ein kurzfristiges Antirezessionsprogramm in Angriff nehmen, um die Flut einer verstärkten Rezession und steigender Arbeitslosigkeit umzukehren ...

Wir versprechen ein Antirezessionsprogramm in Höhe von 12 Milliarden Dollar zur Schaffung von Arbeitsplätzen, das mindestens 800000 neue Arbeitsplätze schaffen wird, einschließlich der vollen Finanzierung des antizyklischen Hilfsprogramms für die Städte, einer großen Ausweitung der Arbeitsplätze für Jugendliche und eines Ausbildungsprogramms, um unseren jungen Menschen in den Stadtkernen neue Hoffnung zu geben, erweiterte Ausbildungsprogramme für Frauen ... und neuer Chancen für die älteren Menschen ...

Steuersenkungen

Wir verpflichten uns zu gezielten Steuersenkungen, die dazu dienen, die Produktion anzuregen und die Rezession zu bekämpfen, sobald erkennbar ist, daß sie keine unverhältnismäßig großen Auswirkungen auf die Inflation haben werden. Wir müssen ungezielte Steuersenkungen vermeiden, die die Inflation steigern würden...

V. Außenpolitik

Die Vereinigten Staaten haben gehandelt, um das gefährliche militärische Ungleichgewicht zu korrigieren, das sich in Europa entwickelte, indem sie sich um die Unterstützung und die schließliche Zustimmung der Verbündeten für ein lange überfälliges Langfristiges Verteidigungsprogramm der NATO bemühten und darüber hinaus für die Dislozierung nuklearer Mittelstreckensysteme (TNF) als Abschreckungswaffen in Europa eintraten, um dadurch dem sowjetischen Aufbau solcher Waffensysteme in Europa zu begegnen. Unsere Verpflichtung, die Verteidigungsausgaben um mindestens drei Prozent im Jahr zu erhöhen, ist von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Konsenses und des Vertrauens der Verbündeten in dieser Hinsicht. Wir müssen unsere konventionellen militärischen Kapazitäten modernisieren, damit wir das Leben der Amerikaner und die amerikanischen Interessen im Ausland besser schützen können.

Die demokratische Regierung hat Schritte unternommen, um unsere Fähigkeit zu verbessern, auf unvorhergesehene Situationen zu reagieren: Organisation und Unterstützung der schnellen Eingreiftruppen ermöglichen eine Antwort auf militärische Probleme in allen Erdteilen, in denen unsere lebenswichtigen Interessen bedroht sind. Zu diesem Zweck setzen wir uns für die Entwicklung und die Produktion einer neuen Flotte von Transportflugzeugen mit internationaler Reichweite ein sowie für den Entwurf und Ankauf einer Flotte von Vorausbereitstellungsschiffen, die die schwere Ausrüstung und den Nachschub für drei Brigaden des Marinekorps aufnehmen können; schließlich für vermehrte regionale Militärübungen im Zusammenwirken mit befreundeten Staaten ...

Lateinamerika und die Karibik

In krassem Gegensatz zu der Politik früherer republikanischer Regierungen hat diese demokratische Regierung mit der Ausgestaltung einer neuen, auf Zusammenarbeit beruhenden Beziehung zwischen den Staaten Lateinamerikas und der Karibik begonnen – eine Beziehung, die sich auf eine feste Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten, der Demokratisierung, der erhöhten wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung sowie der Nichteinmischung gründet.

Wir müssen nunmehr in neuer Weise darangehen, unsere Bindungen zu unseren Nachbarn in der westlichen Hemisphäre zu stärken; erstens, um jedes Vakuum für äußere Intervention zu verhindern, und zweitens, um bilaterale Schritte hin auf sozialen Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung – einschließlich der Energiequellen – zu fördern.

Republikanische Partei

Steuern

...Die Republikanische Partei setzt sich für eine generelle Senkung der Einkommensteuer über drei Jahre hinweg ein; dies wird die Steuersätze von einer Größenordnung zwischen 14 bis 70 Prozent auf eine Größenordnung zwischen zehn bis 50 Prozent senken ...

Energie

Die Republikaner unterstützen ein umfassendes Programm zur Reform der



Versammlung von Mitgliedern der Sozialistischen Partei in Fort Douglas, dem Gefangenenlager in Utah, 1919.

gels in ständigem Kontakt standen, spielten eine führende Rolle.

Nach den Jahren der „Rekonstruktionsperiode", in denen die Südstaaten unter die demokratische Diktatur des Nordens gestellt bleiben, um eine offene Restauration zu verhindern, kommt es in den 70er Jahren, mit dem Übergang zur Bildung großer Industriemonopole und der Herausbildung einer modernen Finanzbourgeoisie, die auch die Vermögen der Sklavenhalter mit einbegreift, zu einer Neugruppierung der herrschenden Klassen. Die Republikaner werden jetzt die Partei des expandierenden industriellen Monopolkapitals, das Bündnis mit den demokratischen Volksbewegungen und der Arbeiterbewegung zerbricht. Die Demokraten, mehr die Partei der alteingesessenen Geldoligarchie in New York wie im Süden, beginnen, sich den verschiedenen „populistischen" Bewegungen der Farmer und Kleinbürger anzupassen, die ihrerseits mit Forderungen nach freier Landnahme (gegenüber dem gigantischen Landraub der Eisenbahngesellschaften) oder nach billigem Papiergeld (gegen das Goldmonopol einer Handvoll Magnaten) die Arbeiterbewegung im Schlepptau führen. Mit solchem Humbug ist gegen die Macht der neuen Monopolbourgeoisie nicht anzukommen, erst recht nach dem Übergang zur Bildung großer Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und über Republikaner als Präsidenten die USA als imperialistische Macht auftreten lassen.

Zu Anfang des Jahrhunderts beginnt eine große Organisierungsbewegung der Arbeiterklasse der USA, es entstehen Gewerkschaften und politische Klassenorganisationen, die das ganze Land umfassen; allerdings bleibt der revolutionäre Flügel gespalten in Anarchosyndikalisten und Sozialisten. Aber mit der Kandidatur des sozialistischen Gewerkschaftsführers Eugen W. Debs entsteht eine proletarische Massenbewegung gegen Imperialismus und Reaktion. Die Finanzbourgeoisie schickt den ehemaligen republikanischen Präsidenten Th. Roosevelt als ultrachauvinistischen, zugleich aber als Reformer verkleideten Kandidaten mit dem Schlagwort von der „Kontrolle der Monopole" und einer eigens gegründeten „National-Progressiven Partei" ins Rennen. Debs erhält

gungen der Farmer und Kleinbürger anzupassen, die ihrerseits mit Forderungen nach freier Landnahme (gegenüber dem gigantischen Landraub der Eisenbahngesellschaften) oder nach billigem Papiergeld (gegen das Goldmonopol einer Handvoll Magnaten) die Arbeiterbewegung im Schlepptau führen. Mit solchem Humbug ist gegen die Macht der neuen Monopolbourgeoisie nicht anzukommen, erst recht nach dem Übergang zur Bildung großer Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und über Republikaner als Präsidenten die USA als imperialistische Macht auftreten lassen.

Zu Anfang des Jahrhunderts beginnt eine große Organisierungsbewegung der Arbeiterklasse der USA, es entstehen Gewerkschaften und politische Klassenorganisationen, die das ganze Land umfassen; allerdings bleibt der revolutionäre Flügel gespalten in Anarchosyndikalisten und Sozialisten. Aber mit der Kandidatur des sozialistischen Gewerkschaftsführers Eugen W. Debs entsteht eine proletarische Massenbewegung gegen Imperialismus und Reaktion. Die Finanzbourgeoisie schickt den ehemaligen republikanischen Präsidenten Th. Roosevelt als ultrachauvinistischen, zugleich aber als Reformer verkleideten Kandidaten mit dem Schlagwort von der „Kontrolle der Monopole" und einer eigens gegründeten „National-Progressiven Partei" ins Rennen. Debs erhält
800000, das sind 6% der Stimmen, Roosevelt 4 Millionen. Mit 6 Millionen wird der Demokrat Wilson Präsident, mit einer Propaganda für Klassenzusammenarbeit und für Frieden, womit er tatsächlich den Übergang zur Kriegswirtschaft und den Eintritt in den 1. Weltkrieg vorbereitet.

Die Nachkriegsperiode ist eine Phase wüster Reaktion. Die Herausbildung der Kommunistischen Partei wie überhaupt alle revolutionären Regungen werden blutig unterdrückt. Auch die Gewerkschaftsbewegung erleidet einen Rückschlag.

Die verheerende Wirtschaftskrise in den Jahren nach 1929 treibt die Arbeiterklasse, bei um 60% gesenkten Löhnen und Arbeitslosigkeit von 25%, zu verzweifelten Kämpfen. Der republikanische Präsident Hoover ist verhaßt wie je einer; „Hoovers Bettdecke" heißen die Zeitungen, mit denen sich die Obdachlosen zudecken. In dieser Lage schickt die New Yorker Finanzbourgeoisie direkt einen der ihren, Franklin D. Roosevelt, mit dem Schlagwort vom „New Deal" (etwa: „Neuer Vertrag") und einem Programm staatlicher Wirtschaftsankurbelung vor. Die Maßnahmen im einzelnen – staatliche Massenbeschäftigungsprogramme, Investitionen in Infrastruktur und Produktion mittels Staatsverschuldung, Ankurbelung der Rüstungsproduktion, etc. – haben durchaus gewisse Ähnlichkeiten mit denen der Nationalsozialisten. Es war auch ein imperialistisches Programm, Rüstung für den kommenden Weltkrieg, aber auf Grundlage eines demokratischen Burgfriedens. Angesichts der gewaltigen Organsationsbewegung, die sich unter Führung des „Comittee for Industrial Organisation" (CIO) an den AFL-Berufsgewerkschaften vorbei entfaltet und Hunderttausende in der Stahl- und Automobilindustrie in neuen großen Industrieverbänden zusammenfaßt, macht Roosevelt in den Wahlen 1936 – gegen erheblichen Widerstand verschiedener Monopolgruppen, von denen einige wie ITT und du Pont direkt mit Hitlerdeutschland sympathisieren – einen Schritt nach links. Er beginnt mit der staatlichen Einführung eines wenn auch äußerst bruchstückhaften Systems der allgemeinen Sozialversicherung. Im wesentlichen darüber gelingt es ihm, dem revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung, in der die Kommunisten das erste und einzige Mal eine führende Rolle spielen, die Spitze zu nehmen. In der KP der USA gewinnt ein revisionistischer Flügel unter Browder die Oberhand und verwandelt die Partei in einen Wahlverein für Roosevelt. Dessen triumphaler Wahlsieg von 1936 drückt so zugleich

Massenbeschäftigungsprogramme, Investitionen in Infrastruktur und Produktion mittels Staatsverschuldung, Ankurbelung der Rüstungsproduktion, etc. – haben durchaus gewisse Ähnlichkeiten mit denen der Nationalsozialisten. Es war auch ein imperialistisches Programm, Rüstung für den kommenden Weltkrieg, aber auf Grundlage eines demokratischen Burgfriedens. Angesichts der gewaltigen Organsationsbewegung, die sich unter Führung des „Comittee for Industrial Organisation" (CIO) an den AFL-Berufsgewerkschaften vorbei entfaltet und Hunderttausende in der Stahl- und Automobilindustrie in neuen großen Industrieverbänden zusammenfaßt, macht Roosevelt in den Wahlen 1936 – gegen erheblichen Widerstand verschiedener Monopolgruppen, von denen einige wie ITT und du Pont direkt mit Hitlerdeutschland sympathisieren – einen Schritt nach links. Er beginnt mit der staatlichen Einführung eines wenn auch äußerst bruchstückhaften Systems der allgemeinen Sozialversicherung. Im wesentlichen darüber gelingt es ihm, dem revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung, in der die Kommunisten das erste und einzige Mal eine führende Rolle spielen, die Spitze zu nehmen. In der KP der USA gewinnt ein revisionistischer Flügel unter Browder die Oberhand und verwandelt die Partei in einen Wahlverein für Roosevelt. Dessen triumphaler Wahlsieg von 1936 drückt so zugleich
eine große Linksbewegung unter den Volksmassen wie auch eine Festigung der bürgerlichen Kontrolle dieser Bewegung aus. Aus dieser Periode datiert die enge parteiliche Bindung der Gewerkschaftsbewegung an die Demokratische Partei, die praktisch die Funktion der Sozialdemokratie wahrnimmt, mit dem wesentlichen Unterschied, daß sie alles andere als eine verbürgerlichte Arbeiterpartei ist.

Das Bündnis von Gewerkschaften und Demokratischer Partei konsolidiert sich gerade auch unter dem Druck der politischen Reaktion der 50er Jahre, den Anti-Streik- und Koalitionsgesetzen, der Kommunistenjagd des Senators McCarthy und der liberalistischen Wirtschaftspolitik des Republikaners und Generals Eisenhower, der den Monopolen freie Bahn läßt, um unter beliebiger Verwüstung des reichlichen Menschenmaterials ihren Nachkriegsboom ganz auszukosten. 1955 schließen sich AFL und CIO zu einem einheitlichen Dachverband zusammen. Zugleich beginnt die Bürgerrechtsbewegung der unterdrückten Nationalitäten, vor allem der Afro-Amerikaner.

1960, noch mitten in der größten Aufschwungphase des US-Imperialismus, gelingt es der US-Finanzbourgeoisie wieder durch einen der ihren, den jungen demokratischen Senator Kennedy, für ein reichlich vages Reformprogramm die einhellige Unterstützung der Gewerkschaften wie der schwarzen Bürgerrechtsbewegung zu erhalten und so etwas wie eine nationale Aufbruchsstimmung zu erzeugen. Die Ermordung Kennedys in Texas, später auch seines Bruders Robert Kennedy, des Bürgerrechtlers Martin Luther King und des schwarzen Nationalrevolutionärs Malcolm X., werden mit Recht als ein Generalangriff der politischen Reaktion aufgefaßt, während die USA in die erste große Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit geraten und die US-Truppen in Vietnam in einen Befreieungskampf verwickelt werden, den sie barbarisch auszulöschen trachten. Diese Faktoren tragen dazu bei, daß sich der Aufschwung der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter, eine breite demokratische und antiimperialistische Bewegung unter den Volksmassen und eine nationalrevolutionäre Bewegung unter den Afro-Amerikanern und den Nationalitäten parallel zueinander entwickeln, ohne aber einheitlich geführt und zusammengefaßt zu werden. Nur durch erhebliche wirtschaftliche und politische Zugeständnisse und durch so umfänglich angelegte politische Manöver wie die „Selbstreinigung" des politischen Apparats in der Watergate-Affäre hat es die Finanzbourgeoisie der USA geschafft, ihr erschüttertes Zwei-Parteien-System noch einmal zu konsolidieren. Das objektive und subjektive Resultat der Kämpfe und der ökonomischen Entwicklung der letzten 20 Jahre ist, daß eine neue Arbeiterklasse entstanden ist, die jetzt auch die Kernschichten der unterdrückten Nationalitäten direkt umfaßt und organisiert, und die ungleich gebildeter und politisch bewußter, von nationalen und rassistischen Ressentiments wie chauvinistischem Yankee-Dünkel freier ist, als es ihre Vorgänger sein konnten; vielfältig verknüpft mit einer neuen Mittelklasse, die auch (man vergleiche nur die wuchtige Gewerkschaftsbewegung der Lehrer) der Arbeiterklasse weit näher

US-Truppen in Vietnam in einen Befreieungskampf verwickelt werden, den sie barbarisch auszulöschen trachten. Diese Faktoren tragen dazu bei, daß sich der Aufschwung der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter, eine breite demokratische und antiimperialistische Bewegung unter den Volksmassen und eine nationalrevolutionäre Bewegung unter den Afro-Amerikanern und den Nationalitäten parallel zueinander entwickeln, ohne aber einheitlich geführt und zusammengefaßt zu werden. Nur durch erhebliche wirtschaftliche und politische Zugeständnisse und durch so umfänglich angelegte politische Manöver wie die „Selbstreinigung" des politischen Apparats in der Watergate-Affäre hat es die Finanzbourgeoisie der USA geschafft, ihr erschüttertes Zwei-Parteien-System noch einmal zu konsolidieren. Das objektive und subjektive Resultat der Kämpfe und der ökonomischen Entwicklung der letzten 20 Jahre ist, daß eine neue Arbeiterklasse entstanden ist, die jetzt auch die Kernschichten der unterdrückten Nationalitäten direkt umfaßt und organisiert, und die ungleich gebildeter und politisch bewußter, von nationalen und rassistischen Ressentiments wie chauvinistischem Yankee-Dünkel freier ist, als es ihre Vorgänger sein konnten; vielfältig verknüpft mit einer neuen Mittelklasse, die auch (man vergleiche nur die wuchtige Gewerkschaftsbewegung der Lehrer) der Arbeiterklasse weit näher
steht als der herrschenden Bourgeoisie. Wahrscheinlich bestünde, eine revolutionäre Führung und Klassenorganisation vorausgesetzt, heute zum *ersten Mal* in der Geschichte der USA die reale Möglichkeit einer siegreichen sozialistischen Revolution. Allerdings muß die Supermacht dazu wohl noch einige Schläge verpaßt bekommen.

Gustavus Myers: Money

Die Geschichte der großen amerikanischen Vermögen

Das Buch von Myers, eines der frühesten Enthüllungsbücher, wie die großen Vermögen der USA durch Hinopferung ganzer Arbeitergenerationen, in einer Orgie von Gewalt und Betrug zusammengerafft wurden, ist in einem billigen Reprint für 4,90 DM wieder erhältlich (bei Zweitausendundeins)

Am 2. Januar 1889 wurde von den drei Bankhäusern Drexel, Morgan & Co., Brown Brothers & Co. und Kidder, Peabody & Co. ein als „privat und vertraulich" bezeichnetes Zirkular versandt. Die äußerste Sorgfalt war darauf verwendet worden, daß dieses Dokument nicht seinen Weg in die Presse fände oder auf andere Weise bekannt würde. ... Woher diese Furcht? Weil dieses Zirkular eine – unausgesprochen als Befehl aufgefaßte – Einladung an die großen Eisenbahnmagnaten enthielt, sich in Morgans Haus in der Madison-Avenue Nr. 219 zu versammeln und dort, nach der Ausdrucksweise des Tages, eine „eisengepanzerte" Verbindung einzugehen. Der Plan war, einen festen Pakt zu schließen, der die Konkurrenz zwischen gewissen Eisenbahnen vernichten und die Bahninteressen einheitlich zusammenfassen sollte, so daß man das Volk der Vereinigten Staaten noch wirkungsvoller bluten lassen könnte als vorher. (...)

Das geschriebene und das ungeschriebene Gesetz erklärte streng, daß das, was man Konkurrenz im Handel nennt, lebendig erhalten werde, ... Die Magnaten aber machten sich klar, daß das alte System allgemeiner Konkurrenz anfing, schnell zu veralten, und daß die Zeit für eine systematische Organisation der Industrie gekommen war. Und während so die gesetzgebenden Körperschaften ein Gesetz nach dem anderen scheinbar als „Verordnungen des souveränen Volkes der Vereinigten Staaten" erließen, versandten einige wenige Magnaten ein kurzes Zirkular, das tatsächlich wirkungsvoller war als ganze Bände von Gesetzen, die im Angesicht der vorwärts treibenden ökonomischen Gesetze schließlich kraftlos sind. (...)

Morgan führte des Vorsitz bei der Versammlung und kam mit gewohnter schroffer Offenheit direkt zur Sache. Dank einem stenographischen Bericht über die Verhandlungen, dessen wir glücklicherweise habhaft werden konnten, ist das Werk jener Versammlung klar. Der Name der Organisation sollte sein: „*Interstate Commerce Railway Association*", ihr wesentlicher Zweck das Aufhören der Konkurrenz unter ihren Mitgliedern. Aber wie sollte irgendein Magnat verhindert werden, mit einem andern zu konkurrieren, oder von einem Eingriff in das Gebiet eines anderen zurückgehalten werden? Welche Strafen sollte es geben, und wie konnten sie erzwungen werden? Sicherlich konnte kein Gesetz angerufen werden, um die Durchführung eines solchen Übereinkommens zu erzwingen, denn das Gesetz untersagte Ringbildungen ausdrücklich.

Es gab jedoch eine weit größere Macht als die des Gesetzes, die Macht

und daß die Zeit für eine systematische Organisation der Industrie gekommen war. Und während so die gesetzgebenden Körperschaften ein Gesetz nach dem anderen scheinbar als „Verordnungen des souveränen Volkes der Vereinigten Staaten" erließen, versandten einige wenige Magnaten ein kurzes Zirkular, das tatsächlich wirkungsvoller war als ganze Bände von Gesetzen, die im Angesicht der vorwärts treibenden ökonomischen Gesetze schließlich kraftlos sind. (...)

Morgan führte des Vorsitz bei der Versammlung und kam mit gewohnter schroffer Offenheit direkt zur Sache. Dank einem stenographischen Bericht über die Verhandlungen, dessen wir glücklicherweise habhaft werden konnten, ist das Werk jener Versammlung klar. Der Name der Organisation sollte sein: „*Interstate Commerce Railway Association*", ihr wesentlicher Zweck das Aufhören der Konkurrenz unter ihren Mitgliedern. Aber wie sollte irgendein Magnat verhindert werden, mit einem andern zu konkurrieren, oder von einem Eingriff in das Gebiet eines anderen zurückgehalten werden? Welche Strafen sollte es geben, und wie konnten sie erzwungen werden? Sicherlich konnte kein Gesetz angerufen werden, um die Durchführung eines solchen Übereinkommens zu erzwingen, denn das Gesetz untersagte Ringbildungen ausdrücklich.

Es gab jedoch eine weit größere Macht als die des Gesetzes, die Macht
des aufgehäuften Geldes. Wäre irgendeiner der anwesenden Magnaten geneigt gewesen, dem vorbereiteten Programm zu widersprechen, so wurde ihm die Strafe sofort vor Augen geführt, als Morgan verkündete:

‚Ich bin, wie ich glaube, in bezug auf die hier vertretenen Bankhäuser zu der Erklärung autorisiert, daß ... diese Bankhäuser für den Bau von Parallellinien oder zur Erweiterung von Linien, die nicht von jenem Exekutivkomitee gebilligt worden sind, keine Geschäfte mit Wertpapieren machen und auch alles in ihrer Macht Stehende tun werden, um solche Geschäfte zu verhindern. Ich möchte, daß dies deutlich verstanden wird."

*

McKinleys Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten, zusammen mit einem Kongreß, dessen Majorität seine Ansichten teilte, war ein deutliches Zeichen dafür, daß die Plutokratie volle Macht erlangt hatte – eine Macht, die in regelrechten Kampf gewonnen war und deshalb als volkstümliche Billigung der durch die großen Magnaten und Truste ausgeübten Herrschaft angesehen wurde.

Von jetzt ab, das war klar, brauchten die Truste keine Gegnerschaft der Regierung, auch keine scheinbare, mehr zu fürchten; denn wenn auch angebliche gesetzliche Maßnahmen die fundamentale Herrschaft der Truste niemals schädigten, so verursachten sie doch beständige Belästigungen und Kosten.

*

Carnegie gab regelmäßig Beiträge für den Fonds der republikanischen Partei; er sagte auch keinen Ton gegen die Korruption, die diese Partei entfaltete, als sie die Stadt Pittsburg oder den Staat Pennsylvanien oder die Nationalregierung beherrschte. Es erwartete auch kein gescheiter Mensch, daß er etwas dagegen sagen würde; denn seine Konzerne hatten ja Vorteile und Liebesgaben aller Art von der bloßen Existenz der korrupten politischen Maschinen. Außer einem hohen Zolltarif gab es eine bunte Reihe anderer Wohltaten, die eine ihm und anderen Fabrikanten verpflichtete politische Partei nicht gut verweigern konnte. Die Gesetze über Arbeiterschutzmaßregeln, kürzere Arbeitszeit usw., die von den Arbeitern beantragt wurden, konnten abgelehnt oder in kastrierter Form angenommen und dann nicht so, wie beabsichtigt worden war, durchgeführt werden. Die Durchführung solcher Gesetze bedeutete eine Mehrausgabe für den Fabrikbesitzer und eine Verminderung der Profite; das Menschenleben war zu billig, um Ausgaben für Schutzvorrichtungen zu rechtfertigen. Auch im Fall eines Streikes der Arbeiter zur Verbesserung der empörenden Bedingungen, unter denen sie arbeiteten und lebten, ließen sich die regierenden Machthaber unschwer beeinflussen, so daß sie Polizei und Militär zur eventuellen Niederschießung der Streikenden beorderten.

Die Spenden für den Wahlfond der politischen Parteien wurden von Carnegie und seinen kapitalistischen Kollegen als „Kapitalseinlagen" betrachtet. Sie wurden nicht bloß für die Bundeswahlen benötigt, sondern auch für die Wahlkämpfe in den Einzelstaaten und in den Stadtverwaltungen und für die Wahlen der Vertreter und Senatoren der Vereinigten Staaten. Jede politische Partei brauchte mehrere Millionen Dollar für die verschiedenen Wahlausgaben, wozu auch die großen Summen für die politischen „Antreiber" in

gab es eine bunte Reihe anderer Wohltaten, die eine ihm und anderen Fabrikanten verpflichtete politische Partei nicht gut verweigern konnte. Die Gesetze über Arbeiterschutzmaßregeln, kürzere Arbeitszeit usw., die von den Arbeitern beantragt wurden, konnten abgelehnt oder in kastrierter Form angenommen und dann nicht so, wie beabsichtigt worden war, durchgeführt werden. Die Durchführung solcher Gesetze bedeutete eine Mehrausgabe für den Fabrikbesitzer und eine Verminderung der Profite; das Menschenleben war zu billig, um Ausgaben für Schutzvorrichtungen zu rechtfertigen. Auch im Fall eines Streikes der Arbeiter zur Verbesserung der empörenden Bedingungen, unter denen sie arbeiteten und lebten, ließen sich die regierenden Machthaber unschwer beeinflussen, so daß sie Polizei und Militär zur eventuellen Niederschießung der Streikenden beorderten.

Die Spenden für den Wahlfond der politischen Parteien wurden von Carnegie und seinen kapitalistischen Kollegen als „Kapitalseinlagen" betrachtet. Sie wurden nicht bloß für die Bundeswahlen benötigt, sondern auch für die Wahlkämpfe in den Einzelstaaten und in den Stadtverwaltungen und für die Wahlen der Vertreter und Senatoren der Vereinigten Staaten. Jede politische Partei brauchte mehrere Millionen Dollar für die verschiedenen Wahlausgaben, wozu auch die großen Summen für die politischen „Antreiber" in
jedem Staate gehörten; desgleichen die Gelder für den Kauf von Stimmen. (...)

In wie musterhafter Weise die regierenden Mächte sich für seine Schenkungen revanchierten, zeigte sich deutlich (von anderen Gelegenheiten abgesehen) bei dem großen Streik von Homestead. (...)

Im Grunde genommen war das Homesteader Blutbad das geringste von allen, die ohne Unterlaß in den Carnegie-Werken stattgefunden hatten; es hielt die öffentliche Aufmerksamkeit nur seiner offenen und dramatischen Natur wegen in Bann, da es ganz wie eine lokale Revolution aussah. In bezug auf Opfer war es aber nicht zu vergleichen mit dem Gemetzel, das den alltäglichen Betrieb in den Werken zur Erzielung von Profiten für Carnegie und seine Kompagnons begleitete.



1894, Homestead: Bei einem der frühesten Stahlarbeiterstreiks wird ein Streikender von der Nationalgarde erschossen.

Bestimmungen für verbesserte Anreize und zur Revision der schwerfälligen und zu scharfen Bestimmungen des Gesetzes über Luftverunreinigung (clean air act). Dieses Programm wird die Umstellung der Kraftwerke, der Industrie und der großen kommerziellen Heizungen von Öl auf Kohle im größtmöglichen Umfang beschleunigen und dadurch unsere Abhängigkeit von ausländischem Öl wesentlich verringern.

Kohle, Gas und Kernfusion bieten die besten Zwischenlösungen für den Energiebedarf Amerikas. Wir unterstützen die beschleunigte Verwendung von Kernenergie mit Hilfe von solchen Technologien, die sich als wirksam und sicher erwiesen haben. Der sichere Betrieb wird bei uns höchste Priorität haben, um die weitere Verfügbarkeit dieser bedeutsamen Energiequelle zu gewährleisten. Entwurf und Betrieb dieser Anlagen können in einer kürzeren Probezeit sichergestellt werden als in zehn bis zwölf Jahren, die derzeit für Lizenz und Bau erforderlich sind. Wir sind der Meinung, daß der Lizenzierungsprozeß durch Konsolidierung des derzeitigen Prozesses und durch die Verwendung standardisierter Reaktorentwürfe beschleunigt werden kann und soll.

Konventionelle Streitkräfte

Wir sind der Meinung, daß es derzeit nicht machbar ist und auch langfristig nicht durchführbar wäre, umfangreiche amerikanische Landstreitkräfte in Gebieten wie dem Persischen Golf auf permanenter Basis zu dislozieren, wie wir dies in Europa und an anderen Orten tun. Eine wirkungsvolle Strategie muß sich gründen auf zwei Pfeiler: einmal auf Unterhaltung einer begrenzten Anwesenheit auf Dauer in dem entsprechenden Gebiet als glaubwürdiger Abschreckungskraft, verbunden mit der sichtbaren Fähigkeit, diese Präsenz rasch durch die zum Sieg notwendigen Streitkräfte zu verstärken; zum anderen muß diese Strategie auch militärische Maßnahmen an anderer Stelle ins Auge fassen – an Punkten, wo die Sowjetunion verletzbar ist. Das ist ein Ausdruck der klassischen Doktrin des globalen Manövers.

Die westliche Hemisphäre

Wir bedauern die Machtübernahme in Nicaragua durch die marxistischen Sandinisten und die marxistischen Versuche, El Salvador, Guatemala und Honduras zu destabilisieren. Wir sind nicht für eine amerikanische Unterstützung irgendeiner marxistischen Regierung in der westlichen Hemisphäre, und wir wenden uns gegen das Hilfsprogramm der Regierung Carter für die Regierung von Nicaragua. Wir werden jedoch Anstrengungen des Volkes von Nicaragua unterstützen, eine freie und unabhängige Regierung zu errichten.

Die Republikaner bedauern die gefährliche und unbegreifliche Politik der Regierung Carter gegenüber Kuba ...

Die Republikaner sind sich der Bedeutung unserer Beziehungen innerhalb dieser Hemisphäre bewußt und setzen sich für eine starke neue Politik der Vereinigten Staaten in den beiden Amerikas ein. Wir werden fest zu solchen Ländern halten, die bestrebt sind, ihre Gesellschaften zu entwickeln, während sie gleichzeitig die Subversion und die Gewalt bekämpfen, die Kuba und Moskau exportieren. Wir werden zu dem grundlegenden Prinzip zurückkehren, wonach ein Freund als Freund behandelt wird, und derjenige, der sich selbst zu unserem Feind erklärt, als Feind – ohne uns dafür zu entschuldigen. Wir werden der Sowjetunion und Kuba klarmachen, daß ihre Subversion und der Ausbau ihrer offensiven Streitkräfte unannehmbar sind.





Ablaßhandel, Holzschnitt von Hans Holbein d.Ä. Anfang 16. Jh. / Badende Mönche mit Dirnen, Jenaer Kodex 1495 – 1510 / Bauer bringt Abgaben zum Kloster, Holzschnitt von Thomas Murner 1522

,,Vollidioten" ,,Unerhörte Tiefschläge"

Christliche Glaubensbrüder im Widerstreit / Reformation, die erste bürgerliche Revolution

bew. Böse, unchristliche Worte sind gefallen in der Vorbereitung der Papstreise nach Westdeutschland. Als einen ,,unerhörten Tiefschlag" empfindet der Vizepräsident der EKD-Kanzlei Löwe Passagen einer Schrift, die die Katholische Bischofskonferenz gegenwärtig verschickt. ,,Vollidioten" nennt der Freiburger Professor Remigius Bäumer jene, die wie Ute Ranke-Heinemann, den Papst aufgefordert haben sollen, sich bei den evangelischen Glaubensbrüdern für die Behandlung Luthers während der Reformation durch die katholische Kirche zu entschuldigen. Nachdem die Querelen anfingen mit so trivialen Tatbeständen, wie den Kosten der Papstreise, die die Katholische Bischofskonferenz am liebsten sich aus der Staatskasse bezahlen lassen will, wo sie doch noch vor zwei Wochen von allen Kanzeln hat gegen die Staatsschulden wettern lassen, und mit dem Geschacher, ob seine Hochwürden im Land der Reformation nicht auch etwas Zeit für seine evangelischen Glaubensbrüder hat und wo man sich jetzt auf eine Stunde ökumenisches Gespräch einigen konnte – nachdem man all diese lästigen Fragen mindestens beiseite schieben konnte, haben sich bedrohliche Gewitterwolken zwischen die beiden großen christlichen Gemeinden geschoben.

Erinnerungen an die Zeit der Gegenreformation, ja sogar an den Dreißigjährigen Krieg werden wach gerufen, kaum ein evangelischer Landesbischof, der sich noch nicht zu Wort gemeldet hat. Was die Evangelen so in den Harnisch gebracht hat, ist ein Traktätchen eben Freiburger Professors Remigius Bäumer über ,,Das Zeitalter der Glaubensspaltung" in der ,,Kleinen deutschen Kirchengeschichte" (Freiburg 1980), in dem er Luther als ,,Ketzer" und ,,Kirchenspalter" abkanzelt. Das

nemann, den Papst aufgefordert haben sollen, sich bei den evangelischen Glaubensbrüdern für die Behandlung Luthers während der Reformation durch die katholische Kirche zu entschuldigen. Nachdem die Querelen anfingen mit so trivialen Tatbeständen, wie den Kosten der Papstreise, die die Katholische Bischofskonferenz am liebsten sich aus der Staatskasse bezahlen lassen will, wo sie doch noch vor zwei Wochen von allen Kanzeln hat gegen die Staatsschulden wettern lassen, und mit dem Geschacher, ob seine Hochwürden im Land der Reformation nicht auch etwas Zeit für seine evangelischen Glaubensbrüder hat und wo man sich jetzt auf eine Stunde ökumenisches Gespräch einigen konnte – nachdem man all diese lästigen Fragen mindestens beiseite schieben konnte, haben sich bedrohliche Gewitterwolken zwischen die beiden großen christlichen Gemeinden geschoben.

Erinnerungen an die Zeit der Gegenreformation, ja sogar an den Dreißigjährigen Krieg werden wach gerufen, kaum ein evangelischer Landesbischof, der sich noch nicht zu Wort gemeldet hat. Was die Evangelen so in den Harnisch gebracht hat, ist ein Traktätchen eben Freiburger Professors Remigius Bäumer über ,,Das Zeitalter der Glaubensspaltung" in der ,,Kleinen deutschen Kirchengeschichte" (Freiburg 1980), in dem er Luther als ,,Ketzer" und ,,Kirchenspalter" abkanzelt. Das
Ganze wäre ohne Bedeutung, wenn es nicht im Rahmen der Vorbereitung des Papstbesuches stattfände. Denn jene Broschüre – in der stolzen Auflage von 40000 – ist von der Katholischen Bischofskonferenz in Auftrag gegeben worden, wird mit dem Aufdruck ,,Zum Besuch des Papstes" landesweit verschickt und ist von Kardinal Höffner der katholischen Gemeinde besonders ans Herz gelegt worden zur Vorbereitung des Papstbesuches. Die öffentlichen Auseinandersetzungen, einmal in Gang gekommen um die windigen Äußerungen eines Freiburger Professors, schlägt jetzt publizistische Wellen. In einem empörten Aufschrei haben sich die Evangelen zu Wort gemeldet, vermutlich auch in der gehässigen, gar nicht christlichen Absicht, etwas zurückzuschlagen für die anfängliche Nichteinladung. Die ersten selbstkritischen Stimmen im katholischen Lager sind laut geworden, so der ehemalige und der jetzige Präsident des ZK der Katholiken, Vogel und Maier, die um des lieben Friedens Willens vor dem hohen Ereignis vor ihren evangelischen Glaubensbrüdern Abbuße leisten.

Man kann sich ersparen, viel aus dem dümmlichen Aufsatz Bäumers zu zitieren. Luther ist der Ketzer, er ist verantwortlich für die Bauernkriege wie für ihre blutige Niederschlagung, seine Verehelichung mit einer ehemaligen Nonne war eine ,,sakrilegische Hochzeit, die durch Unzucht und Gelübdebruch befleckt und durch das Blut so viel tausend Ermordeter besudelt worden ist", seine Sprache ,,von einem unerhörten Tiefstand" usw. Noch zwei Offenbarungen dieses deutschen Professors im Jahr des Herrn 1980: ,,Aber mit Luthers Stellungnahme: ‚Nur dann gehorche ich, wenn ich aus der Schrift oder Vernunft widerlegt werde', war eine Verständigung nicht mehr möglich." Vernunft war nie die Stärke der katholischen Lehrmeinung.

Um zum Ende zu kommen mit dieser Sternstunde katholischer Kirchengeschichte: ,,Die Schattenseiten seiner (Luthers) Persönlichkeit liegen in der Maßlosigkeit seines Zornes und seiner Polemik, die ihn blind machte für die katholische Wahrheit." Es ist weiß Gott keine Entdeckung des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern eine Erkenntnis der menschlichen Gesellschaft, spätestens seit der griechischen Philosophie, daß das Kriterium der Wahrheit, bei aller philosophischen Streiterei über seine Relativität immer an das objektive Sein, die Wirklichkeit als Ganzes als oberste Instanz geknüpft ist. Eine katholische Wahrheit, eine evangelische, islamische usw. – das ist

dem dümmlichen Aufsatz Bäumers zu zitieren. Luther ist der Ketzer, er ist verantwortlich für die Bauernkriege wie für ihre blutige Niederschlagung, seine Verehelichung mit einer ehemaligen Nonne war eine ,,sakrilegische Hochzeit, die durch Unzucht und Gelübdebruch befleckt und durch das Blut so viel tausend Ermordeter besudelt worden ist", seine Sprache ,,von einem unerhörten Tiefstand" usw. Noch zwei Offenbarungen dieses deutschen Professors im Jahr des Herrn 1980: ,,Aber mit Luthers Stellungnahme: ‚Nur dann gehorche ich, wenn ich aus der Schrift oder Vernunft widerlegt werde', war eine Verständigung nicht mehr möglich." Vernunft war nie die Stärke der katholischen Lehrmeinung.

Um zum Ende zu kommen mit dieser Sternstunde katholischer Kirchengeschichte: ,,Die Schattenseiten seiner (Luthers) Persönlichkeit liegen in der Maßlosigkeit seines Zornes und seiner Polemik, die ihn blind machte für die katholische Wahrheit." Es ist weiß Gott keine Entdeckung des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern eine Erkenntnis der menschlichen Gesellschaft, spätestens seit der griechischen Philosophie, daß das Kriterium der Wahrheit, bei aller philosophischen Streiterei über seine Relativität immer an das objektive Sein, die Wirklichkeit als Ganzes als oberste Instanz geknüpft ist. Eine katholische Wahrheit, eine evangelische, islamische usw. – das ist
ein Humbug, der seines Gleichen sucht.

Und die evangelischen Glaubensbrüder zu dieser Sammlung katholischer Wahrheiten, sie sind empört und beleidigt und bejammern ,,daß der katholische Schuldanteil an der Glaubenspaltung rechthaberisch übergangen wird". (Löwe) Ihre ,,Ehrenrettung" Luthers bleibt dabei stehen, daß er der Gründer der evangelischen Kirche war und es berechtigte Kritiken an der katholischen Kirche gab, die zur Abspaltung geführt haben und daß man sich um Himmels Willen auf das Gemeinsame, zu dem auch Luther beigetragen hat, beziehen muß und nicht auf das Spaltende, um die dringenden Probleme der Gegenwart zu meistern. Mit der geschichtlichen Bedeutung der Reformation und Luthers haben beide Stellungnahmen nur soviel zu tun, wie sie die Tatsache der Kirchenspaltung ansprechen.

Die Reformation – die erste Revolution der Bourgeoisie

,,Der große Kampf des europäischen Bürgertums gegen den Feudalismus kulminierte in drei großen Entscheidungsschlachten. Die erste war das, was wir die Reformation in Deutschland nennen ..." (Friedrich Engels). Die sogenannten Religionskriege des 16. Jahrhunderts, waren Klassenkämpfe, ebenso wie die späteren ,,Großen Revolutionen" in England und Frankreich, in denen die entstehende Bourgeoisie ihre Klasseninteressen gegen das alte Feudalsystem durchzusetzen versuchte. Im Schoße des Feudalismus hatten sich Ende des 15. / Anfang des 16. Jahrhunderts die ersten Ansätze kapitalistischer Produktionsweise entwickelt, die an die Schranken der feudalistischen Produktionsverhältnisse gestoßen waren. Während in Frankreich, England und Spanien sich gleichzeitig mächtige einheitliche Königreiche gebildet hatten, in deren Rahmen sich die kapitalistische Produktionsweise anfänglich noch entfalten konnte, hatte sich in Deutschland der umgekehrte Prozeß vollzogen und war das ehemals starke ottonische Königreich in Territorialfürstentümer zerfallen bei einem weitgehend machtlosen König, der von den Fürsten gewählt wurde.

Mächtigste Feudalmacht im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation war das Papsttum, die römisch-katholische Kirche. Sie war, wie Engels schrieb, das große internationale Zentrum des Feudalsystems, die den Feudalismus mit einem Heiligenschein göttlicher Weihe umgab. Sie war größter Grundbesitzer; drei der 7 Kurfürsten, die den deutschen König wählten, waren die Erzbischöfe von Trier, Köln und Mainz; über ihre Klöster, den Verkauf kirchlicher Ämter an den Meistbietenden und die Ausplünderung der Gläubigen über den Zehnten, Geldbu-

reich, in denen die entstehende Bourgeoisie ihre Klasseninteressen gegen das alte Feudalsystem durchzusetzen versuchte. Im Schoße des Feudalismus hatten sich Ende des 15. / Anfang des 16. Jahrhunderts die ersten Ansätze kapitalistischer Produktionsweise entwickelt, die an die Schranken der feudalistischen Produktionsverhältnisse gestoßen waren. Während in Frankreich, England und Spanien sich gleichzeitig mächtige einheitliche Königreiche gebildet hatten, in deren Rahmen sich die kapitalistische Produktionsweise anfänglich noch entfalten konnte, hatte sich in Deutschland der umgekehrte Prozeß vollzogen und war das ehemals starke ottonische Königreich in Territorialfürstentümer zerfallen bei einem weitgehend machtlosen König, der von den Fürsten gewählt wurde.

Mächtigste Feudalmacht im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation war das Papsttum, die römisch-katholische Kirche. Sie war, wie Engels schrieb, das große internationale Zentrum des Feudalsystems, die den Feudalismus mit einem Heiligenschein göttlicher Weihe umgab. Sie war größter Grundbesitzer; drei der 7 Kurfürsten, die den deutschen König wählten, waren die Erzbischöfe von Trier, Köln und Mainz; über ihre Klöster, den Verkauf kirchlicher Ämter an den Meistbietenden und die Ausplünderung der Gläubigen über den Zehnten, Geldbu-
ßen und Ablaßhandel, wo vergangene und zukünftige Sünden gegen entsprechende Geldzahlungen gesühnt waren, hatte sie eine ungeheure Geldmenge zusammengeschatzt.

Entstanden als Religion der Sklaven und Unterdrückten, war das Christentum über die Staatsreligion des späten Römischen Reiches zum einigenden Band des Feudalismus, dem ihm entsprechenden Überbau und vollkommensten Repräsentanten des Feudalsystems geworden. Das Christentum war entstanden aus der Religion einer jüdischen Sekte in Verbindung mit Elementen der griechischen Philosophie. Die Möglichkeit zur Staatsreligion vor den vielen anderen Religionen im Römischen Reich zu werden, war mit seiner Besonderheit gewesen, allen früheren und sonstigen bestehenden Religionen gegeben, die darin bestand, auf jegliche Rituale, die sonst das Trennende, das Besondere hervorhoben, zu verzichten und sich damit an alle Menschen über regionale und ethnische Grenzen hinweg zu wenden.

Neu war auch, daß eine Religion von der Gleichheit aller Menschen ausging, von der negativen Gleichheit vor Gott durch den Sündenfall. Wobei das christliche Sündenbewußtsein sowohl als Rechtfertigung für das Elend und die Unterdrückung der Sklaven und der unterdrückten Völker im Römischen Imperium diente, wie als Trost, da durch den Erlösertod Jesus für die sündige Menschheit gesühnt hat. Demut, Geduld und Verzeihen sind die wesentlichen Elemente des Christentums, die auch die Wandlung von der Ideologie der Unterdrückten zur Staatsreligion ermöglichten wie den Weg ebneten, sich selbst zur weltlichen Macht aufzuschwingen, als der Staat auseinanderbrach. Dabei dienten die Glaubenszwiste mit den Festlegungen der Dogmen der katholischen Kirche dazu, den Rechtsanspruch des Papstes als Oberhaupt der Kirche zu festigen und mit der Einführung des ganzen Systems von Sündenverfolgung und Sündenvergebung diese Macht durchzusetzen und Wallfahrten durch Bezahlung, Ehelosigkeit der Geistlichen, um Besitz und Erbe einzustreichen, eine Hierachie kirchlicher Ämter, die meistbietend verkauft wurden – hinter allem lugte die Forderung der Kirche nach dem verfluchten Mammon, abgesichert durch ständig neue Dogmen und, wo die nicht halfen, die Inquisition mit den Hexen- und Ketzerverbrennungen. So hatte sich die römisch-katholische Kirche zur Religion des Feudalismus und seiner entwickelsten und auch verkommensten Ausformung entwickelt.

Jeder Angriff auf das Feudalsystem mußte mit einem Angriff auf die geistige Diktatur und die weltliche Macht dieser Kirche beginnen. Die Ideen einer progressiven Klasse konnten nur in der ideologischen Verkleidung des Angriffs auf diese Kirche unter Berufung

sündige Menschheit gesühnt hat. Demut, Geduld und Verzeihen sind die wesentlichen Elemente des Christentums, die auch die Wandlung von der Ideologie der Unterdrückten zur Staatsreligion ermöglichten wie den Weg ebneten, sich selbst zur weltlichen Macht aufzuschwingen, als der Staat auseinanderbrach. Dabei dienten die Glaubenszwiste mit den Festlegungen der Dogmen der katholischen Kirche dazu, den Rechtsanspruch des Papstes als Oberhaupt der Kirche zu festigen und mit der Einführung des ganzen Systems von Sündenverfolgung und Sündenvergebung diese Macht durchzusetzen und Wallfahrten durch Bezahlung, Ehelosigkeit der Geistlichen, um Besitz und Erbe einzustreichen, eine Hierachie kirchlicher Ämter, die meistbietend verkauft wurden – hinter allem lugte die Forderung der Kirche nach dem verfluchten Mammon, abgesichert durch ständig neue Dogmen und, wo die nicht halfen, die Inquisition mit den Hexen- und Ketzerverbrennungen. So hatte sich die römisch-katholische Kirche zur Religion des Feudalismus und seiner entwickelsten und auch verkommensten Ausformung entwickelt.

Jeder Angriff auf das Feudalsystem mußte mit einem Angriff auf die geistige Diktatur und die weltliche Macht dieser Kirche beginnen. Die Ideen einer progressiven Klasse konnten nur in der ideologischen Verkleidung des Angriffs auf diese Kirche unter Berufung
auf die eigentlichen Ziele der Kirche stattfinden, so die städtischen Bewegungen vor der Reformation, in Form der Mystik oder der offenen Ketzerei, so die bürgerlichen Interessen in der lutherischen Reformation und die plebejisch-bäuerlichen in Form des münzerschen christlichen Urkommunismus.

Durch Luthers Vorstellung, daß jeder gläubige Christ der göttlichen Gnade teilhaftig werden kann, war die ganze vermittelnde Rolle der kirchlichen Institutionen überflüssig geworden. Die ganze kirchliche Hierarchie vom Priester bis zum Bischof in Frage gestellt, das System von Ablaß, Wallfahrten und Seelenmessen überflüssig, das kirchliche Recht und der kirchliche Besitz hatten ihre Berechtigung verloren. Die Forderung nach einer schon wohlfeilen Kirche, die sich allein um das Heil ihrer Schäfchen kümmert, war im Interesse des entstehenden Bürgertums; bei der Säkularisierung (Verweltlichung) der kirchlichen Güter hofften sie, ihren Schnitt zu machen; durch die Aufhebung der Kloster- und Bettelorden konnten sie auf neue Arbeitskräfte hoffen und durch die Beseitigung der Heiligenverehrungen und Reliquienkulte mit den vielen Feiertagen und Wallfahrten die nutzlose Zeit in produktive Arbeitszeit verwandeln zu können; endlich mit der Brechung des geistlichen Jochs über alle Wissenschaft jene Hemmnisse beseitigen, die der Entfaltung der Produktivkräfte im Weg standen.

Nach den 95 Thesen gegen den Ablaßhandel (1517) und vor allem den verschiedenen Sendschreiben von 1520, in denen Luther seine Vorstellungen darlegte, versammelte er um sich die Masse des niederen Adels, des Bürgertums und Teile der weltlichen Fürsten und hatte die Unterstützung der Bauern und Plebejer, deren revolutionäre Erhebung in dem Bauernkrieg er durch seine Rebellion gegen die weltliche und geistliche Autorität mit vorbereitete. In dem Maße aber, wie seine Vorstellungen und Aufrufe zu einem Signal für eine allgemeine Erhebung zu werden drohten, trat er mäßigend auf und forderte eine friedliche Entwicklung und passiven Widerstand, und wo es auch dazu zu spät war, wandte er sich an die Fürsten, den Aufstand blutig zu unterdrücken, wie 1525 bei den Bauernkriegen.

Das Bürgertum war noch zu schwach, seine Forderungen durchzusetzen, und je mehr sich die gemäßtigte bürgerliche Reform Luthers von den plebejischen und bäuerlichen Elementen trennte, umso mehr mußte sie unter die Kontrolle der reformierten Fürsten geraten, denen die Veränderungen im wesentlichen zugute kommen mußten. Luther selbst wurde mehr und mehr zum treuen Knecht der Territorialfürsten. Die Reformation versumpfte, und der Gipfelpunkt der re-

der Entfaltung der Produktivkräfte im Weg standen.

Nach den 95 Thesen gegen den Ablaßhandel (1517) und vor allem den verschiedenen Sendschreiben von 1520, in denen Luther seine Vorstellungen darlegte, versammelte er um sich die Masse des niederen Adels, des Bürgertums und Teile der weltlichen Fürsten und hatte die Unterstützung der Bauern und Plebejer, deren revolutionäre Erhebung in dem Bauernkrieg er durch seine Rebellion gegen die weltliche und geistliche Autorität mit vorbereitete. In dem Maße aber, wie seine Vorstellungen und Aufrufe zu einem Signal für eine allgemeine Erhebung zu werden drohten, trat er mäßigend auf und forderte eine friedliche Entwicklung und passiven Widerstand, und wo es auch dazu zu spät war, wandte er sich an die Fürsten, den Aufstand blutig zu unterdrücken, wie 1525 bei den Bauernkriegen.

Das Bürgertum war noch zu schwach, seine Forderungen durchzusetzen, und je mehr sich die gemäßtigte bürgerliche Reform Luthers von den plebejischen und bäuerlichen Elementen trennte, umso mehr mußte sie unter die Kontrolle der reformierten Fürsten geraten, denen die Veränderungen im wesentlichen zugute kommen mußten. Luther selbst wurde mehr und mehr zum treuen Knecht der Territorialfürsten. Die Reformation versumpfte, und der Gipfelpunkt der re-
volutionären Erhebung, der Bauernkrieg, wurde blutig niedergeschlagen. Aus dem ideologischen Kostüm der ersten bürgerlichen Revolution war eine neue Religion geworden, die anstelle der Durchsetzung materieller Interessen die geistige Erlösung als Ersatz stellte. ,,Luther hat allerdings die Knechtschaft aus *Devotion* (Unterwürfigkeit) besiegt, weil er die Knechtschaft aus *Überzeugung* an ihre Stelle gesetzt hat. Er hat den Glauben an die Autorität gebrochen, weil er die Autorität des Glaubens restauriert hat. Er hat die Pfaffen in Laien verwandelt, weil er die Laien in Pfaffen verwandelt hat. Er hat den Menschen von der äußeren Religiosität befreit, weil er die Religiosität zum inneren Menschen gemacht hat. Er hat den Leib von der Kette emanzipiert, weil er das Herz in Ketten gelegt." (Marx: Zur Kritik der hegelschen Rechtsphilosophie)